

# Armutslagen in Wien



**Empirische Befunde zu Arbeit, Geld und Wohnen sowie spezifische  
Disparitäten nach Migrationshintergrund und Geschlecht**

Schriftenreihe des Instituts für Soziologie, Band 40

Arbeitsgemeinschaft für Interdisziplinäre  
Angewandte Sozialforschung (AIAS)

**ISBN 978-3-901298-40-0**

ISBN 3-901298-40-1



## **Armutslagen in Wien**

- Empirische Befunde zur Arbeits-, Geld- und Wohnsituation sowie spezifischen Disparitäten nach Migrationshintergrund und Geschlecht

**erarbeitet von Studierenden der Lehrveranstaltung  
„Angewandte Armuts- und Sozialberichterstattung“  
Institut für Soziologie der Universität Wien**

Herausgegeben von: Matthias Till und Ursula Till-Tentschert

in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Angewandte Interdisziplinäre  
Sozialforschung (AIAS)

Wien, 2006

Armutslagen in Wien

- Empirische Befunde zur Arbeits-, Geld- und Wohnsituation sowie spezifischen Disparitäten nach Migrationshintergrund und Geschlecht

ISBN 3-901298-40-1

ISBN 978-3-901298-40-0

Printed in Austria

Redaktion: Stefan Angel; Judith Anzenberger; Brigitte Lindner; Matthias Till;  
Ursula Till-Tentschert; Anne Unterwurzacher; Irina Vana

Layout: Irina Vana

Titelfoto: Ben Thörmer

Druck: Riegelnik

Unter Mitarbeit von: Pegah Ahmadi; Stefan Angel; Judith Anzenberger; Hila-Nawa Alam; Bernd Bauer; Karin Fröschl; Anita Kucera; Miron Lazic; Brigitte Lindner; Josef Mauerlechner; Eva Niederberger; Agnes Pilz; Simone Plack; Evelyn Raggl; Karin Scharf; Teresa Schaup; Alexandra Schlegel; Katharina Seitz; Benjamin Thoermer; Anne Unterwurzacher; Irina Vana

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Grünen Klub im Wiener Rathaus, sowie Statistik Austria, der Österreichischen HochschülerInnenschaft, der Caritas der Erzdiözese Wien, Pro Mente, Trenkwalder, Kommunistische Partei Österreichs, Österreichische Volkspartei und dem Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser.

Die bei den Beiträgen jeweils erstgenannten AutorInnen sind für den jeweiligen Inhalt verantwortlich.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Zu einer sozialen Problemlage der Wissensgesellschaft</b>	<b>5</b>
Warum ein Armutsbericht für Wien?	5
Praxisnahe Lehre an der Universität Wien	7
Definition von Armutslagen, Daten und Methoden	9
Inhalte des Berichts	10
<b>Monetäre Armutslagen</b>	<b>13</b>
Einkommensverteilung in Wien und den Bundesländern	15
Armutsgefährdung	21
Verschuldung	24
<b>Arbeit und Armut</b>	<b>31</b>
Arbeitslosigkeit	32
“Working Poor” - Armut trotz Arbeit	48
<b>Wohnen</b>	<b>57</b>
Wohnsituation und Wohnprobleme in Wien	57
Wohnintegration	60
Wohnungslosigkeit	68
<b>Geschlechterdisparitäten der Armutsgefährdung</b>	<b>76</b>
Armutsgefährdung von Männern und Frauen	68
Lebensform und Haushaltstyp	78
Beschäftigungssituation armutsgefährdeter Frauen	83
<b>Migrantische Armutslagen</b>	<b>87</b>
Theoretischer Hintergrund	89
Empirische Analyse: Individuelle Lebenslagen	92
<b>Sozialpolitische Interventionsstrategien auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene</b>	<b>107</b>
Grundlegende Aspekte von Sozialpolitik	107
Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung	111
<b>Materialien und Literaturverzeichnis</b>	<b>118</b>



*pro mente*  
Akademie

wir bringen

# Wissen & Erfahrung

zusammen

Psychotherapeutisches Propädeutikum  
Lebens- und Sozialberatung  
Mediation  
Systemische Beratung  
Gestaltberatung  
Sexualberatung  
Diplomlehrgang für sozialpsychiatrische Arbeit  
Sozialpsychiatrischer Grundkurs  
Empowerment  
Sozialmanagement  
Diversity Management  
Train the Trainer

#### KONTAKT

pro mente Akademie  
Grüngasse 1A  
1040 Wien  
T 01 513 15 30  
info@promenteakademie.at  
www.promenteakademie.at

## Vorwort der Herausgebenden - zu einer sozialen Problemlage in der Wissensgesellschaft

### Wozu ein Armutsbericht für Wien?

Ein Armutsbericht für Wien wird im Wesentlichen aus drei Gründen benötigt: Erstens ist Wissen eine Voraussetzung jeder strategischen Sozialplanung; zweitens war ein Bericht zur sozialen Lage in Wien bisher nicht vorhanden; drittens ist Öffentlichkeit eine wesentliche demokratiepolitische Grundlage einer Debatte über ein Thema das tatsächlich alle angeht.

Dass es für Wien bisher weder einen Sozialbericht, der sich mit Armutslagen beschäftigt, noch eine entsprechende Strategie zur Vermeidung von Armutslagen gab, ist höchst erstaunlich. Man muss kein Experte sein, um die Bedeutung von Arbeit für Einkommenssituation und soziale Teilhabe zu erkennen. Bei der in Wien den letzten Jahren zunehmend angespannten Arbeitsmarktsituation und der gleichzeitigen Reduktion sozialstaatlicher Absicherung können Auswirkungen auf die Lebenssituation der Bevölkerung daher kaum unerwartet sein. Zwischen den Jahren 2000 und 2004 hat sich die Zahl der Personen, die finanzielle Leistungen der offenen Sozialhilfe in Wien beziehen, von rund 41.000 auf fast 76.000 erhöht. Wenn also jährlich fast 9.000 Personen zur Zahl jener hinzukommen, die sich außerhalb von Erwerbsprozess und bundesstaatlichen Versorgung finden, zeigt das jedenfalls eine alarmierende Entwicklung an. Die ständige Beobachtung sich verändernder Armutslagen wäre daher eigentlich naheliegend, wenn die Absicht besteht, rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu entwickeln.

Von der Stadtverwaltung wurde vor einigen Jahren eine Machbarkeitsstudie zu einem Sozialbericht für Wien in Auftrag gegeben. Unter dem Abschnitt Anforderungen an einen Wiener Sozialbericht ist dort zu lesen: „Dieser Sozialbericht darf kein defizitzentrierter Bericht (also z.B. kein „Armutbericht“) sein, sondern er muss die Lebenswirklichkeiten der Menschen in dieser Stadt komplex darstellen“ (SFS, 2001, S.2). Dieses Vorhaben wurde nicht weiterverfolgt. Stattdessen wurden Problemlagen bestenfalls partiell zum Gegenstand der Berichterstattung.<sup>1</sup>

Im Februar 2005 wurde im Wiener Gemeinderat ein Antrag zur Erstellung eines Berichtes über das Ausmaß der Armut in Wien verhandelt. In der Debatte begründete die Gemeinderätin Marianne Klicka (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats) die Ablehnung dieses Antrags u.A: damit, dass die notwendigen statistischen Analysen nicht seriös durchführbar wären: „Wenn wir, so wie im Antrag der GRÜNEN gefordert wird, einen Bericht, eine Datenerhebung nach den einzelnen Untergruppierungen durchführen sollten, so ist das, wenn man ein bisschen Statistik gelernt hat, einfach nicht möglich, weil für so eine Stichprobe eine zu geringe Fallzahl vorhanden wäre, die auch keine seriösen Aussagen zuließe.“ Außerdem wäre ein Bericht aus Kostengründen abzulehnen: „Im Sinne einer sparsamen Verwaltung ist die Schaffung weiterer Berichtspflichten abzulehnen [...]. Es ist für uns sinnvoller, diese Mittel, die dafür notwendig wären, in die Projekte für die

<sup>1</sup>Dadurch entziehen sich auch erfolgreiche Maßnahmen kommunaler Armutsbekämpfung der Beobachtung und Darstellung in einem Gesamtkonzept. Beispiel ist die Soziale Schiene, mit der akute Wohnungsnot zielgerichtet durch unbürokratische Vergabe von Übergangs- bzw. Notfallswohnungen bekämpft wird. Die dadurch gelinderten Notlagen und beachtlichen Erfolge dieser Einrichtung werden leider kaum öffentlich (Tentschert 2001).

*Betroffenen zu investieren. Sie werden es uns danken.*<sup>42</sup> Obwohl uns beide Aussagen noch nicht bekannt waren, als wir dieses Projekt ursprünglich in Angriff genommen haben, gaben sie zusätzlich Ansporn den wissenschaftlichen Gegenbeweis vorzulegen. Die vorliegenden Analysen orientieren sich an Qualitätsrichtlinien, wie sie auch der Berichterstattung des Sozialministeriums, durch Statistik Austria sowie Eurostat zugrunde liegen. Darüber hinaus wurde dieser Bericht mit extrem bescheidenen Mitteln erstellt, und wir sind davon überzeugt, dass dieses Projekt letztlich auch Betroffenen zugute kommt.

Jedes rationale Handeln setzt Wissen voraus. Selbstverständlich muß daher auch Sozialplanung spezifische Problemlagen erst erkennen. Wir haben also der Stadtverwaltung eine ideelle Kooperation mit diesem Lehrprojekt der Universität Wien angeboten. Leider wurde dies nicht angenommen und bei unserer ersten Anfrage wurden wir vom Büro der zuständigen Stadträtin lediglich auf den besagten Gemeinderatsbeschluß verwiesen. Das scheint für uns kaum nachvollziehbar, zumal doch auch die Erfolge der kommunalen Sozialpolitik durchaus herzeigbar wären. Wien ist zum Beispiel mit über 200.000 über das gesamte Stadtgebiet verstreuten und sozial durchmischten Gemeindewohnungen größter Wohnungsanbieter Europas. Zusätzlich wird der Wohnungsmarkt durch einen starken gemeinnützigen Wohnungsmarkt dominiert. Auch wenn damit nicht ausschließlich „Sozialwohnungen“ gefördert werden, ist der Verfall von Wohnquartieren und Ghettobildung dadurch zumindest unwahrscheinlicher, als in eigentümergeleiteten Wohnungsmärkten wie in den Städten Großbritanniens oder der USA. Insbesondere laufende Investitionen in Infrastruktur und Verbesserung des Wohnungsbestandes wirken *neighbourhood decline* und Slumbildung entgegen. Das dafür in der Vergangenheit eingesetzte öffentliche Engagement kann jedoch auch in Zukunft kaum durch die immer stärker beworbenen privaten Investoren ersetzt werden.

Bei aller berechtigten Freude darüber, dass Wien nach internationalen Maßstäben keine Slumbildung aufweist, ist fehlende Segregation noch kein verlässlicher Indikator dafür, dass hier nicht auch massive Verarmungsprozesse stattfinden (*Dangschat, 2004*). Globale Umstrukturierungsprozesse in Richtung von informationstechnisch dominierten Dienstleistungsökonomien und der Dezentralisierung von Produktion stellen insbesondere Städte vor enorme Herausforderungen. Wien ist hier nicht anders. Die Auswirkungen von zunehmender Massenarbeitslosigkeit, Strukturwandel und einem überforderten Bildungswesen sowie beträchtlichen Migrationsbewegungen sind offenkundig.

Die Tatsache dass es Armut in der Stadt gibt, muß nicht bedeuten, dass Armut auch durch die Stadt verursacht wird. Hingegen stellt Berichterstattung politische Transparenz und damit sachliche Handlungsfähigkeit her. Sie impliziert weder Schuldzuweisung noch Schuldengeständnis. Deshalb ist das Interesse an kommunaler Sozialberichterstattung beispielsweise in deutschen Städten enorm. Für viele kommunale Budgets ist die Sozialhilfeflast kaum mehr zu bewältigen und Berichterstattung wird als Leitlinie für zielgerichtete Maßnahmen und Argumentation für einen entsprechenden Finanzausgleich mit dem Bund angesehen. Dagegen läßt etwa die Sozialhilfestatistik in Wien diese Transparenz vermissen. Wir sehen den Diskurs von Berichterstattung und Öffentlichkeit jedenfalls als wesentlich für den sozialen Fortschritt und hoffen, dass der vorliegende Bericht dazu beitragen kann.

<sup>42</sup>Siehe wörtliches Protokoll zur 53. Sitzung am 25.2.2005:  
<http://www.wien.gv.at/mdb/gr/2005/gr-053-w-2005-02-25.doc> S. 81f

## Praxisnahe Lehre an der Universität Wien

Dieser Bericht wurde von Studierenden auf Grundlage von Forschungsergebnissen der Lehrveranstaltung Forschungslabor „Angewandte Armuts- und Sozialberichterstattung“ am Institut für Soziologie im Studienjahr 2005/2006 mit empirischen Daten gelehrt. Im wesentlichen sollen die Studierenden dabei befähigt werden, die Ergebnisse aus der offiziellen Berichterstattung, also beispielsweise dem Sozialbericht des Sozialministeriums, selbstständig nachzurechnen und auch kritisch zu diskutieren.

Theorie, wissenschaftlicher Anspruch und Anforderungen in der beruflichen Praxis sind leider häufig schwer vereinbar. Aus diesem Grund haben wir dieser Lehrveranstaltung das Format eines Rollenspiels gegeben. Vier Personen aus einschlägigen Institutionen, die potentiell an einem Bericht zu Armut in Wien interessiert sein könnten, sind in die Rolle der AuftraggeberInnen geschlüpft: *Antonia Coffey* von der Arbeiterkammer Wien, *Barbara Huemer* vom Grünen Klub im Wiener Gemeinderat, *Martina Kargl* von der Caritas der Erzdiözese Wien, sowie *Martin Schenk* von der Armutskonferenz. An diese Institutionen war die Arbeit der Studierenden hauptsächlich adressiert und diesen Personen gilt deshalb unser besonderer Dank. Durch ihre Teilnahme am Rollenspiel sollte die Lehrveranstaltung aus dem rein universitären Kontext herausgelöst werden. Aber auch die PraktikerInnen sollten von dieser Einbindung profitieren, Erfahrungen sammeln und eventuell auch Zugang zu aktuellen Ergebnissen erhalten. Diese Vereinbarung wurde unverbindlich getroffen und ohne finanzielle Leistungen oder Verpflichtungen. Der vorliegende Bericht ist also das Resultat eines Experimentes, dessen Ausgang zu Beginn völlig ungewiss war.

Obwohl wir die inhaltlichen Ergebnisse dieses Forschungslabors für wirklich wichtig halten, war die Veröffentlichung **nicht** das eigentliche Ziel der Lehrveranstaltung. Insbesondere ist nicht beabsichtigt, mit diesem unter marktwirtschaftlich gesehen absoluten Dumping-Bedingungen entstandenen Bericht die professionelle Auftragsforschung zu unterwandern. Ganz im Gegenteil sollen Voraussetzungen geschaffen werden, dass in Zukunft Armutslagen zum Gegenstand vertiefender Studien und dauerhafter Beobachtung werden. Die inhaltlichen Kapitel wurden von den Studierenden selbst gewählt und unter teilweise großem persönlichen Einsatz erarbeitet. Im Rahmen einer Lehrveranstaltung konnten inhaltlich wichtige Aspekte eines umfassenden Armutsberichts nicht berücksichtigt werden. Dies betrifft insbesondere Gesundheit, Sozialhilfe, Alter und studentische Lebenslagen.

Es ging darum, Studierende zur Auftragsforschung zu befähigen. Sie sollen in der Lage sein, relevante Anträge zu formulieren, statistische Analysen mit großen Datensätzen durchzuführen und Berichte von hoher wissenschaftlicher Qualität abzufassen. AbsolventInnen mit solchen Schlüsselqualifikationen werden sich auch auf einem schwieriger werdenden Arbeitsmarkt behaupten. Ziel der Lehrveranstaltung war also: praxisnahe Lehre und Vorbereitung auf wissenschaftlich orientierte und sozialpolitisch relevante Sozialforschung.

Dass daraus ein veröffentlichter Bericht nach Vorbild der im Rahmen von Lehrveranstaltungen erstellten Armutsberichte für Oberösterreich (*Stelzer-Orthofer et al. 2006*) entstanden ist, verdankt sich dem besonderen Engagement jener Studierenden, die nach erfolgreichem Abschluß der Lehrveranstaltung im Redaktionsteam mitgearbeitet haben. Stellvertretend für alle Personen die dieses Projekt begleitet und unterstützt haben bedanken wir uns bei Dr. *Peter Findl*, (Direktion Bevölkerung, Statistik Austria) der uns einen aktuellen Datenzugang ermöglicht hat, sowie dem Institutsvorstand Univ.-Prof. Wolfgang Schulz, der diese Lehrveranstaltung möglich gemacht und laufend unterstützt hat.

offsetschnelldruck  
digitaldruck · buchbinden



**riegelnik** ges.m.b.h.

1080 wien, piaristengasse 17-19  
tel. (01) 405 51 53 u. 405 63 86

e-mail [riegelnik@aon.at](mailto:riegelnik@aon.at) fax 402 59 56

öffnungszeiten mo-do 8.00-16.30, fr 8.00-12.30

## Einführung in den Bericht

### Definition von Armutslagen, Daten und Methoden

Grundsätzlich folgen die in diesem Bericht verwendeten Definitionen der konventionellen Berichterstattung. Im Sozialbericht der österreichischen Bundesregierung wird - entsprechend europäischen Konventionen - Armutgefährdung dann angenommen, wenn das gesamte Nettoeinkommen eines Haushaltes sehr niedrig ist. Dies gilt auch für den vorliegenden Bericht, wobei je nach Datenlage Jahreseinkommen oder die entsprechenden monatliche Einkünfte verwendet werden. Wesentlich ist dabei, wie Kostenersparnisse aus gemeinsamer Haushaltsführung (etwa bei Familien) berücksichtigt werden. Die sogenannte Äquivalisierung des Haushaltseinkommen wird konventionell anhand der EU-Skala (1-0.5-0.3) durchgeführt. Die Berechnung der Armutgefährdungsschwelle erfolgte in Übereinstimmung mit den publizierten Richtwerten für das Erhebungsjahr 2003 (Einpersonenhaushalt € 785,- monatlich; €390,- für jeden weiteren Erwachsenen und €235,- für jedes Kind (vgl. Till-Tentschert, Lamei, Bauer 2005).

Datengrundlage für die sozialstatistische Analyse sind die Erhebungen EU-SILC und die von IFES im Auftrag der MA 18 durchgeführte Studie Leben und Lebensqualität in Wien II (LLIW II). Beide Erhebungen wurden im Jahr 2003 durchgeführt. Die Daten von EU-SILC wurden von Statistik Austria für diese Lehrveranstaltung zur Verfügung gestellt. Diese Datenquelle ist primäre Grundlage für die EU-Statistik zu Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der nationalen Sozialberichterstattung in Österreich. In EU-SILC wird das gesamte Jahreseinkommen eines Haushalts erfasst. Der Bezugszeitraum für Jahreseinkommen ist somit 2002. Die Daten von EU-SILC 2003 sind identisch mit jenen, die dem Kapitel über Armutgefährdung im aktuell vorliegenden Sozialbericht der Bundesregierung zugrunde liegen. Die gesamte Stichprobe umfaßt netto 4.623 Haushalte in denen 11.991 Personen leben. In Wien wurden 927 Haushalte mit 1.964 Personen erfaßt (Statistik Austria 2005). Der LLIW Datensatz wurde dem Institut für Soziologie für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt und wurde auf Wunsch der Studierenden zur Ergänzung in die Analyse mit einbezogen. LLIW besitzt den Vorzug eines für Wien deutlich größeren Stichprobenumfang (6.955 Haushalte bzw. 16.061 Personendatensätze konnten für die Analyse von Armutslagen einbezogen werden) und bildet die Lebenssituation umfassender ab als EU-SILC. Ergebnisse die auf geringen Fallzahlen beruhen können höheren statistischen Schwankungsbreiten unterliegen. Entsprechend den Konventionen der amtlichen Sozialberichterstattung sind ungewichtete Zellbesetzungen < 20 bzw. Randverteilungen < 50 immer in [] gesetzt. Beruht die Randverteilung auf weniger als 20 Personen werden keine Ergebnisse ausgewiesen. Die Erhebung unterscheidet sich aber durch den Einsatz von Telefoninterviews und im Vergleich zu EU-SILC nur rudimentäre Einkommenserfassung. Um die erhebungsbedingten Unterschiede weitgehend kontrollieren zu können, wurde eine Neugewichtung des Datensatzes an die in EU-SILC ermittelten Randzahlen (insbesondere bei der Haushaltsgröße) vorgenommen. Das jährliche Haushaltseinkommen bezieht sich somit auf 2003 und wurde aus den Klassenmitten der monatlichen Einkünfte hochgerechnet.<sup>3</sup>

In der Praxis werden soziale Indikatoren leider oft blind akzeptiert. Das gilt vor allem dann, wenn sich aus dem Ergebnis kein konkreter Handlungsbedarf ableiten läßt. Beispielsweise

<sup>3</sup>Es wurden auch mit den oberen und unteren Klassengrenzen Sensitivitätsberechnungen durchgeführt. Die Wiener Armutgefährdungsquote stimmt im Rahmen dieser Sensitivitätsberechnungen mit EU-SILC überein. Eine genaue Dokumentation dieser Aufbereitungsschritte kann auf Anfrage bereitgestellt werden.

sind ältere Menschen in Wien nach konventioneller Sicht vergleichsweise selten armutsgefährdet. Gleichzeitig ist aber auch der Anteil älterer Menschen in Heimen in Wien überdurchschnittlich hoch (6% der über 60-jährigen). Diese Personen sind in einer üblichen Haushaltsbefragung nicht repräsentiert. Zumal diese Menschen überwiegende Kostenzuschüsse erhalten, stellt sich die Frage ob Armutsgefährdung zur Selektion von Menschen in Institutionen beiträgt, während das Altern in gewohnter Umgebung nur bei bestimmten finanziellen Voraussetzungen möglich ist?<sup>4</sup>

Dieses Beispiel zeigt, welche Perspektiven eine kritische Auseinandersetzung mit der konventionellen Berichterstattung aufwerfen kann. Die Studierenden haben deshalb auch umfassende Literaturrecherchen betrieben und ExpertInneninterviews durchgeführt, um sich spezifische Fachkenntnisse anzueignen und Forschungsfragen und Hypothesen zu entwickeln. Einige Studierende haben auch spezielle Fallstudien unternommen, wo z.B. die Situation von Betroffenen für sie unmittelbar erfahrbar wurde.

## Inhalte dieses Berichtes

Der erste Abschnitt widmet sich der Verteilung der äquivalisierten Haushaltseinkommen. Es ist leicht erkennbar, dass die Verteilung des Einkommens in Wien weniger gleichförmig und das Ausmaß der Armutsgefährdung höher ist, als in anderen Bundesländern. Gleichzeitig sind aber das allgemeine Einkommensniveau sowie die Lebenskosten in Wien höher. Die Wahrnehmung von sozialen Kluften wird dadurch verstärkt. Um diesen Effekt zu verdeutlichen, wird eine Gefährdungsschwelle analog zur konventionellen Methodik auf Basis der regionalen Einkommensverteilung vorgeschlagen. Diese alternative Schwelle weist deutlich höhere Gefährdungsquoten aus, wobei sich dieselben Gruppen betroffen zeigen: Arbeitslose, Kinder, AusländerInnen. Je nachdem ob die im Sozialbericht ausgewiesene offizielle Schwelle, oder die in diesem Beitrag vorgeschlagene regionale Schwelle verwendet wird, ist die Zahl der Armutsgefährdeten in Wien auf 231- 272.000 Personen zu schätzen. Dies entspricht einer Gefährdungsquote für Wien zwischen 15% und 18% der Bevölkerung. Das Armutsrisiko in Wien ist daher deutlich höher als im österreichischen Gesamtdurchschnitt, der im Bericht des Sozialministeriums mit rund 13% angegeben wird (BMSG 2005). Das Kapitel über monetäre Armutslagen präsentiert auch erstmalig empirische Schätzungen zum Ausmaß von Verschuldungslagen in Wien bei gleichzeitigem Auftreten von Armutsgefährdung. Diese Ergebnisse wurden durch qualitative Interviews mit Betroffenen in der Schuldnerberatungsstelle ergänzt.

Der zweite Beitrag widmet sich dem Verhältnis von Arbeit und Armut. Zunehmende Arbeitslosigkeit ist nicht auf Wien beschränkt, sondern entspricht einem weltweiten Wandel. Auf der persönlichen Ebene hat Arbeitslosigkeit weitreichende Konsequenzen, die über rein materielle Einschränkungen weit hinausgehen. Dieser Abschnitt legt aber auch dar, dass zwei Drittel der Armutsgefährdeten in Erwerbshaushalten leben, also direkt oder indirekt in den Produktionsprozeß eingebunden sind. Armutsgefährdung entsteht dabei meist, wenn nicht alle Mitglieder eines Haushalts einer Erwerbsarbeit nachgehen (können). Neben Alleinverdienerhaushalten sind in Wien besonders Familien mit kleinen Kindern, in ihrer Teilnahme an der bezahlten Erwerbsarbeit eingeschränkt. Sie sind deshalb häufig zu dieser allgemeinsten Form von „Working poor“ zu zählen.

<sup>4</sup>Untersuchungen zur Armutslage älterer Menschen sowie eine Fallstudie zur Wiener Sozialhilfe konnte für diesen Bericht leider nicht mehr rechtzeitig fertiggestellt werden.

Doppelt ungünstig ist die Situation von MigrantInnen in Wien, die in der Regel niedrigere Löhne erhalten, mit denen mehr gleichzeitig mehr abhängige Personen versorgt werden müssen. Dennoch ist die Lebenssituation von Personen in Erwerbshaushalten in der Regel besser als bei Personen, die in keinem Erwerbshaushalt leben.

Der dritte Abschnitt bietet eine Zusammenfassung aus mehreren Seminararbeiten zur Wohnsituation in Wien. Dabei wird festgehalten, dass die Wohnbedingungen in Wien sehr spezifisch sind und daher gerade in diesem Bereich eine gesonderte regionale Betrachtung erforderlich ist. Für ihre statistischen Analysen verwenden die Autorinnen eine Stufenleiter der Wohnintegration. Die Darstellung zeigt die soziale Charakteristik von Überbelagsverhältnissen, qualitativen Einschränkungen und letztlich prekärem, nicht leistbarem, Wohnraum. Letzteres ist häufige Ursache der Wohnungslosigkeit, die in diesem Kapitel ebenfalls behandelt wird. Dabei wird insbesondere auf das in der Regel kaum sichtbar wahrgenommene Problem der Wohnungslosigkeit von Frauen eingegangen.

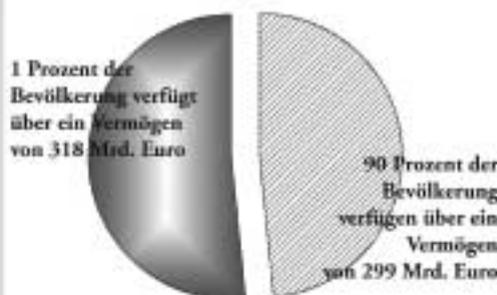
Die Situation einer wichtigen Risikogruppe zeigt ein eigener Beitrag über Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund. Hier wird gezeigt, dass Armutslagen nicht immer nur schichtspezifisch sind, sondern auch Hinweise auf eine starke ethnische Differenzierung bzw. Diskriminierung bestehen. Mehr als die Hälfte der aus der Türkei zugewanderten Menschen in Wien sind heute armutsgefährdet. Bei einem weiteren Viertel gibt es zumindest erkennbare Benachteiligungen in zentralen Lebensbereichen. In dieser ethnischen Gruppe konnte weder bei höheren Bildungsschichten noch bei Eingebürgerten eine wesentliche Verbesserung der Lage festgestellt werden. Die Gefährdung anderer ethnischer Zuwanderergruppen ist zwar niedriger, die Risiken für Personen aus allen Zuwanderungsländern, insbesondere aus dem ehemaligen Jugoslawien bleiben jedoch deutlich ebenfalls über dem Durchschnitt der einheimischen Bevölkerung.

Die Tatsache, dass Frauen in Österreich häufiger armutsgefährdet sind als Männer, bildet den Ausgangspunkt für einen eigenen Beitrag über geschlechtsspezifische Disparitäten. Die bundesweit sehr deutlichen Unterschiede liegen in Wien jedoch unter der statistischen Nachweisgrenze. Die auch in Wien bestehenden Erwerbs- und Einkommensnachteile für Frauen wirken sich in geringerem Ausmaß auf prekäre Lebensbedingungen aus, als dies in den Bundesländern der Fall ist. Dies ist auch durch die Erhebungsmethodik bedingt, die ungleiche Ressourcenverteilungen innerhalb von Haushalten (z.B. Ehepartnern) nicht berücksichtigt. Bei Kindern zeigt sich dabei ein bisher völlig unentdecktes Phänomen. Einerseits ist die Armutgefährdung bei Kindern in Wien insgesamt sehr hoch, andererseits sind Knaben signifikant häufiger gefährdet als Mädchen. Dieser Befund ist für weiterführende Studien und Strategien zur Vermeidung von Kinderarmut in Wien enorm wichtig. Vor allem die qualitative Verbesserung des Betreuungsangebotes könnte helfen, eine Verbesserung der Erwerbschancen für Wiener Familien und Alleinerziehende zu ermöglichen.

Den Abschluß dieses Berichts bildet ein Beitrag zu den grundlegenden Merkmalen von Sozialpolitik und kommunaler Armutsprävention in Wien. Darin wird gezeigt wie groß die Vielfalt an Instrumentarien ist, um sozialpolitische Zielsetzungen zu erreichen. Besonders Wien stellt für die kommunale Sozialpolitik auch erhebliche budgetäre Mittel zur Verfügung. Trotz verstärkter Anstrengungen auf europäischer Ebene ist aber in Wien derzeit keine zielgerichtete, nachhaltige Koordination dieser Ansätze zur Begegnung zunehmender Verarmungsrisiken erkennbar. Die bisher mangelnde Berichterstattung ist dafür symptomatisch. Vielleicht kann der nun vorliegende erste Wiener Armutsbericht auch Vorzeichen zukünftiger Bewältigungsstrategien für soziale Problemlagen sein.

# Es ist genug für alle da!

## Sozialbericht 2003/04



In Österreich wächst der Reichtum. Gleichzeitig sind mehr als eine Million Menschen arm.

Die KPÖ ist die Alternative zur neoliberalen Politik: Wir fordern Umverteilung von Reich zu Arm durch eine gerechte Steuerpolitik und das bedingungslose, existenzsichernde Grundeinkommen.

**Geben statt nehmen!**

**KPÖ**  
www.kpoe.at

## Monetäre Armutslagen in Wien

Stefan Angel, Hila-Nawa Alam, Eva Niederberger, Simone Plack

### Einleitung

Monetäre Armutsgefährdung wird dann angenommen, wenn das gesamte Haushaltseinkommen deutlich unter dem Bevölkerungsschnitt liegt. Die auf dieser konventionellen Definition beruhende Armutsgefährdungsquote lag in Österreich laut BMSG (2004) im Erhebungsjahr 2003 bei 13% entsprechend rund 1 Mio Menschen. Für Wien wurde dabei die Zahl der armutsgefährdeten Personen auf rund 231.000 bzw. 15% der Wiener Bevölkerung geschätzt (Statistik Austria 2005, S92). Im europaweiten Vergleich ist die Armutsgefährdung in Österreich demnach relativ gering<sup>5</sup>, andererseits weisen aber die Ballungszentren Österreichs überdurchschnittliche Armutsgefährdung auf. MigranInnen, Alleinerziehende und Arbeitslose tragen österreichweit das höchste Risiko (BMSG, 2004).

In Bezug auf die Verteilung des personellen Einkommens, (insbesondere der Löhne und Gehälter) ist ersichtlich, dass sich in den letzten drei Jahrzehnten vor allem die Ungleichheit zwischen den unselbstständig Beschäftigten deutlich ausgeweitet hat. (WIFO, 2005). Besonders in den 1980ern entnivellierte sich die Verteilung des Einkommens. Die oberen und unteren Gruppen der Verteilung der Bruttobezüge weisen eine hohe Dynamik auf. So erreichte das 1. Quintil die unterste Einkommensgruppe 2003 nur noch 2,3% der gesamten unselbstständigen Einkommen (WIFO, 2005). Unterschiede zwischen der geleisteten Arbeitszeit sind ein wichtiger Erklärungsfaktor dafür, dass sich die Einkommensdifferenzen ausweiten. Die Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften und das daraus folgende große Angebot an geringqualifizierten Arbeitskräften ist ein weiterer Grund für die Entnivellierung der Einkommen. (Czasny, 2001; WIFO, 2005).

Auch gibt es nach wie vor relativ starke Disparitäten beim Einkommen von Männern und Frauen. So lag das Einkommen der Frauen 2003 im Durchschnitt bei 67,2% der Männereinkommen, wobei die Unterschiede bei der geleisteten Arbeitszeit nur die Hälfte des Einkommensrückstandes erklären können (WIFO, 2005). Staatliche Besteuerung und Sozialausgaben üben Umverteilungseffekte aus. Letzte umfassende Untersuchungen wurden in den 90er Jahren durchgeführt (WIFO, 2005).

Die Bevölkerungsentwicklung der Bundeshauptstadt Wien weist deutliche Unterschiede zur österreichweiten Entwicklung auf. So wird Wien mit 23% (Örok-Prognose, 2001–2031) an über 65jährigen im Jahr 2031 eine relativ junge Stadt sein. Zurückzuführen ist dies auf die steigende Binnenwanderung und den vermehrten Zuzug von ausländischen StaatsbürgerInnen. Ein Anstieg der Armutsgefährdung wird durch den Nachfrageüberhang am Arbeitsmarkt, durch vermehrte Einwanderung qualifizierter Personen und durch die Vergrößerung des individuellen Arbeitsplatzverlustes wahrscheinlich.

Während zahlreiche Befunde eine Erhöhung der Ungleichheit personeller Einkommen anzeigen, ist die gesamte wirtschaftliche Situation der Privathaushalte, insbesondere in ihrem regionalen Kontext, nur unzureichend untersucht. Im vorliegenden Bericht für Wien zeigt sich wie stark Haushaltseinkommen ungleich verteilt sind, welche Rolle Sozialaus-

<sup>5</sup>Für das Jahr 2001 lag die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote der EU-15 Länder bei 15% (BMSG 2004).

gaben spielen abhängen und welche Gruppen besonders benachteiligt sind. Das allgemeine Ziel der Forschungsarbeit besteht somit darin, Daten zur Einkommensverteilung und zur Armutsgefährdung für den Ballungsraum Wien zu analysieren. Anhand der Daten von EU-SILC 2003 wird dabei auch eine alternative Armutsgefährdungsschwelle speziell für die Wiener Bevölkerung berechnet, um ein Profil der Armutsgefährdung nach sozioökonomischen Merkmalen darzustellen.

### Zentrale Begriffe der Einkommens- und Armutsberichterstattung

Das Haushaltseinkommen wird, laut EU-SILC 2003, als die Summe folgender Einkommensstypen aller Haushaltsmitglieder definiert (alles netto/pro Jahr):

Einkommen aus Erwerbstätigkeit (unselbstständig/selbstständig)

Einkommen aus Vermögen

Einkommen aus Präsenz-/Zivildienst

Staatliche Sozialleistungen (Arbeitslosigkeit, Krankheit/Unfall/Invalidität, Stipendien, Hinterbliebenenleistungen, Kindergeld, Sozialhilfe etc.)

Staatliche Pensionszahlungen

Sonstige Transfers (Inter-Haushalt, Steuerrückerstattung/ -nachzahlung usw.)

**Äquivalenzeinkommen:** Um eine Vergleichbarkeit von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung zu gewährleisten, wird das äquivalisierte Nettohaushaltseinkommen der im Haushalt lebenden Menschen bestimmt. Laut EU-Skala wird eine bestimmte Haushaltseinkommens- bzw. Bedarfsgewichtung vorgenommen. So zählt der erste Erwachsene eines Haushaltes 1, jede weitere Person ab 14 Jahren 0,5 und jedes Kind unter 14 Jahren je 0,3. Dividiert man das Nettohaushaltseinkommen durch die Summe der Gewichte, erhält man das Äquivalenzeinkommen.

**Armutsgefährdung und Armutsgefährdungsschwelle:** Menschen, die innerhalb einer Gesellschaft in ihrer Lebensführung, Ausstattung, Gesundheit und anderen individuellen wie sozialen Aspekten erheblich schlechter als andere Gesellschaftsmitglieder gestellt und dadurch von mangelnder Teilhabe in zentralen gesellschaftlichen Bereichen betroffen sind, können als „arm“ bezeichnet werden. Armutsgefährdung wird relativ zum mittleren Einkommen der Bevölkerung verstanden und in dieser Arbeit über das Äquivalenzeinkommen operationalisiert. Dabei wird als kritischer Wert für Armutsgefährdung (*Armutsgefährdungsschwelle*) 60% des Medians der Äquivalenzeinkommensverteilung der Bevölkerung festgelegt. (BMSG, 2004)

**Verschuldung** ist nicht mit Einkommensarmut gleichzusetzen, „sondern liegt dann vor, wenn der Lebensstil eines Haushaltes mit fremdem Geld finanziert wird“ (Streuli, 2006, S. 1). In einer Untersuchung Streuli zur Verschuldung von Schweizer Privathaushalten definiert Streuli ArmutsschuldnerInnen als „*arme Haushalte, welche entweder im vergangenen Jahr Raten zurückbezahlt haben oder aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten einen Kredit aufgenommen haben.*“. Gefährdete Schuldner „*sind nicht-arme Haushalte in finanziellen Schwierigkeiten, die entweder im vergangenen Jahr Raten zurückbezahlt hatten oder einen Kredit aufgenommen hatten.*“ Unter Konsumschuldner fallen „*nicht-arme Haushalte ohne finanzielle Schwierigkeiten, die im vergangenen Jahr Raten zurückbezahlt hatten.*“ (Streuli, 2006, S. 4). Sie konstruiert ihre Typologie anhand von Daten zu Einkommensangaben des Haushalts, der Frage nach Ratenrückzahlungen, ob der Haushalt Schwierigkeiten hatte, laufende Rechnungen zu bezahlen und ob aufgrund dessen ein Kredit aufgenommen wurde.

Aufgrund der spezifischen Datengrundlage bei EU-SILC 2003 wurde diese Schuldertypologie folgendermaßen modifiziert:

**ArmutsschuldnerInnen:** armutsgefährdete Haushalte, mit einem laufenden Kredit, mit oder ohne Zahlungsrückstände beim Haus, der Wohnung, den Mietzahlungen, den Wohnnebenkosten und bei Sonstigem

**Gefährdete SchuldnerInnen** (gefährdet, durch Verschuldung in Armut zu geraten): nicht armutsgefährdet, mit laufendem Kredit und/oder mit Zahlungsrückständen, einige oder große Schwierigkeiten beim Auskommen mit dem Haushaltsnettoeinkommen

**KonsumschuldnerInnen:** nicht armutsgefährdet, mit einem laufenden Kredit und/oder mit Zahlungsrückständen, geringe Schwierigkeiten beim Auskommen mit dem Haushaltsnettoeinkommen bis keine finanziellen Schwierigkeiten

**Nicht-SchuldnerInnen:** nicht armutsgefährdet oder armutsgefährdet, ohne laufendem Kredit, ohne Zahlungsrückstände

## Einkommensverteilung in Wien und den Bundesländern

Bezüglich der Einkommensverteilung stehen folgende Gesichtspunkte im Vordergrund:

- ⊖ Wie groß ist das Ausmaß der Einkommensungleichheit in Wien nach soziodemografischen Merkmalen sowie allgemein im Vergleich zu den übrigen Bundesländern?
- ⊙ Welche Einkommensarten dominieren bei welchen Gruppen, und welche Unterschiede ergeben sich? Wie groß ist in diesem Zusammenhang die Wirkung von Sozialtransfers?
- ⊖ Die für Österreich gültige Feststellung, dass ausländische StaatsbürgerInnen und Alleinerziehende ein relativ geringes Einkommen haben, wird für Wien geprüft.

Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der äquivalisierten Haushaltseinkommen in Wien und den Bundesländern. Die ärmsten 10% in Wien verfügen über maximal 8.300 Euro pro Jahr, während die unterste Einkommensschicht in den Bundesländern bis zu 8.700 Euro erhält, bzw. um 5% mehr. Demgegenüber liegt das äquivalisierte Medianeinkommen in Wien (16.800 Euro) um 8 % über jenem der Bundesländer (15.501 Euro). Bei den obersten Einkommen liegt Wien ebenfalls deutlich vorne. Die Einkommensgrenze ab der man zu den 10% Spitzenverdiensten zählt liegt in Wien bei 33.800 Euro pro Jahr das sind um 25% mehr als in den Bundesländern, wo der 9. Dezilwert bei nur 26.800 Euro liegt.

### Äquivalisiertes Haushaltseinkommen (Euro netto pro Jahr)

... % d. Bevölkerung haben weniger als...	Wien	Bundesländer	Differenz in %
10	8.300	8.700	-5%
20	10.600	11.000	-4%
25	12.100	11.700	3%
30	12.900	12.500	3%
40	14.700	13.900	6%
50	16.800	15.500	8%
60	19.400	17.000	14%
70	22.200	19.100	16%
75	24.300	20.300	20%
80	27.000	21.700	24%
90	33.800	26.800	26%

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen; gerundet auf 100

Nach obigen Grenzwerten können Einkommensgruppen mit jeweils 10% der Bevölkerung gebildet werden. Vergleicht man den Anteil am gesamten Äquivalenzeinkommen der diesen Gruppen jeweils zukommt, wird das Ausmaß der Einkommenskonzentration sichtbar. In Wien erreichen die ärmsten 10% der Bevölkerung insgesamt rund 3% des gesamten Einkommens, während die Einkommensgruppe der reichsten 10% etwa 23% auf sich vereinigen kann. In den Bundesländern ist die Konzentration etwas schwächer, und der Einkommensanteil der Ärmsten beträgt immerhin rund 4%, jener der Reichsten ist mit 22% etwas niedriger als in Wien.

### Relative Einkommensanteile oberer und unterer Einkommensgruppen in Wien (in %)

% der Bevölkerung	Wien	Bundesländer
die ärmsten 10	3	4
2. Dezilgruppe	5	6
3. Dezilgruppe	6	7
4. Dezilgruppe	7	8
5. Dezilgruppe	8	9
6. Dezilgruppe	9	9
7. Dezilgruppe	11	11
8. Dezilgruppe	12	12
9. Dezilgruppe	16	14
die reichsten 10	23	22

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen

## Maße für Einkommensungleichheit

Um den Grad der Verteilungsungleichheit von Ressourcen (in diesem Fall Einkommen) in einer Population mit einem einzigen Indikator zusammenzufassen, werden verschiedene Maße angewandt. Eine Kennzahl, die vor allem die Relation zwischen oberen und unteren Einkommensgruppen berücksichtigt, ist der Dezilenvergleich  $p_{90}/p_{10}$ . Er gibt an, um wie viel Mal größer das Einkommen eines/einer Einkommensempfängers/-empfängerin beim neunzigsten Perzentil gegenüber einem/einer Einkommensempfänger/-empfängerin beim zehnten Perzentil ist. Das Äquivalenzeinkommen beim neunzigsten Perzentil (33.800 Euro) ist in Wien rund vier mal höher als beim zehnten Perzentil (8.300). In den Bundesländern liegt das Verhältnis  $p_{90}/p_{10}$  bei rund drei.

Eine andere Maßzahl ist Einkommensquintilverhältnis ( $s_{80}/s_{20}$ ), welche für das Äquivalenzeinkommen berechnet wird (*Europäische Kommission*, 2004). Das am schlechtesten verdienende Fünftel der Bevölkerung von Wien bezieht insgesamt 7,9 % des Gesamteinkommens der WienerInnen. Demgegenüber bezieht das Fünftel der Wiener BestverdienerInnen 39 % des Gesamteinkommens. In Wien verdient jemand aus der obersten Quintilgruppe also durchschnittlich fünf Mal so viele wie jemand aus der untersten Quintilgruppe. Für die Bundesländer hat  $s_{80}/s_{20}$  den Wert von 3,8 und liegt damit, wie auch  $p_{90}/p_{10}$ , deutlich unter dem Wiener Wert.

*Fazit:* Die Einkommensungleichheit in den Bundesländern ist geringer als innerhalb der Wiener Stadtbevölkerung. Das Einkommensniveau in Wien ist eindeutig höher.

## Einkommensverteilung nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen

Verschiedene Bevölkerungsgruppen in Wien haben ein unterschiedlich hohes Haushaltseinkommen und sind unterschiedlich stark auf Sozialleistungen angewiesen. In den meisten Studien wurden ausländische StaatsbürgerInnen und Alleinerziehende als besonders „einkommensschwach“ angesehen (*BMSG*, 2004). Das Medianäquivalenzeinkommen der ausländischen StaatsbürgerInnen in Wien beträgt rund 11.500 €pro Jahr. Demgegenüber beläuft sich das mediane Äquivalenzeinkommen der in Wien lebenden ÖsterreicherInnen und EU/EFTA-BürgerInnen auf etwa 17.700 €pro Jahr. Dies lässt auch eine höhere Armutsgefährdung der ausländischen StaatsbürgerInnen vermuten. In den restlichen Bundesländern ist die Einkommensdifferenz zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund kleiner und beträgt rund 3.000 Euro. Das mediane Äquivalenzeinkommen von ausländischen StaatsbürgerInnen in den Bundesländern ist um ca. 10 % höher als jenes der ausländischen StaatsbürgerInnen in Wien.

### Äquivalenzeinkommen nach Staatsbürgerschaft und Geschlecht (Median)

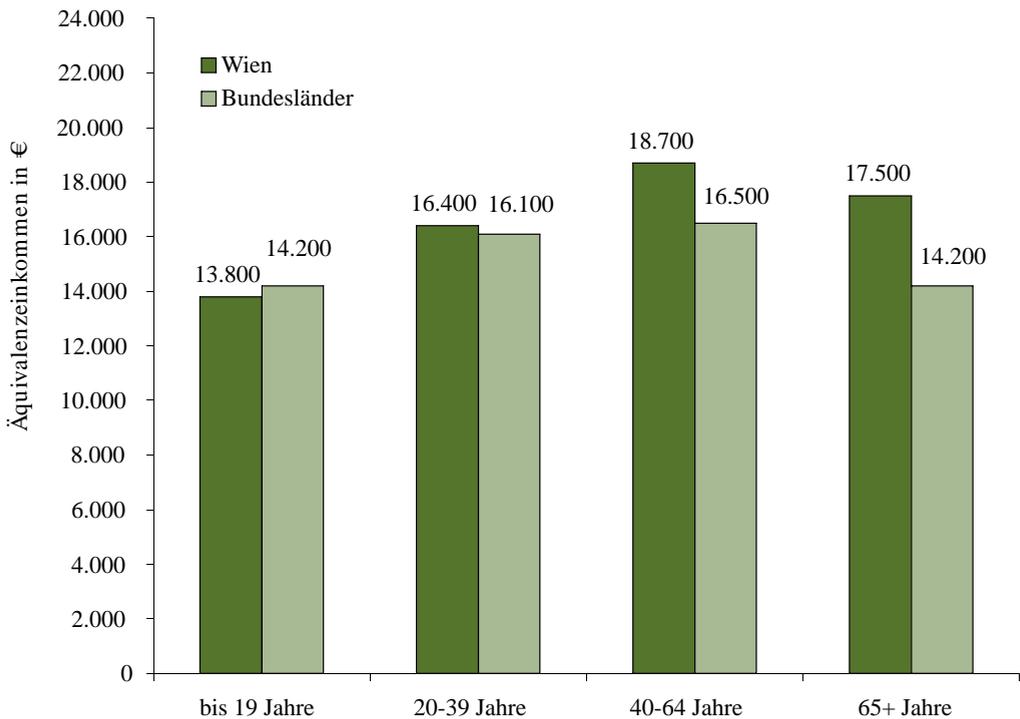
	Wien	Bundesländer
Staatsbürgerschaft		
Österreich, EU und EFTA	17.700	15.600
ausländische StaatsbürgerInnen	11.500	12.600
Differenz in %	-35	-19
Geschlecht		
Männer	17.400	15.800
Frauen	16.100	15.200
Differenz in %	-7	-4

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen; gerundet

Sowohl Frauen als auch Männer erreichen in der Hauptstadt ein höheres Einkommen als in den Bundesländern, wobei die Einkommensdifferenz bei Männern mit ca. 11 % größer ausfällt als bei den Frauen (6 %). Nach wie vor gibt es eine Einkommensdisparität zwischen Männern und Frauen, die jedoch in den Bundesländern (Männer: um 4 % höheres Äquivalenzeinkommen) geringer ist als in Wien (7 %). Diese Differenzen können allerdings nicht das tatsächliche Lohngefälle widerspiegeln, da hier äquivalisierte Haushaltseinkommen verglichen werden. Leben Männer und Frauen im selben Haushalt wird hier kein Einkommensunterschied bemerkt.

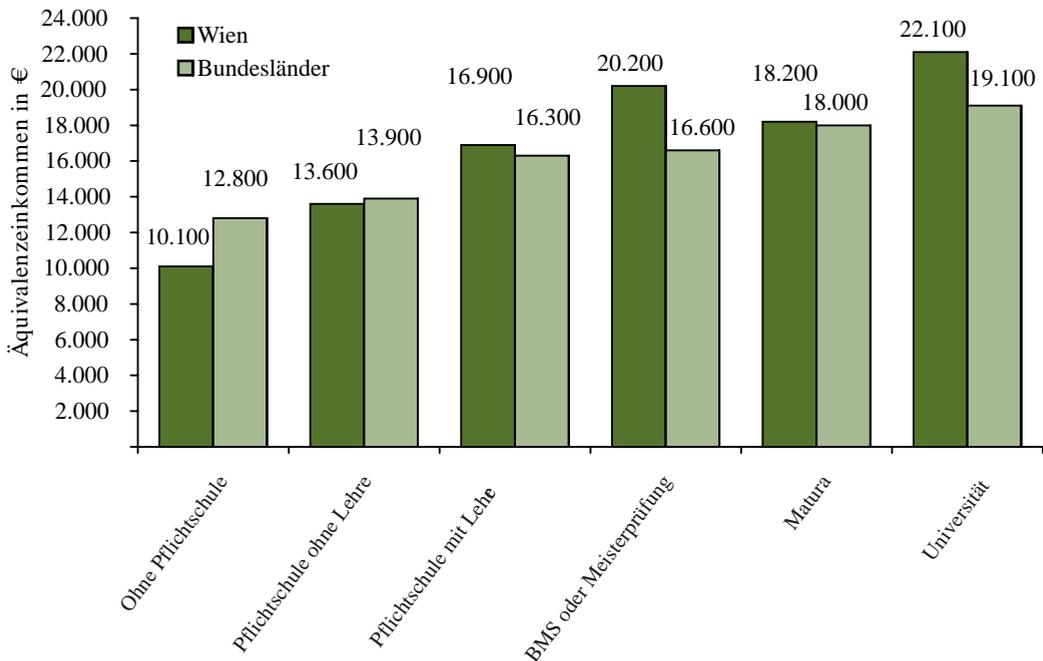
Betrachtet man die Einkommen verschiedener Altersgruppen, zeigt sich, dass die Gruppe der 40 bis 64-jährigen sowohl in Wien als auch in den Bundesländern das höchste Einkommen erreicht. Die Einkommensaufschlüsselung nach dem Alter durchbricht auch den allgemeinen Trend eines höheren Einkommensniveaus in Wien insofern, als die bis 19-jährigen in den Bundesländern ein um durchschnittlich 402 € höheres Einkommen pro Jahr erreichen als Jugendliche in der Hauptstadt. Ähnliches gilt auch für Gruppen mit unterschiedlichem Bildungsniveau. Auf den untersten Bildungsstufen (keine Pflichtschule, Pflichtschule ohne Lehre) werden die WienerInnen von den BewohnerInnen der übrigen Bundesländer bei der Einkommenshöhe übertroffen.

### Medianes Äquivalenzeinkommen pro Jahr nach Alter



Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen; gerundet auf 100

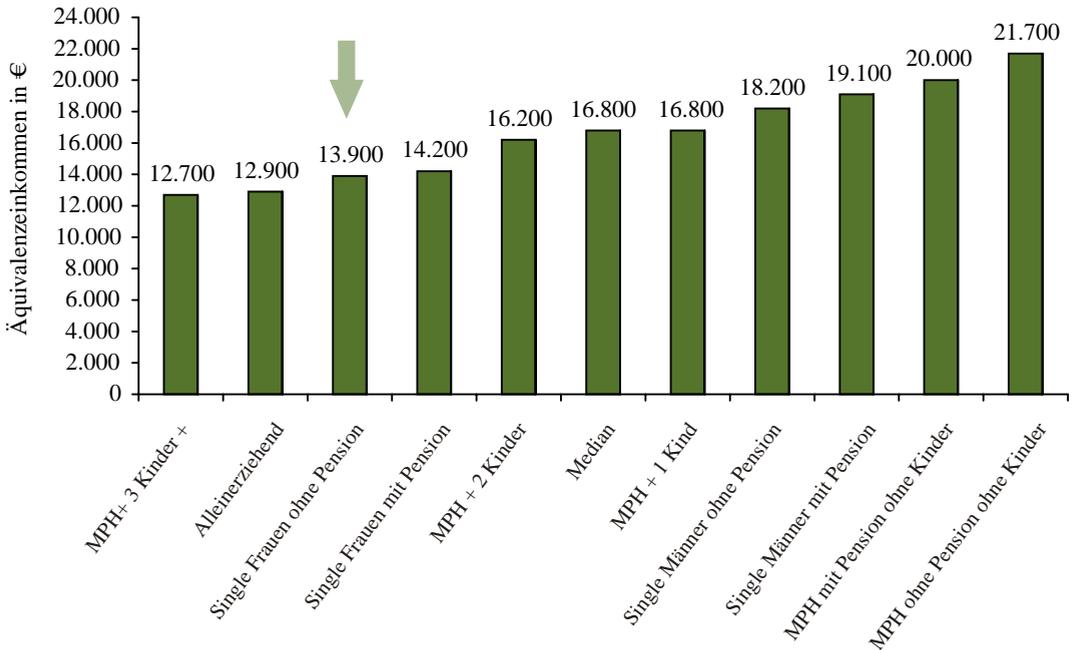
## Medianes Äquivalenzeinkommen pro Jahr nach Bildungsniveau



Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen; gerundet auf 100

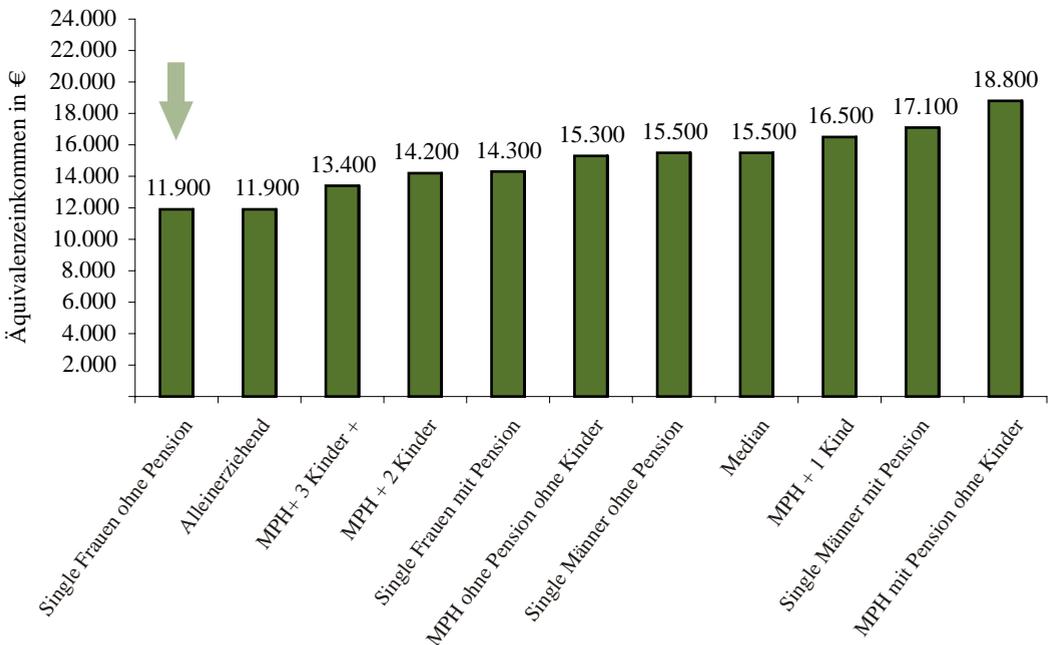
In Wien haben vor allem Haushalte mit vielen Kindern sowie Alleinerziehende niedrige Einkommen. Am anderen Ende des Spektrums finden sich Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder und Single-Männer. Auch hier wird bei Betrachtung der Haushaltsstruktur der Gender-Gap beim Einkommen offensichtlich. Beim Vergleich der Verteilung der durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen mit den Bundesländern zeigen sich vor allem zwei Auffälligkeiten: *Erstens* liegen in den Bundesländern *mehr* Haushaltstypen unter dem Medianeinkommen. Alleinlebende Pensionistinnen rutschen *zweitens* in den Bundesländern betreffend die Einkommenshöhe um drei Plätze zurück auf den letzten Rang (siehe Pfeil in untenstehender Grafik). Erneut gilt allgemein: nahezu durchgehend liegen die Wiener Einkommen in allen betrachteten Gruppen über jenen der EinwohnerInnen der Bundesländer.

## Medianes Äquivalenzeinkommen pro Jahr nach Haushaltstyp, Wien



Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen; gerundet auf 100

## Medianes Äquivalenzeinkommen pro Jahr nach Haushaltstyp; Bundesländer



Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen; gerundet auf 100

## Einkommensstruktur verschiedener soziodemografischer Gruppen

Die einzelnen Einkommenskomponenten des Haushaltseinkommens haben für verschiedene soziodemografische Gruppen ein unterschiedliches Gewicht. Eine wesentliche Einkommenskomponente sind Sozialtransfers. Bezüglich der Armutsgefährdung hat auch der Grad der Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen eine gewisse Aussagekraft. Die Daten zeigen, dass dieser in Wien höher ist als in den übrigen Bundesländern: 12 % der Haushalte in Wien erhalten Sozialleistungen (exkl. Pensionszahlungen) als größten Anteil an ihrem gesamten Einkommen (Bundesländer: 7 %). Bei mehr als der Hälfte (58 %) der Wiener Haushalte macht das Einkommen aus unselbständiger Arbeit den höchsten Betrag am gesamten Äquivalenzeinkommen aus (Bundesländer: 64 %). Pensionsleistungen liegen bei 22 % der Wiener Haushalte an erster Stelle (Bundesländer: 21 %).

Bei durchschnittlich 17 % der ausländischen StaatsbürgerInnen (Wien) und bei ca. 11 % (Wien) der inländischen StaatsbürgerInnen machen die Sozialtransfers den größten Teil des Äquivalenzeinkommens aus. Hier sind allerdings die Pensionsleistungen nicht mitenthalten. Diese machen bei 5 % der ausländischen Wiener StaatsbürgerInnen und bei 27 % der inländischen Wiener StaatsbürgerInnen den größten Teil des Einkommens aus. Außerhalb Wiens zeigt sich bei den Sozialleistungen ein stark verändertes Bild. Diese bilden dort nur bei 6 % der ausländischen StaatsbürgerInnen den größten Teil des Äquivalenzeinkommens, wobei der entsprechende Wert für die inländischen StaatsbürgerInnen sich mit 6,9 % kaum davon unterscheidet. Pensionsleistungen nehmen bei 3,5 % der in den Bundesländern lebenden ausländischen StaatsbürgerInnen sowie bei 21 % der inländischen StaatsbürgerInnen den größten Teil des Einkommens ein.

Bei den Alleinerziehenden in Wien beträgt der Anteil der Sozialleistungen am gesamten verfügbaren Haushaltseinkommen 19 % (Median). Für Mehrpersonenhaushalte mit 3 Kindern beträgt dieser Wert durchschnittlich 30 %, bei 2 Kindern 13 %. Spiegeln die Werte für die Bundesländer dieses Bild wider? Diese Frage lässt sich mit „Ja“ beantworten. 22 % (Median) des gesamten verfügbaren Haushaltseinkommens bei Alleinerziehenden kommen dort aus Sozialtransfers. Für Haushalte, in denen mindestens 2 Erwachsene leben, ergibt sich ein Anteil von 22 % (3 oder mehr Kinder). bzw. 13 % (+ 2 Kinder).

## Armutsgefährdung

Die Analyse der Armutsgefährdung gliedert sich in folgende Hauptkriterien:

- ⊙ Ab welchem Einkommen gelten Wiener Haushalte als armutsgefährdet?
- ⊙ Welche Gruppen der Wiener Bevölkerung sind besonders von Armut gefährdet? Wie groß sind hierbei die Stadt-Land-Unterschiede?
- ⊙ Die für Österreich gültige Feststellung, dass ausländische StaatsbürgerInnen und Alleinerziehende besonders armutsgefährdet sind, wird überprüft.

Ein Aspekt der Armutsgefährdung ist das Ausmaß an dem am gesellschaftlichen Leben partizipiert werden kann. Diese Partizipation funktioniert zumeist über monetäre Ressourcen, so dass bei einem relativ niedrigem Einkommen von Armutsgefährdung gesprochen wird. Nach konventioneller Berechnung wird die Gefährdungsschwelle am Medianeinkommen der Gesamtbevölkerung festgemacht. Die Armutsgefährdungsquote der Wiener Bevölkerung liegt dann bei rund 15% bzw. 231.000 Personen. (BMSG 2004).

Da für die Wiener Bevölkerung diese Stadt auch als der Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen angenommen wird, kann es bei der Messung der Armutsgefährdung auch darauf ankommen, ob ein Wiener/eine Wienerin gegenüber einem anderen Wiener/einer anderen Wienerin relativ depriviert ist (im Sinne der 60 % Schwelle) und nicht darauf ob er/sie gegenüber einem/einer z. B. Vorarlberger/-in relativ depriviert ist, angenommen wird, kann bei der Messung der Armutsgefährdung auch diese als relativer Bezugspunkt (im Sinne der 60% Schwelle) verwendet werden.

Wien hat mit der alternativen Berechnungsmethode eine *Armutsgefährdungsquote* von 17,6 % oder ca. 272.000 Personen. Definiert man 50 % des Medianeinkommens als „erhöhte“ und 70 % als „leichte“ Armutsgefährdung, liegt die Armutsgefährdungsschwelle bei rund 8.400 Euro bzw. 11.700 Euro pro Jahr. Berechnet man die Armutsgefährdungsquote anhand des gesamtösterreichischen, mittleren Äquivalenzeinkommens sind 14,9 % der WienerInnen armutsgefährdet. Zum Vergleich sei die Armutsgefährdungsquote von 13,2 % für Gesamtösterreich und 12,7 % für die Bundesländer angeführt.

### Verschiedene Armutsgefährdungsquoten mit regionaler Schwelle für Wien/ Österreich

	Quote (%)		Schwelle (EUR p.M.)	
	Wien	Österreich	Wien	Österreich
50 % (erhöht)	10	7	700	660
60 %	18	13	840	790
70 % (leicht)	24	20	980	920

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen, gerundet

Wendet man dieselbe Regel, nach der die österreichische Armutsgefährdungsschwelle berechnet wurde auf die Wiener Einkommensverteilung an, ergibt sich für Wien eine Armutsgefährdung bei einem gewichteten Jahreseinkommen unter *10.060 Euro*. Das entspricht einem Monatseinkommen (1/12) von rund 840 Euro. In Anlehnung an den Armutsbericht für Österreich des BMSG zeigt die folgende Tabelle die regionale Armutsgefährdungsschwelle für unterschiedliche Haushaltstypen.

### Regionale Armutsgefährdungsschwellen für Wien nach Haushaltstyp (in Euro)

Haushaltstyp	pro Jahr	pro Monat (1/12)
Einpersonenhaushalt	10.060	840
1 Erwachsener und ein Kind	13.080	1.090
2 Erwachsene	15.100	1.260
2 Erwachsene und 1 Kind	18.110	1.510
2 Erwachsene und 2 Kinder	21.130	1.760
2 Erwachsene und 3 Kinder	24.150	2.010

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen; gerundet

Für einen Vergleich wurden in der folgenden Tabelle auch die Armutsgefährdungsquoten bestimmter Gruppen dargestellt, wenn man die Österreichweite Armutsgefährdungsschwelle aus dem Bericht zur Sozialen Lage 2003-2004 für die Stadt Wien anwendet.

Beide Berechnungsweisen zeigen: Männer sind stärker armutsgefährdet als Frauen (siehe Abschnitt zu Geschlechterdisparitäten). Weiters sinkt die Armutsgefährdung in Wien tendenziell mit steigendem Alter. Ausländische StaatsbürgerInnen, Alleinerziehende, Haushalte mit vielen Kindern sowie Personen mit sehr niedriger Bildung (nicht höher als Pflichtschule ohne Lehre) weisen das höchste Armutsgefährdungsrisiko auf. Arbeitslose haben ein dreimal höheres Armutsrisiko als Erwerbstätige. Die Armutsgefährdungsquote für ausländische StaatsbürgerInnen ist mehr als doppelt so hoch wie für österreichische StaatsbürgerInnen oder EU/EFTA-Angehörige. Zwischen dem Armutsrisiko bei niedrigstem und höchstem Bildungsgrad liegen 40 Prozentpunkte.

Aus der Tabelle wird auch ersichtlich, dass in Wien die Armutsgefährdungsquoten berechnet anhand der österreichischen Schwelle - deutlich geringer ausfallen. Eine zentrale Erkenntnis ist aber auch, dass jeweils dieselben Gruppen besonders betroffen sind.

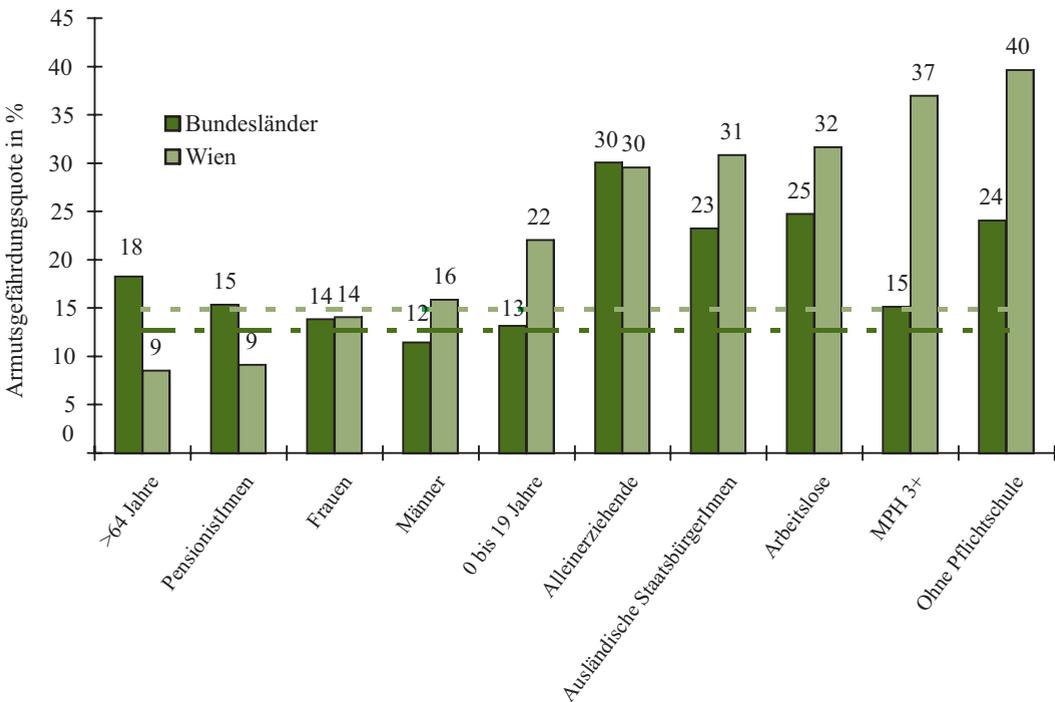
### Gruppenspezifische Armutsgefährdungsquoten in Wien mit regionaler und nationaler Schwelle in %

	berechnet mit Armutsgefährdungsschwelle für...	
	Wien	Österreich
Insgesamt	18	15
Geschlecht		
Männer	18	16
Frauen	17	14
Alter		
0 bis 19 Jahre	25	22
20 bis 39 Jahre	20	17
40 bis 64 Jahre	14	11
65 Jahre und älter	10	9
Staat		
Österreich/EU/EFTA	14	13
ausländische StaatsbürgerInnen	38	31
Beschäftigungssituation		
erwerbstätig	12	10
arbeitslos	37	32
in Ausbildung	27	25
in Pension	11	9
Haushaltstyp		
MPH mit Pension ohne Kinder	8	5
Alleinerziehende	30	30
MPH + 1 Kind	16	11
MPH + 2 Kinder	18	13
MPH + 3 Kinder	37	37
Bildung		
Ohne Pflichtschule	50	40
Pflichtschule ohne Lehrabschluss	25	22
Pflichtschule mit Lehrabschluss	14	12
Matura	13	8
Universität	10	12

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen

Die nachfolgende Grafik zeigt die Besonderheiten im Wiener Problemgruppenprofil der Armutsgefährdeten. Die horizontale Linie bezeichnet die jeweilige Gesamtarmutsgefährdungsquote. Alle Zahlen wurden mit der österreichischen Schwelle berechnet. Allgemein ist die spezifische Armutsgefährdungsquote der jeweiligen Gruppen in Wien fast immer höher. Eine Ausnahme von diesem Muster sind PensionistInnen und ältere Menschen. Die größte Diskrepanz bei der Armutsgefährdung findet sich bei den Mehrpersonenhaushalten mit mindestens 3 Kindern und beträgt ca. 22 Prozentpunkte, gefolgt von Personen ohne Pflichtschulabschluss mit 16 Prozentpunkten Differenz. Kaum Stadt-Land Unterschiede finden sich bei Alleinerziehenden und Frauen.

### Besonderheiten im Wiener Problemgruppenprofil



Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen; gerundet auf 100

## Verschuldung

Aufgrund der in der Literatur vorgefundenen Problemlagen wurden folgende Thesen aufgegriffen:

- ⊙ Kinderreiche Familien gehören verstärkt zu den ArmutsschuldnerInnen.
- ⊙ Im Vergleich zu den Männern ist der Anteil von Frauen an ArmutsschuldnerInnen und KonsumschuldnernInnen höher.
- ⊙ Personen, die in atypischen Arbeitsverhältnissen stehen und arbeitslos sind, gehören häufig zur Gruppe der ArmutsschuldnerInnen und der Gefährdeten SchuldnerInnen
- ⊙ KonsumschuldnernInnen sind vor allem jüngere Menschen.

Der Anteil der ArmutsschuldnerInnen in Wien liegt bei knapp 4 %. Die Schuldertypologie insgesamt zeigt, dass die Mehrheit der Haushalte schuldenfrei ist, wobei der Anteil der schuldenfreien Haushalte in Wien um ca. 10 Prozentpunkte über dem Anteil in den Bundesländern liegt. Innerhalb der Gruppe der Verschuldeten sind „KonsumschuldnerInnen“ am häufigsten vertreten. In den Bundesländern gibt es sowohl mehr ArmutsschuldnerInnen als auch mehr KonsumschuldnerInnen.

### Schuldertypen in Wien und Bundesländern

	Wien		Bundesländer	
	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %
ArmutsschuldnerInnen	60	4	291	5
Gefährdete SchuldnerInnen	118	8	346	5
KonsumschuldnerInnen	300	20	2.002	32
Nicht-SchuldnerInnen	1.045	68	3.726	58

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen

### Verschuldung verschiedener soziodemografischer Gruppen

Die Art der Verschuldung unterscheidet sich nach soziodemografischen Merkmalen. Unter allen betrachteten Gruppen finden sich die meisten Nicht-SchuldnerInnen, sowohl in Wien als auch in den Bundesländern, unter den SeniorInnen. 93 % der Personen 65+ und 87 % der PensionistInnen in Wien haben laut EU-SILC keine finanziellen Schulden. Ähnlich hoch liegen die Werte für die Bundesländer (88 % bzw. 84 %). Innerhalb der jüngeren Bevölkerung (0 bis 39 Jahre) ist der Anteil der KonsumschuldnerInnen vergleichsweise hoch und liegt in Wien bei etwa 26 % und in den Bundesländern bei ungefähr 37 %. Ähnlich wie bei der Armutgefährdung verschiedener Gruppen zählen nach der hier erstellten Typologie Personen ohne Pflichtschulabschluss, Arbeitslose, Haushalte mit 4 Kindern, ausländische StaatsbürgerInnen und Alleinerziehende in dieser Reihenfolge am häufigsten zu den ArmutsschuldnerInnen und am seltensten zu den Nicht-SchuldnerInnen, weshalb *für einzelne Gruppen* mitunter von einem bestimmten Zusammenhang zwischen Armutgefährdung und Verschuldung gesprochen werden kann. Unter den Haushalten mit vier Kindern sind zudem sowohl in Wien (41 %) als auch in den Bundesländern (21 %) die meisten Gefährdeten SchuldnerInnen zu finden. Arbeitslose sind am zweithäufigsten dieser SchuldnerInnenkategorie zuzuordnen (Wien: 20 %, Bundesländer: 18 %). Ca. 11 % der Wiener ausländischen StaatsbürgerInnen sind den ArmutsschuldnerInnen zuzuordnen, rund 19 % von ihnen sind KonsumschuldnerInnen.

Ausgehend von der Tatsache, dass Frauen in Österreich 30% weniger verdienen als Männer und sie ein geringeres Maß an sozialen Transferleistungen beziehen, wird vermutet, dass Frauen häufiger als Männer zu den ArmutsschuldnerInnen gehören. Die Daten zeigen allerdings, dass dies nicht der Fall ist. In Wien zählen ca. 5 % der Männer und ca. 3 % der Frauen zu den ArmutsschuldnerInnen. In den Bundesländern ist der Anteil für beide Geschlechter mit je ca. 4,5 % gleich hoch. Frauen sind mit 71 % in Wien auch häufiger in der Kategorie Nicht-SchuldnerInnen vorzufinden als Männer (66 %). Außerhalb Wiens sind die Quoten für diesen Typus bei beiden Geschlechtern nahezu identisch.

## Anteil von Schuldertyp bei soziodemografischen Gruppen, in %

	Armutsschulden		Gefährdete Schulden		Konsumschulden		Keine Schulden	
	Wien	BL	Wien	BL	Wien	BL	Wien	BL
Geschlecht								
Männer	5	5	8	6	21	32	66	58
Frauen	3	5	7	5	18	31	71	59
Alter								
0 bis 19 Jahre	[4]	7	11	8	23	41	62	44
20 bis 39 Jahre	5	5	8	6	26	37	62	51
40 bis 64 Jahre	4	4	9	5	19	30	68	62
65 Jahre und älter	[1]	1	[1]	1	[1]	9	93	88
Anzahl Kinder								
1	[4]	4	12	8	27	37	57	52
2	[3]	7	8	6	26	46	63	41
3	[5]	8	[6]	6	[16]	41	74	45

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen; Zahlen in [] ungewichtete absolute Fallzahlen in der Zelle unter 20 oder in der Randgruppe unter 50; leere [] absolute ungewichtete Fallzahlen zu gering

Ein Vergleich nach der Anzahl der Kinder stützt die These, dass vor allem kinderreiche Familien zu den Armutsschuldnern gehören. Der Anteilswert von ArmutsschuldnerInnen steigt mit der Anzahl der Kinder. Dies gilt sowohl für Wien als auch für die Bundesländer. Darüber hinaus finden sich Personen mit Kindern (Ausnahme: Alleinerziehende) auch mit hohen Anteilen, bei den KonsumschuldnerInnen wieder (Wien und Bundesländer). Bei diesem Schuldertyp sind allerdings auch die Differenzen zwischen Stadt und Land am größten. Unter den Haushalten mit 2 oder 3 Kindern finden sich in den Bundesländern ca. doppelt so viele KonsumschuldnerInnen wie in Wien. Der Anteil von Nicht-SchuldnerInnen ist in Wien um ca. 20 (2 Kinder) bzw. 30 (3 Kinder) Prozentpunkte höher als in den Bundesländern.

Auffällig ist, dass innerhalb der Gruppe der Armutgefährdeten in Wien 74 % (BL: 64 %) zu den Nicht-SchuldnerInnen zählen. Unter den Nicht-Armutgefährdeten sind weniger Personen (68 %) schuldenfrei (BL: 58 %).<sup>6</sup>

### Akteure

Eine qualitative Untersuchung der Verschuldung sollte unter anderem die subjektive Situation Wiener Verschuldeter, Einkommensverhältnisse, individuelle Ausgabensituation und persönliche Einstellung zu Kreditnahme und Verschuldung erhellen. Zentrale Fragen sind hier, ob eine bestimmte Verschuldungsstruktur zu erkennen ist (Verschuldung wofür?), und wenn ja, wie damit umgegangen wird. Weiters werden die Hauptgründe für Verschuldung und die davon besonders betroffenen Gruppen aufgezeigt.

Ein Experte der Schuldnerberatung Wien stellte sich für ein Experteninterview zur Verfügung. Weiters wurden KlientInnen dieser Beratungsstelle zu ihrer Verschuldungslage befragt. Die Auswahl der RespondentInnen erfolgte zufällig nach ihrem Erscheinen in der Beratung.

<sup>6</sup>Aufgrund der Definitionssystematik für die Schuldertypologie werden armutgefährdete Personen nur entweder Nicht-Schuldnern oder Armutsschuldnern zugeordnet.

Sie wurden nicht nach speziellen Merkmalen, wie z.B. Geschlecht, Alter oder Migrationshintergrund ausgewählt. Von 16 angesprochenen Personen kooperierten an den beiden Interviewterminen (zu je ca. 3 Stunden) 10 KlientInnen. Darunter fanden sich 6 Männer und 4 Frauen im Alter von 30 bis 61 Jahren. 7 der Befragten hatten einen Migrationshintergrund.

### **Schuldner- und Verschuldungsstruktur:**

Zurzeit sind 5.102 Personen in der Beratung bei der Schuldnerberatung Wien (Interview E1). Sie weisen eine durchschnittliche Medianverschuldung von 45.000 Euro auf. Laut Expertenaussage gibt es einige zentrale Gruppen, die speziell von Überschuldung betroffen sind, doch zumeist findet sich durch alle Gruppen der „Standardfall Überschuldeter“. Dieser beginnt bereits in den Jugendjahren immer mehr auszugeben, als einzunehmen, bis es später zu einer ständigen Umschuldung bei Banken kommt. Es zeigt sich, dass sich Schicksalsschläge, wie Scheidung, Arbeitsplatzverlust, etc. erschwerend auswirken, aber meist nicht der ausschließliche Grund für Verschuldung sind. Hauptbetroffene sind vor allem Personen mit niedrigem Einkommen (500 1.000 Euro netto pro Monat), mit niedriger Bildung, ohne Job und mit Migrationshintergrund. Bei Geschlecht und Alter ist laut Expertenaussage jedoch keine Signifikanz zu erkennen.

Generell lässt sich sagen, dass es zwar einige Parameter gibt, die zu Rate gezogen werden können, aber wirklich repräsentative Zahlen gibt es für die Stadt Wien nicht. Regional betrachtet zeigt sich, dass vor allem die Bezirke mit hohem MigranteInnenanteil besonders von Verschuldung betroffen sind. (z.B. 2., 10., 11., 15., 16., 20. Bezirk).

### **Gründe für die Verschuldung:**

Hauptgrund für Verschuldung ist zumeist die schleichende, ständige Umschuldung bei Banken (Interview E1). Diese vermittelt den Betroffenen eine Zeit lang das Gefühl ohnehin genug Geld zu haben, obwohl sich die Schulden im Hintergrund häufen. Im Endeffekt ist nie ein Aspekt alleine (Scheidung, erhöhte Handyrechnung, etc) der Auslöser von Verschuldung, sondern die Kumulation aller Faktoren.

Es fiel zuerst besonders auf, dass sich unter den Befragten fünf Personen befanden, die erst maximal 2-mal bei der Schuldnerberatung waren. Die längste Beratungszeit gab eine Respondentin mit einem Jahr an. In Bezug auf die Verschuldungsgeschichte zeigte sich bei den Befragten: 9 der 10 Respondenten begannen ihre Verschuldungsgeschichte mit der Aufnahme eines Kredites bei einer Bank. Dies lag durchschnittlich zwischen 5 und 10 Jahren zurück. Am jüngsten war ein Respondent, der angab, mit 18 Jahren einen Kredit aufgenommen zu haben. Grund für die Kreditaufnahme ist fast durchgehend die Möglichkeit, sich dadurch eine Wohnung oder ein Haus zu finanzieren. Weiters wurden die Möglichkeiten genannt, sich dadurch selbstständig zu machen und der Familie finanziell zu helfen. Oft findet sich ein „Standardfall Überschuldeter“, der schon früh mit Verschuldung beginnt.

Die durchschnittliche Schuldenhöhe der Befragten liegt bei 24.000 35.000 Euro. Ein Befragter ist nicht direkt durch eigene Kreditverschuldung verschuldet, sondern weil er als Bürge für seinen Schwager einsteht. Dieser kann den Kreditrückzahlungen nun nicht mehr oder nur mehr teilweise nachkommen, woraufhin der Befragte zu Rate gezogen wird.

Drei der Befragten sind zurzeit erwerbstätig, die anderen befinden sich entweder in Arbeitslosigkeit, Karenz oder Pension bzw. Frühpension. Drei Respondenten gaben außerdem an, dass sie aufgrund psychischer oder physischer Krankheiten (teils durch ihre Verschuldung) nicht mehr erwerbstätig sein können. Sieben Respondenten gaben an, in Partnerschaft oder Ehe zu leben. Ein Paar hat keine Kinder, die anderen zwischen zwei und

fünf. Die weiteren drei Personen sind zwar geschieden, haben aber auch zwei bis vier Kinder. Ein Befragter und eine Befragte gaben an, zusätzlich zu den monatlichen Kosten Alimente zahlen zu müssen. Wenn die Einnahmen von den monatlichen Kosten (Kleidung, Wohnung, Lebensmittel) abgezogen werden, bleibt den Respondenten vielfach kaum etwas übrig „zum Leben“.

Ein Befragter erklärte, sich von Freunden Geld zu borgen oder sich sogar durch betrügerische Taten Geld verschaffen zu müssen, um überhaupt existieren zu können. Die Tendenz der Befragten geht aber dahin, dass sie es eher ablehnen, sich von Freunden und Familie Geld auszuborgen. Viele tun dies deshalb nicht, weil sie wissen, dass es ihnen unmöglich ist, dies wieder zurückzuzahlen. Schulden bei der Bank zu machen ist für die Befragten die bevorzugte Variante, vielleicht um Freunden und Familie die eigene Situation nicht zu zeigen, oder aufgrund moralischer Beweggründe (v.a. bei „Nichtzurückzahlen können“). Alle Betroffenen gaben an, dass Verschuldung für sie eine ungemaine Belastung ist, die Sorgen und Krankheit bringt. Ein Befragter gab zur Antwort, dass er sozusagen schon „abflacht“, man könne ihn ruhig pfänden, er könne nichts dagegen tun. Denn wenn er das Geld hätte, dann hätte er bereits gezahlt, und keine Schwierigkeiten mehr.

### Schlussfolgerungen

Die Analyse der Einkommensverteilung und struktur verweist auf signifikante Unterschiede zwischen der Bundeshauptstadt und den restlichen Bundesländern.

So zeigt sich, dass das Einkommensniveau der Wiener Bevölkerung generell höher ist. Die Untersuchung der Einkommensverteilung ergab, dass der Effekt der Sozialleistungen in Wien stärker zum Tragen kommt und allgemein zu einer Verringerung der bestehenden Einkommensungleichheit führt. Dennoch ist die Einkommensungleichheit in Wien im Vergleich zu den übrigen Bundesländern wesentlich größer. Männer und Frauen beziehen in Wien zwar ein höheres Einkommen, gleichzeitig sind hier aber die geschlechtsspezifischen Unterschiede des Haushaltseinkommens stärker ausgeprägt. Die Ergebnisse der Analyse bestätigen unsere Hypothese, dass vor allem Alleinerziehende und ausländische StaatsbürgerInnen, aufgrund ihres niedrigen Einkommens, stärker armutsgefährdet sind. Es zeigt sich aber auch, dass dieser Kreis in Wien auch auf Mehrpersonenhaushalte mit drei oder mehr Kindern ausgeweitet werden muss. Zudem wird ersichtlich, dass diese Gruppen einen wesentlich höheren Teil ihres Einkommens aus sozialen Transferleistungen beziehen. Die Einkommensdisparität zwischen den einzelnen Gruppen ist höher, was u. a. die Betrachtung der Einkommensstruktur hinsichtlich des Bildungsgrads bestätigt: WienerInnen, der untersten Bildungsstufe verfügen über ein niedrigeres Einkommen, als die EinwohnerInnen der restlichen Bundesländer.

Unsere Berechnungen der Armutsgefährdungsquote verdeutlichen die Besonderheit von Wien die Quote fällt deutlich geringer aus, wenn man sie nach der österreichischen Armutsgefährdungsschwelle berechnet. Sie weist einen Wert von 14,9% auf, wohingegen die Berechnung nach der Wiener Armutsgefährdungsschwelle bei 17,6% liegt. Bei beiden Schwellenwerten scheinen Männer stärker armutsgefährdet als Frauen. Die Armutsgefährdung in Wien sinkt tendenziell mit steigendem Alter. Ausländische StaatsbürgerInnen, Alleinerziehende, Haushalte mit vielen Kindern sowie Personen mit sehr niedriger Bildung (nicht höher als Pflichtschule ohne Lehre) weisen das höchste Armutsgefährdungsrisiko auf. Arbeitslose haben ein dreimal höheres Armutsrisiko als Erwerbstätige. Die Armutsgefährdungsquote für ausländische StaatsbürgerInnen ist mehr als doppelt so hoch wie für österreichische StaatsbürgerInnen oder EU/EFTA-Angehörige. Ein Vergleich der

Armutsgefährdung in Wien und den Bundesländern zeigt erstens, dass es die größten Unterschiede bei der Jugend- und Altersarmut gibt. Die Quote in den Bundesländern für ältere Menschen ist höher als in Wien. Zweitens gibt es besonders große Unterschiede bei der Armutsgefährdung von Mehrpersonenhaushalten mit mehreren Kindern und bei Personen ohne Pflichtschulabschluss. Die Armutsgefährdung ist für diese zwei Gruppen in Wien je ca. doppelt so hoch wie in den Bundesländern.

69 % der WienerInnen und 59 % der außerhalb Wiens lebenden Personen sind schuldenfrei. Die Mehrheit der Armutsgefährdeten ist schuldenfrei, und es gibt mehr schuldenfreie Armutsgefährdete als schuldenfreie Nicht-Armutsgefährdete, weshalb insgesamt der Zusammenhang von Armut und Verschuldung eher schwach ausgeprägt zu sein scheint. Auf der anderen Seite sind die speziellen Risikogruppen für Armutsgefährdung und (Armuts-)Verschuldung größtenteils ident.

# Mehr Jobs! Mehr Chancen!

Unsere Jobmanager sind erfolgreiche Spezialisten am Arbeitsmarkt, die Ihre persönlichen Stärken erkennen und gezielt fördern. Sie sind Ihr Coach und Ratgeber, haben Überblick am Arbeitsmarkt und gute Kontakte zu vielen Unternehmen. So finden sie für Sie rasch den richtigen Job. Sprechen Sie mit uns!

 **05 07 07**

#### IHRE VORTEILE BEI TRENKWALDER:

- große Jobauswahl in vielen Branchen
- rasch einen Job
- persönliche und kostenlose berufliche Betreuung durch Ihren erfahrenen Jobmanager
- volle soziale Absicherung (Kranken-, Unfall-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung)
- attraktives Einkommen (inkl. 13. und 14. Monatsgehalt)
- fixes, unbefristetes Dienstverhältnis bei Trenkwalder
- keine Bindungsverpflichtung, Wechsel zum Kunden jederzeit möglich (rund 25% unserer Mitarbeiter werden vom Kunden übernommen)

## trenkwalder

*die zukunft der arbeit*

## Erwerbsarbeit und Armut

Judith Anzenberger, Brigitte Lindner, Irina Vana

Miron Lazic, Evelyn Raggl, Teresa Schaup, Benjamin Thoermer

Auf dem Arbeitsmarkt fallen die Entscheidungen über Art und Niveau der materiellen Versorgung des Individuums und damit über die soziale Verteilung begehrter Güter (*Krämer & Speidel, 2004*). Der Arbeitsmarkt ist deshalb - neben der Familie, dem Ausbildungssystem und dem Sozialstaat - eine zentrale Instanz für die Verteilung sozialer Privilegien und Benachteiligungen.

Erwerbsarbeit ist daher die wesentlichste Basis für materielle Unabhängigkeit und sozialen Status. Es wird auch immer wieder betont, wie wichtig die Integration in die Arbeitswelt für das Selbstbewusstsein ist, d.h. selbstständig zu sein und zum Unterhalt des Haushaltes beitragen zu können (*Häußermann, 2004*). Das erzielte Einkommen, die Art der Beschäftigung und die Stellung in dieser, bestimmen zu einem wesentlichen Teil den Lebensstandard, die materielle Sicherheit, das soziale Kontaktnetz, das Sozialprestige, und wie anzunehmen ist, auch das subjektive Wohlbefinden einer Person.

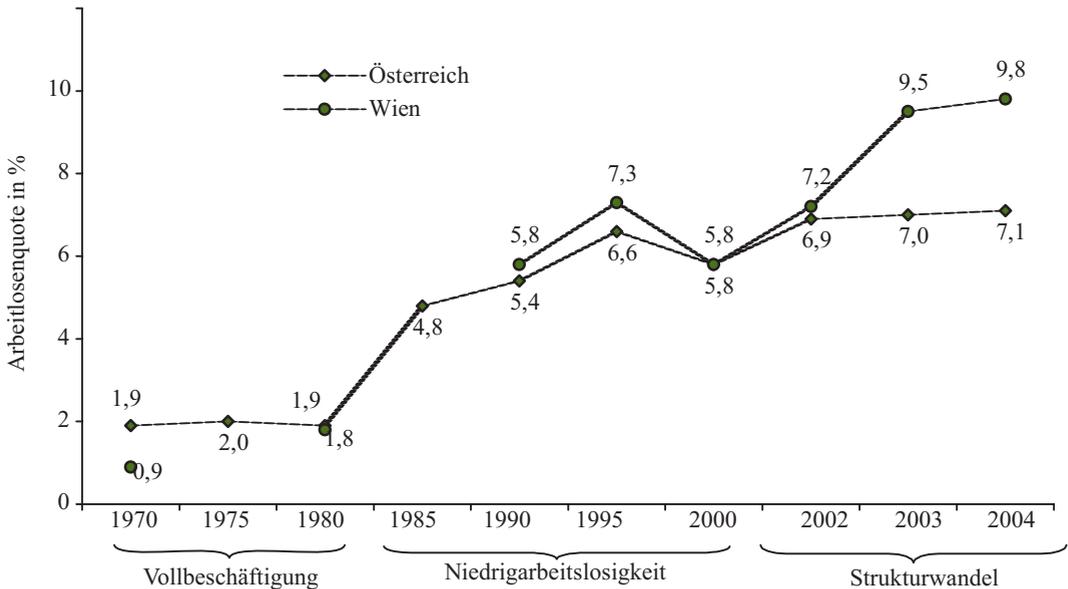
Bei der Vermeidung von Armutsgefährdung stellt Erwerbsarbeit daher die hauptsächliche Sicherungsfunktion dar. Bei Erwerbstätigen bleibt die Armutsgefährdung deutlich unter dem Wert für die Gesamtbevölkerung, während nicht im Erwerbsleben stehende Personengruppen allesamt von überdurchschnittlicher Armutsgefährdung betroffen sind. Somit zählen arbeitslose Personen zu einem besonders mit Armutsrisiken konfrontierten Teil der Gesellschaft. Die nachfolgenden statistischen Auswertungen zeigen jedoch, dass Armut auch erwerbstätige Personen trifft. Diese Tatsache verweist auch auf einen Wandel im Diskurs über Armut „*For many years, poverty has been considered the 'stigma' of inactive persons, with the underlying assumption that it could only result from laziness or disability. The main rationale was to emphasise that lack of work was the explaining factor for poverty, and therefore also the main way out of poverty*“ (*Peña-Casas & Latta, 2004, S. 3*). Sowohl Armut als auch Arbeitslosigkeit wurden als ein, vor allem durch Faulheit, selbstverursachtes Problem gesehen. Heute rückt der Diskurs über Armut stärker ins Feld einer systematischen Problematik. Der gesellschaftliche Wandel stellt das System der Absicherung über Erwerbsarbeit zunehmend in Frage, da die an den Erwerb geknüpften Sicherungsnetze an Integrationskraft verlieren. Auch diesen Aspekten des strukturellen Wandels unter dem Eindruck der Globalisierung und des Neoliberalismus werden wir uns in Zusammenhang mit der Arbeitslosenproblematik widmen.

## Arbeitslosigkeit

### Entwicklung und Besonderheit des Wiener Arbeitsmarktes

Die Schaffung der Arbeitsplätze im Laufe der 80er Jahre konnte mit der wachsenden Arbeitslosigkeit nicht mehr Schritt halten. So stieg die Arbeitslosigkeit kontinuierlich und ist heute an einem kritischen Punkt angelangt. (Diendorfer, 1994)

#### Arbeitslosenquoten von 1970- 2005



Quelle: AMS Österreich; Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation 2006

Vor allem Wien ist von Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Im Mai 2006 betrug die Arbeitslosenquote in Wien 9 %, in Gesamtösterreich 6 %<sup>7</sup>. Seit dem Jahr 1991 liegt die Arbeitslosenquote in Wien über dem österreichischen Durchschnitt. Sie sank zwar zwischen den Jahren 1998 und 2000, steigt seitdem aber wieder beständig an (AMS, 2006). 2002 lag die Arbeitslosenquote bei 7 %, für 2008 wird aber schon eine Quote von 11 % erwartet. (Alteneder, 2004)

In diesem Zusammenhang haben wir uns die Frage gestellt, inwiefern der Wiener Arbeitsmarkt in Hinblick auf Arbeitslosigkeit eine Sonderstellung einnimmt: Was sind die primären Ursachen, die dazu führen, dass das Problem der Arbeitslosigkeit in Wien besonders gravierend ist?

Mögliche Gründe dafür sind:

- ⊙ (Außen- und Binnen-) Migrationsströme konzentrieren sich besonders stark auf Wien. Daher ist hier der Druck auf den Arbeitsmarkt besonders hoch.

<sup>7</sup>Durch Einberechnung der in Schulungen befindlichen Personen erhöht sich diese Quote in Wien und Gesamtösterreich um jeweils rund 2%.

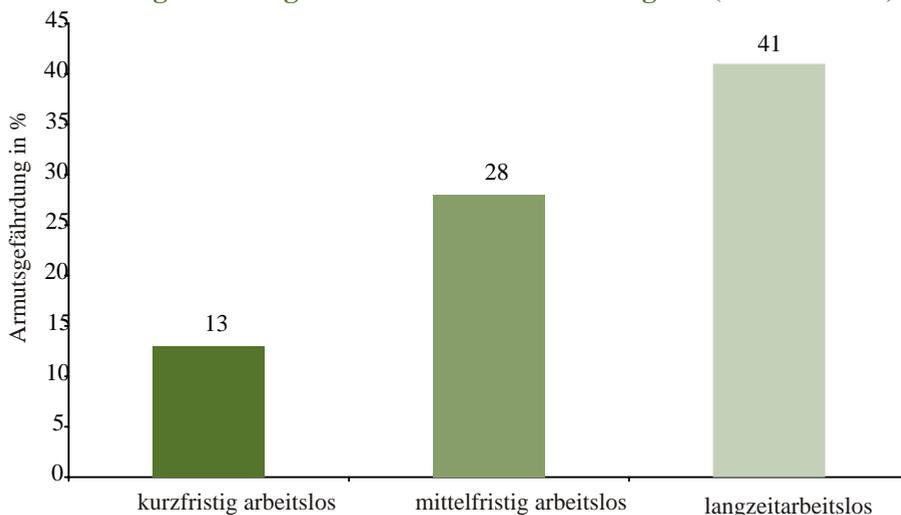
Der Strukturwandel wirkt sich auf Wien stärker aus als auf den Rest Österreichs. Besonders stark war der Beschäftigungsrückgang im Großraum Wien in der Sachgüterindustrie aufgrund von Produktionsverlagerung in Staaten mit niedrigerem Lohnniveau, in der öffentlichen Verwaltung, sowie im Bau-, Kredit- und Versicherungswesen. Da sich die öffentliche Verwaltung überwiegend in Wien befindet, wirkt sich ein Personalabbau in diesem Bereich stärker auf den Wiener Arbeitsmarkt aus als auf den der Bundesländer. Der Wiener Einzelhandel stagniert, da riesige Einkaufszentren vorwiegend am Stadtrand von Wien errichtet werden, wodurch Arbeitsplätze in Wien verloren gehen und in die Vororte von Wien verlagert werden (Interview E2).

Die Erosion traditioneller Familien- und Haushaltsstrukturen (bedingt durch größeren Wohlstand, längere Ausbildungszeiten, Liberalisierung rechtlicher Regeln, sowie steigende Frauenerwerbstätigkeit) ist in städtischen Ballungsräumen generell stärker ausgeprägt als in ländlichen Regionen. Dies führt dazu, dass informelle soziale Netzwerke und Verwandtschaftsbeziehungen kleiner und brüchiger werden, was sich im Falle von Arbeitslosigkeit wiederum negativ auf die Betroffenen auswirkt.

### Arbeitslosigkeit und Armut

Arbeitslosigkeit ist nicht gleichbedeutend mit Armut, doch aufgrund der zentralen Rolle des Erwerbseinkommens stehen diese beiden Phänomene in engem Zusammenhang. Die Gruppe der Arbeitslosen hat den größten Anteil an armutsgefährdeten Personen. Ganze 38 % der Wiener Arbeitslosen sind armutsgefährdet, wobei mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit das Risiko zunimmt: Haushalte mit Langzeitarbeitslosen haben ein fast dreimal so hohes Risiko in Armut zu geraten. (BMSG, 2004). Langzeitarbeitslose sind mehr als 6 Monate arbeitslos. Die Schwierigkeiten dieser Gruppe liegen erstens darin, dass sie nach längerer Abstinenz vom Arbeitsmarkt schwer vermittelt werden können und zweitens, dass hier die Grenze zwischen Arbeitslosenunterstützung und Notstandshilfe gezogen wird, was wiederum eine Verringerung der finanziellen Ressourcen bedeutet.

#### Armutsgefährdung nach Dauer der Arbeitslosigkeit (in Österreich)



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003, eigene Berechnungen

Arbeitslose sind nicht nur häufig von Einkommensarmut betroffen, sondern auch von sozialer Ausgrenzung gefährdet und haben einen tendenziell eingeschränkten Zugang zu materiellen Gütern und kulturellen wie sozialen Ressourcen (*Europäische Kommission, 2004*).

Die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit können durch das soziale Netz gemildert werden. Durch atypische Arbeitsverhältnisse, wie Werkvertrag und freier Dienstvertrag, welche keine Arbeitslosenversicherung beinhalten, kann dieses Netz brüchig werden. Arbeitslosigkeit stellt nicht nur ein ökonomisches sondern auch ein gesellschaftliches und psychologisches Problem dar. Der Verlust der Arbeitsrolle führt zur Rollenverringering, die das Selbstwertgefühl außerordentlich belasten und Identitätskrisen auslösen kann (*Peez, 1993*).

### **Strukturelle Ursachen der steigenden Arbeitslosigkeit**

Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf ein kapitalistisches Wirtschaftssystem aufgebaut ist, riskiert ihre Existenz, wenn sie das Problem der Arbeitslosigkeit nicht in den Griff bekommt. Denn Arbeitslose fallen als KonsumentInnen weitgehend aus, und Massenarbeitslosigkeit setzt eine negative Spirale in Gang. Mangels Kaufkraft wird die Rezession verstärkt und diese führt zu noch größerer Arbeitslosigkeit (*Diendorfer, 1994*). Welche Ursachen gibt es für die steigende Arbeitslosigkeit?

#### **Wirtschaftswachstum**

Das Wirtschaftswachstum ist heute nur etwa halb so hoch wie in den 60er und frühen 70er Jahren (*Diendorfer, 1994*). Kein Aufschwung war je stark genug um die steigende Arbeitslosigkeit aufzuhalten, denn nach einer Phase der Rezession steigt die Arbeitslosigkeit an und kann nur sehr langsam wieder gesenkt werden, sodass nach jedem Wirtschaftsaufschwung ein höherer Sockel an Arbeitslosigkeit zurückbleibt, den es zu bewältigen gilt (*Diendorfer, 1994*).

#### **Steigendes Arbeitskräfteangebot**

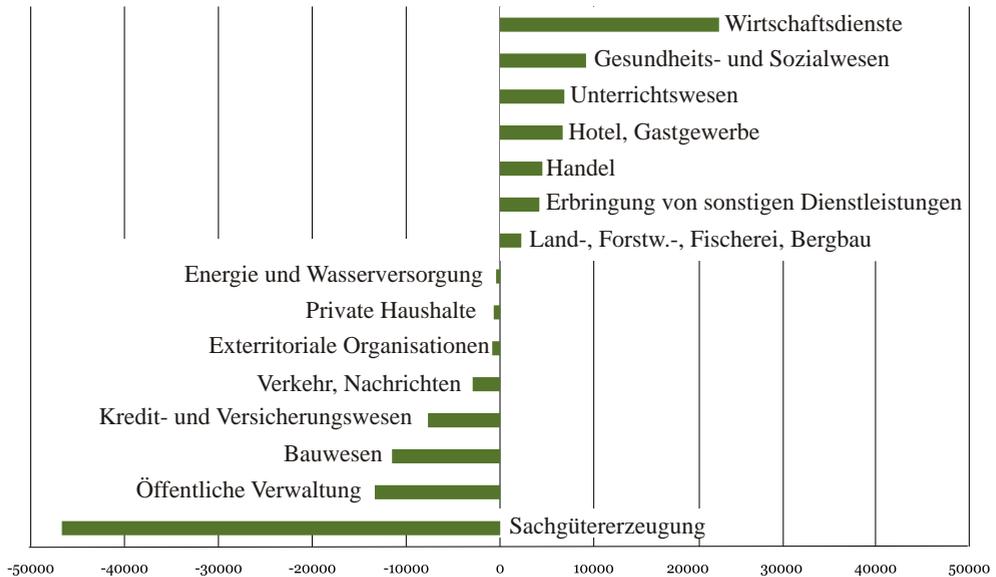
Steigende Arbeitslosigkeit entsteht auch dadurch, dass immer mehr Personen ihre Arbeitskraft anbieten. Dies ist sowohl auf die steigende Erwerbsbeteiligung, als auch auf demographische Faktoren zurückzuführen. Die Hauptgründe sind vor allem die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen und das steigende Angebot an ausländischen Arbeitskräften (*Diendorfer, 1994*). Zusätzlich zum Zuzug ausländischer Arbeitskräfte steigt das Wiener Arbeitskräftepotential durch Binnenwanderung aus den Bundesländern nach Wien.

#### **Struktureller Wandel des Arbeitsmarktes**

Als weitere Ursache ist der Strukturwandel von der Industrie zur Dienstleistungsgesellschaft zu nennen. Der Begriff Strukturwandel umfasst einerseits die langfristigen Veränderungen einzelner Sektoren und Branchen und andererseits auch die Umschichtung von Arbeitsplätzen zwischen Betrieben aufgrund des Wettbewerbes. Eine derartige Umschichtung von Arbeitsplätzen findet in jeder Phase des Konjunkturzyklus statt. Auch wenn die Gesamtbeschäftigung in Österreich sich nur geringfügig verändert, liegen diesen Schwankungen erhebliche Verschiebungen von Arbeitsplätzen von stillgelegten oder schrumpfenden zu expandierenden oder neugegründeten Betrieben zugrunde. Diese Umverteilung der Arbeitsplätze wiederum bewirkt eine Vielzahl von Auflösungen und Neuaufnahmen von Beschäftigungsverhältnissen. Im Verlauf dieses Strukturwandels verschwinden Arbeitsplätze in der Produktion und werden nur teilweise durch Dienstleistungstätigkeiten ersetzt. Diese erfordern höhere oder andere Qualifikationen, wodurch der Zugang zu diesen neuen Stellen eingeschränkt wird. So erklärt sich auch, dass die Arbeitslosigkeit steigt, während gleich-

zeitig offene Stellen unbesetzt bleiben. Ursächlich sind hier die Unterschiede zwischen den Merkmalen der Arbeitslosen und den Qualifikationsanforderungen bei den offenen Stellen (Häußermann, 2004).

### Beschäftigungsentwicklung der einzelnen Wirtschaftsabschnitte in Wien von 1994-2003(absolute Veränderungen)<sup>8</sup>



Quelle: Statistik Austria (Mikrozensus); (Wagner & Lassnigg 2005, S.10)

## Globalisierung

Weiters wird die Arbeitslosigkeit durch die Globalisierung der ökonomischen Beziehungen verschärft, bei der industrielle Produktionen ins Ausland verlagert werden, während sich die Leistungs- und Kontrollfunktionen der globalen Ökonomie auf wenige „Global Cities“ konzentrieren (Häußermann, 2004). Die zunehmende Liberalisierung der Güter- und Kapitalmärkte, verbunden mit der Verringerung der Transportkosten und der Kommunikationsgeschwindigkeit, hat den Prozess der internationalen Arbeitsteilung beschleunigt. Durch die Öffnung des Ostens und dessen Integration innerhalb Europas, veränderte sich die Wettbewerbsfähigkeit verschiedener Betriebe und Branchen zusätzlich, sie müssen nun die Effizienz steigern, um das Lohnniveau halten zu können und trotzdem wettbewerbsfähig zu bleiben (Diendorfer, 1994).

<sup>8</sup>Strukturverschiebungen lassen sich besser anhand absoluter Zahlen darstellen als durch relative (Wachstumsraten), da der Vergleich der Wirtschaftsabschnitte über Wachstumsraten kleinen Wirtschaftsabschnitten die gleiche Bedeutung zumisst wie großen und somit die Aussagekraft beeinträchtigt. So weisen Land- und Forstwirtschaft beispielsweise das größte relative Wachstum im Untersuchungszeitraum auf, tatsächlich beschränkt sich das Wachstum aber nur auf 2.300 zusätzliche Erwerbstätige.

## Technisierung

Eine andere Ursache ist unter anderem die Welle des Technologiewandels, die Merkmale einer technologischen Revolution zeigt. Der Vorteil der Automatisierung ist, dass schwere und gefährliche Arbeiten wegfallen und die Produktivität gesteigert wird, der Nachteil ist aber, dass Arbeitsplätze wegfallen (Peez, 1993). Der Einsatz von Mikroprozessoren kann Arbeitsprozesse in allen Branchen verändern und sogar führende Rollen in Großbetrieben in Frage stellen. „*Der Industriegesellschaft geht die Arbeit aus, weil die Technik preiswerter ist als die menschliche Arbeit*“ (Peez, 1993).

## Wandel der Familien und Haushaltsstruktur

Größerer Wohlstand, verlängerte Ausbildungszeiten, die Liberalisierung rechtlicher Regeln und insbesondere die veränderte Rolle der Frau bedingen einen Wandel der Familien- und Haushaltsstrukturen, in dessen Folge die informellen sozialen Netze der Verwandtschaft kleiner und brüchiger werden. Neue Haushaltstypen wie z.B. die Haushalte der Alleinerziehenden treten vermehrt auf und sind von den Risiken der Arbeits- und Wohnungsmärkte besonders bedroht (Häußermann, 2004). Diese Veränderungen sind in städtischen Ballungsräumen generell stärker ausgeprägt als in ländlichen Regionen.

## Strukturwandel der Städte

Auch der Strukturwandel der Städte trägt zur Ausgrenzung bei. Immigration und wachsende Ungleichheit vergrößern die sozialen Distanzen innerhalb der Gesellschaft und diese werden durch selektive Mobilität in neue sozialräumliche Strukturen übersetzt (Häußermann, 2004).

Dabei bedeutet anhaltende Arbeitslosigkeit eine schwache Anbindung an den Arbeitsmarkt, Unterbeschäftigung oder Rückzug vom Arbeitsmarkt, soziale Isolation, die Konzentration der Armen und Arbeitslosen in bestimmten Stadtvierteln und weitgehend abgeschnitten von den Angehörigen der Arbeiterschaft und der Mittelklasse (Häußermann, 2004).

## Wer ist von Arbeitslosigkeit betroffen?

Zur Darstellung der Risiken von Arbeitslosigkeit in Wien werden jene Personengruppen bzw. MerkmalsträgerInnen, die besonders schwer in den Arbeitsmarkt zu integrieren und deshalb besonders armutsgefährdet sind analysiert. Die Ergebnisse stützen sich auf eigene Berechnungen mit EU-SILC 2003 sowie auf Daten des AMS.

Mithilfe des LLIW II 2003 Datensatzes wird zusätzlich soziale Deprivation - die Unmöglichkeit zur grundlegenden materiellen, sozialen und kulturellen Teilhabe - untersucht und die Lebenslagen von Arbeitslosen beschrieben.

Bei der Analyse des LLIW II 2003 Datensatzes ziehen wir als Definition von Arbeitslosen bzw. Erwerbstätigen den Beschäftigungsstatus zum Zeitpunkt der Erhebung heran. Arbeitslosigkeit, die länger als 6 Monate andauert, wird im Folgenden als Langzeitarbeitslosigkeit definiert. Personen sind dann von Jugendarbeitslosigkeit betroffen, wenn sie (gemäß unserer Definition) arbeitslos und zwischen 15 und 25 Jahren alt sind. Arbeitslosigkeit ab 51 Jahren wird als Altersarbeitslosigkeit definiert.

**Definition:**

Untersucht wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Das sind, gemäß EUROSTAT, alle Personen zwischen 15 und 64 Jahren. Bei den Auswertungen von EU-SILC wurde eine Definition gewählt, die die Tätigkeit in den einzelnen Monaten des Jahres 2002 mit einbezieht. Als Erwerbstätige gelten demnach alle Personen im Alter zwischen 15 und 65, die dem Beschäftigungsstatus nach EU-SILC am ehesten den Erwerbstätigen zuzuordnen sind und im Jahr 2002 kein Monat überwiegend arbeitslos waren. Als arbeitslos werden alle Personen von 15 bis 65 Jahren definiert die a) während des Erhebungszeitraumes (2002) mindestens ein Monat überwiegend ohne Arbeit waren, b) in diesem Zeitraum für eine Beschäftigung verfügbar waren und c) aktiv auf Arbeitssuche waren. Als kurzfristig arbeitslos werden alle Personen im Alter zwischen 15 und 65 definiert, die im Jahr 2002 ein bis zwei Monate überwiegend arbeitslos waren. Als mittelfristig arbeitslos gelten alle Personen im Alter zwischen 15 und 65, die im Jahr 2002 drei bis sechs Monate überwiegend arbeitslos waren und als langzeitarbeitslos alle Personen im Alter zwischen 15 und 65, die im Jahr 2002 mehr als sechs Monate überwiegend arbeitslos waren.

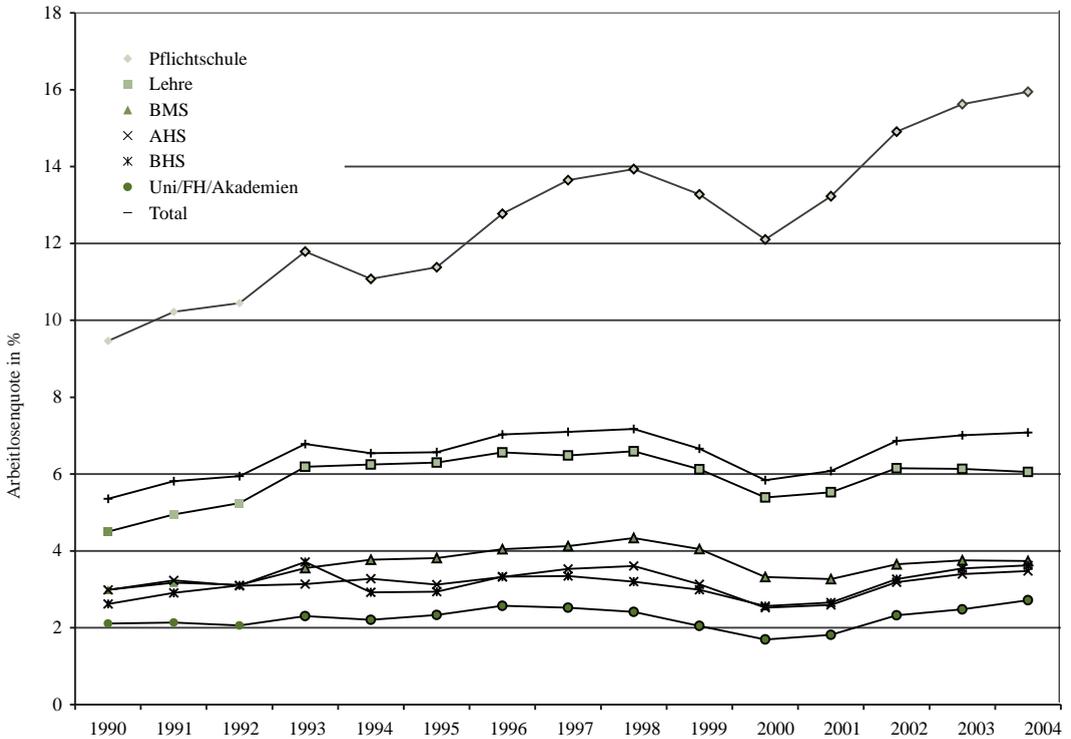
In Bezug auf die Längsschnittdaten, welche die Entwicklung der Arbeitslosigkeit über einen längeren Zeitraum hinweg beschreiben, ziehen wir die Definition des AMS heran. Das AMS definiert die Arbeitslosenquote als den Anteil der Zahl der beim AMS registrierten arbeitslosen Personen am unselbstständigen Arbeitskräftepotenzial (beim AMS vorgemerkte arbeitslose Personen und beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger erfasste unselbstständig Beschäftigte).

**Bildung**

Aufgrund der in der Literatur gefundenen Indizien über die Arbeitsmarktlage nahmen wir an, dass Personen mit niedriger Qualifikation besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Speziell betroffen sind MigrantInnen, da diese tendenziell einen niedrigeren Bildungsstand als gebürtige ÖsterreicherInnen haben.

Eine Analyse der langfristigen Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Zusammenhang mit dem Bildungsstand zeigt, dass Bildung eines der wirkungsvollsten Mittel bei der Vermeidung von Arbeitslosigkeit darstellt. Vor allem Personen mit Pflichtschulabschluss und - in etwas geringerem Ausmaß - Personen mit Lehrabschluss tragen ein überdurchschnittlich hohes Arbeitslosigkeitsrisiko.

## Arbeitslosenquote nach Berufsausbildung in Österreich von 1990-2005



Quelle: AMS Österreich; Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation, 2006

Personen, die höchstens über einen Pflichtschul- oder Lehrabschluss verfügen, stellen zusammen drei Viertel aller Arbeitslosen in Wien dar. In den Bundesländern haben sich die Arbeitslosenzahlen bei Personen mit Pflichtschul- und Personen mit Lehrabschluss in den letzten Jahren ziemlich aneinander angeglichen. Im Jahre 2002 stammten jeweils 42% der Arbeitslosen aus diesen Bildungsschichten. In Wien gibt es zwischen diesen beiden Gruppen deutliche Unterschiede. Für Personen mit Lehrabschluss verminderte sich im Gegensatz zu Personen mit Pflichtschulabschluss seit Ende der neunziger Jahre das Risiko der Arbeitslosigkeit. Bei Personen, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen wuchsen die Arbeitslosenzahlen seit diesem Zeitpunkt rasant an. Seit 2002 sind 50% der Arbeitslosen in Wien dieser Gruppe zuzuzählen.

Personen mit mittlerer, höherer oder akademischer Ausbildung tragen demgegenüber ein (sechs- bis zehnfach) geringeres Arbeitslosigkeitsrisiko, jedoch ist auch dieses im Anstieg begriffen, wenngleich auch in geringerem Ausmaß als bei Lehr- und PflichtschulabgängerInnen.

Für Personen, die über eine abgeschlossene Lehre oder eine Meisterprüfung verfügen, wird das Risiko in Arbeitslosigkeit zu geraten, auch innerhalb der nächsten fünf Jahre weiter zurückgehen (Alteneder et. al., 2004).

MigrantInnen tragen v.a. aufgrund ihres tendenziell geringeren Qualifikationsniveaus ein hohes Arbeitslosigkeitsrisiko (Interview E1). So besitzen 33 % der MigrantInnen max. einen Pflichtschulabschluss, bei den ÖsterreicherInnen sind es dagegen nur 15%. Allerdings dürfte nicht nur geringe Qualifikation für das hohe Arbeitslosigkeitsrisiko der MigrantInnen verantwortlich sein. Das lässt sich daran erkennen, dass von den PflichtschulabgängerInnen mit Migrationshintergrund 19% arbeitslos sind, bei den österreichischen PflichtschulabgängerInnen hingegen nur 9% (LLIW II 2003, eigene Berechnungen). Ähnlich verhält es sich auch bei den höher gebildeten MigrantInnen die mindestens Matura besitzen. Auch sie sind mit einem Arbeitslosenanteil von 10% stärker betroffen, als die dementsprechende Vergleichsgruppe der ÖsterreicherInnen mit 3%. (LLIW II 2003, eigene Berechnungen).

## Alter

Jugendliche und ältere Erwerbspersonen tragen in Wien, wie in Österreich ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko als jene mittleren Alters - das zeigt sich deutlich im Vergleich der jeweiligen Arbeitslosenquoten. 2003 betrug die Jugendarbeitslosenquote (unter 25) in Wien rund 10 %, und 7 % in den restlichen Bundesländern. Die Quote der über 45 Jährigen lag ebenfalls bei rund 10 % in Wien und bei 6% in den Bundesländern. Damit besteht für Personen dieser diese Altersgruppen in Wien ein um rund 2 % höheres Arbeitslosenrisiko als für Erwerbspersonen zwischen 25 und 44 Jahren. (AMS Daten & Hauptverband der Sozialversicherung, 2004, eigene Berechnungen).

Das tatsächliche Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Wien ist größer als es sich anhand der AMS Statistik erkennen lässt. Eine Analyse der Arbeitslosigkeit nach Erwerbsalter zeigt, dass Jugendliche, d.h. Personen zwischen 15 und 24 Jahren, nach LLIW II 2003 in Wien ca. 21 % der Arbeitslosen ausmachen. Nach den AMS Daten waren es 2003 hingegen lediglich knapp 12 %.

Diese Widersprüchlichkeit ergibt sich, da viele arbeitslose Jugendliche noch kein halbes Jahr gearbeitet haben bevor sie arbeitslos werden. Sie erfüllen daher die Anspruchsvoraussetzungen für das Arbeitslosengeld nicht und scheinen nicht in der Arbeitslosenstatistik auf.

Das wahre Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit wird statistisch am Anstieg der jugendlichen SozialhilfeempfängerInnen erkennbar. 2004 machten die 14 bis unter 25 Jährigen 16,3 % der SozialhilfeempfängerInnen aus (MA 15 & Fonds soziales Wien 2004).

Ein Grund für den erschwerten Einstieg ins Erwerbsleben ist das hohe und stetig wachsende Arbeitskräfteangebot, das z.B. durch vermehrte Frauenerwerbstätigkeit bedingt ist. Da die Nachfrage nach Arbeitsplätzen viel geringer ist, bekommen Personen ohne Erfahrung schwer Zugang, da bei der Arbeitsplatzvergabe auf Wissen und Erfahrung viel Wert gelegt wird. Durch den hohen Wettbewerbsdruck am Arbeitsmarkt ergibt sich, dass Jugendliche, die keine besonders guten Schulnoten vorweisen können oder nicht eloquent sind, „die nicht kantenfrei sind, eben nicht in den Arbeitsmarkt hineinkommen“ (Interview E2).

Für Personen im mittleren Erwerbsalter, sprich zwischen 25 und 44 Jahren, entwickelten sich die Arbeitslosenzahlen seit den späten achtziger Jahren relativ konstant, sie stellen aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke die größte Gruppe von Arbeitslosen dar (etwa 50 % aller Arbeitslosen fallen in diese Altersgruppe).

Die Gruppe der älteren ArbeitnehmerInnen ( $\geq 45$  Jahre) weist ungefähr seit Mitte der neunziger Jahre ebenfalls rasante Steigerungsraten in Bezug auf Arbeitslosigkeit auf. So entfielen in Wien im Jahr 1990 etwa 22 % der Arbeitslosen auf diese Altersklasse, 1995 waren es

fast 27% und 2000 bereits 40% aller Arbeitslosen, danach ging die Arbeitslosigkeit wieder etwas zurück. Die steigenden Arbeitslosenzahlen bei den älteren ArbeitnehmerInnen gehen Hand in Hand mit der Abschaffung der vorzeitigen Alterspension (im Zuge der Pensionsreform 2003 und in den Jahren davor) und sind ein Abbild der demographischen Entwicklung (wachsende Zahl der älteren Bevölkerungsgruppe).

Europaweit gesehen weist die österreichische Arbeitslosenstatistik einen relativ geringen Anteil an älteren Arbeitslosen aus. Das wahre Ausmaß der Altersarbeitslosigkeit ist jedoch nur indirekt an Hand der großen Zahl der FrühpensionistInnen erkennbar.

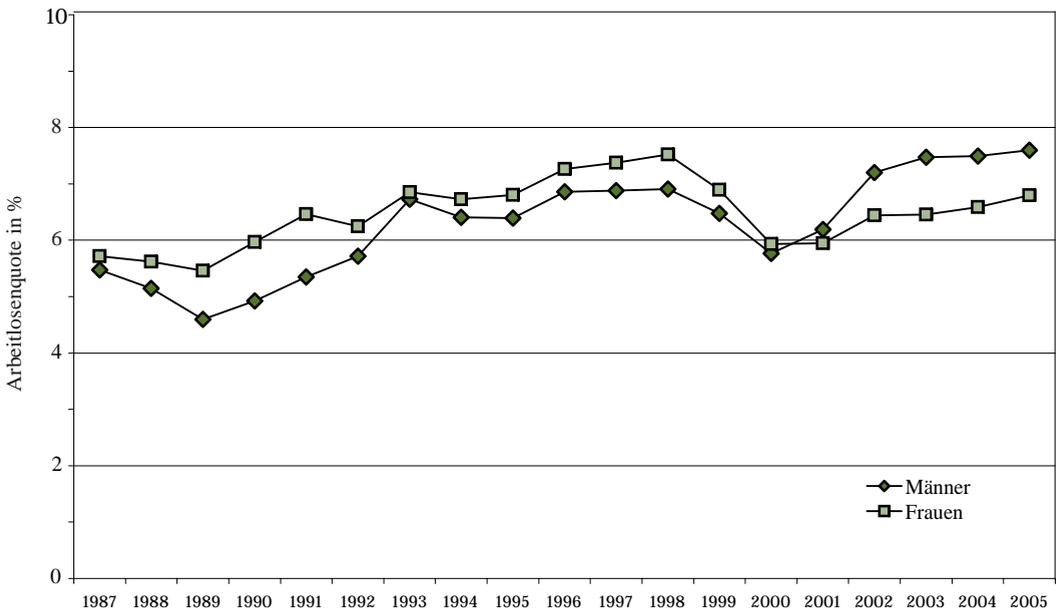
## Geschlechtsspezifische Betroffenheit von Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit nach Geschlecht in Wien von 1987 bis 2005



Quelle: AMS Österreich; Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation, 2006

## Arbeitslosigkeit nach Geschlecht in den restlichen Bundesländern von 1987 – 2005



Quelle: AMS Österreich; Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation, 2006

Aufgrund der traditionell schwachen Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt nahmen wir an, dass diese von Arbeitslosigkeit stärker betroffen sind als Männer. Außerdem wollten wir prüfen, ob diese (entsprechend den geschlechtsspezifischen Ungleichheiten im Erwerbseinkommen) niedrigere Auszahlungen aus der Arbeitslosenversicherung und Notstandshilfe als ihre männlichen Kollegen erhalten und dadurch auch von höherer Armutsgefährdung betroffen sind.

Sowohl in Wien, als auch in den Bundesländern sind mehr Männer von Arbeitslosigkeit betroffen als Frauen, da immer noch wesentlich mehr Männer im Berufsleben stehen.

Es gibt jedoch einen eindeutigen Trend in Richtung steigender Frauenerwerbstätigkeit. Die Frauenbeschäftigung hat 2004 um 15.000 Beschäftigungsverhältnisse zugenommen, die Männerbeschäftigung in diesem Zeitraum jedoch nur um 6.500 (Alteneder et al., 2004).

Generell ist Arbeitslosigkeit zwar in Wien und in den restlichen Bundesländern unter Männern stärker verbreitet als unter Frauen, dennoch lässt sich aufgrund der steigenden Erwerbsbeteiligung ein starker Anstieg der Zahl arbeitsloser Frauen erkennen. In absoluten Zahlen ausgedrückt waren 1980 5.636 Frauen in Wien beim AMS als arbeitslos gemeldet, 1990 waren es 20.955 und 2000 bereits 24.367. Die Frauenarbeitslosigkeit steigt immer weiter an, und 2005 waren bereits 32.810 Frauen beim AMS als Arbeitslose registriert (AMS Österreich, 2006, Vorgemerkte Arbeitslose nach Geschlecht in Wien, 1980 - 2005 Jahresdurchschnitte).

In Wien machen Frauen von ihrem Recht sich arbeitslos zu melden auch stärker Gebrauch als in kleineren Gemeinden oder Bezirken. Dort soll es mitunter vorkommen, dass Druck auf Frauen ausgeübt wird, doch wieder in die Hausfrauentätigkeit zurückzukehren (Interview

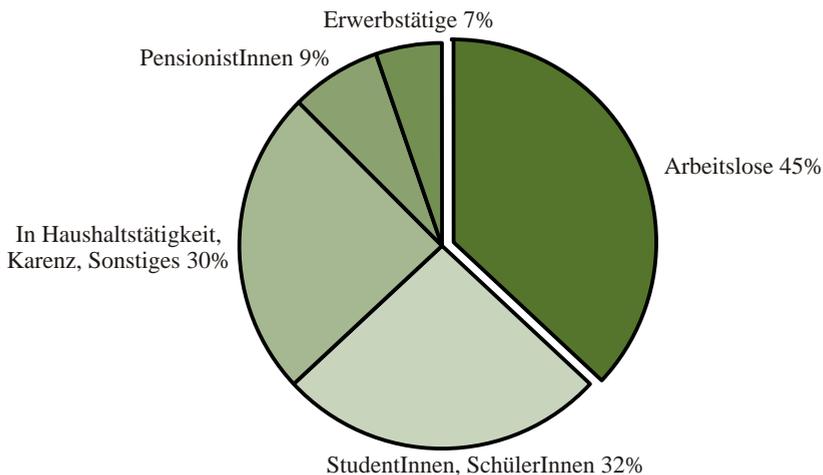
E2). Frauen sind am Arbeitsmarkt nach wie vor benachteiligt und verdienen immer noch um ca. ein Drittel weniger als Männer (Interview E2). Zudem sind Frauen häufig in Branchen mit langen und unregelmäßigen bzw. über den Tag verteilten Arbeitszeiten, wie dem Einzelhandel, dem Gastgewerbe oder dem Reinigungsgewerbe tätig und gehen weitaus öfter Teilzeitarbeit und niedrig entlohnten Dienstleistungstätigkeiten nach als ihre männlichen Kollegen (Interview E2). 2005 waren in Wien 49.137 Personen geringfügig beschäftigt, 29.688 (ca. 60%) (AMS, 2005) davon waren Frauen. Niedrig qualifizierte, kurzfristige und schlecht bezahlte Dienstleistungsarbeitsplätze werden meist von MigrantInnen und von Frauen eingenommen; Arbeitsplätze in den produktions- und unternehmerorientierten Dienstleistungen von hoch qualifizierten einheimischen Männern (*Häußermann, 2004, S.11*). So liegt der Frauenanteil im hochqualifizierten, privaten Sektor (BetriebsinhaberInnen, GeschäftsleiterInnen, TechnikerInnen) nur bei 24% (*Wagner & Lassnigg, 2005, S.13*). Der hochqualifizierte Non-Profitbereich ist im Gegensatz dazu sehr stark von Frauen besetzt. Männer dominieren die geringqualifizierten und FacharbeiterInnenberufe für den primären und sekundären Sektor, Frauen hingegen die niedrig qualifizierten Dienstleistungsberufe (*Wagner & Lassnigg, 2005*).

Die bestehenden Benachteiligungen wirken sich auch auf die Höhe des Arbeitslosengeldes aus, welches vom Bruttoverdienst der letzten 6 Monate und der Dauer der Beschäftigung vor der Arbeitslosigkeit abhängt (Interview E2).

### Die Lebenslagen von Arbeitslosen in Wien

Im Folgenden gehen wir genauer auf die Lebenslagen der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen ein. Denn Einkommensarmut deutet zwar auf Armutsgefährdung hin, kann aber über konkrete Armutslagen wenig aussagen. Insbesondere Kosten- und Bedürfnisstrukturen werden dabei nicht berücksichtigt. Zudem ist auch die Dauer der problematischen Einkommenssituation ausschlaggebend dafür, ob sich Armut verfestigt oder nicht. Analog dazu ist es vor allem Langzeitarbeitslosigkeit, die dauerhafte soziale Ausgrenzung und Stigmatisierung bewirkt, während sich vorübergehende Arbeitslosigkeit nicht sofort auf das Leben der Betroffenen niederschlagen muss.

#### Anteil von Arbeitslosen und anderen Personengruppen an den Armutsgefährdeten



Quelle: IFES, Leben und Lebensqualität in Wien 2003

Der Begriff der sozialen Ausgrenzung (oder Deprivation) bezeichnet hier die mangelnde Möglichkeit durch die eine zufriedenstellende gesellschaftlichen Teilhabe verhindert wird. Damit wird auch der Tatsache Rechnung getragen, dass Menschen in verschiedenen Ausgangssituationen (Region, Alter, Haushaltsgröße, Bedürfnisse usw.) mit dem gleichen Einkommen, unterschiedliche Chancen zu gesellschaftlicher Integration haben ( *BMSG*, 2004).

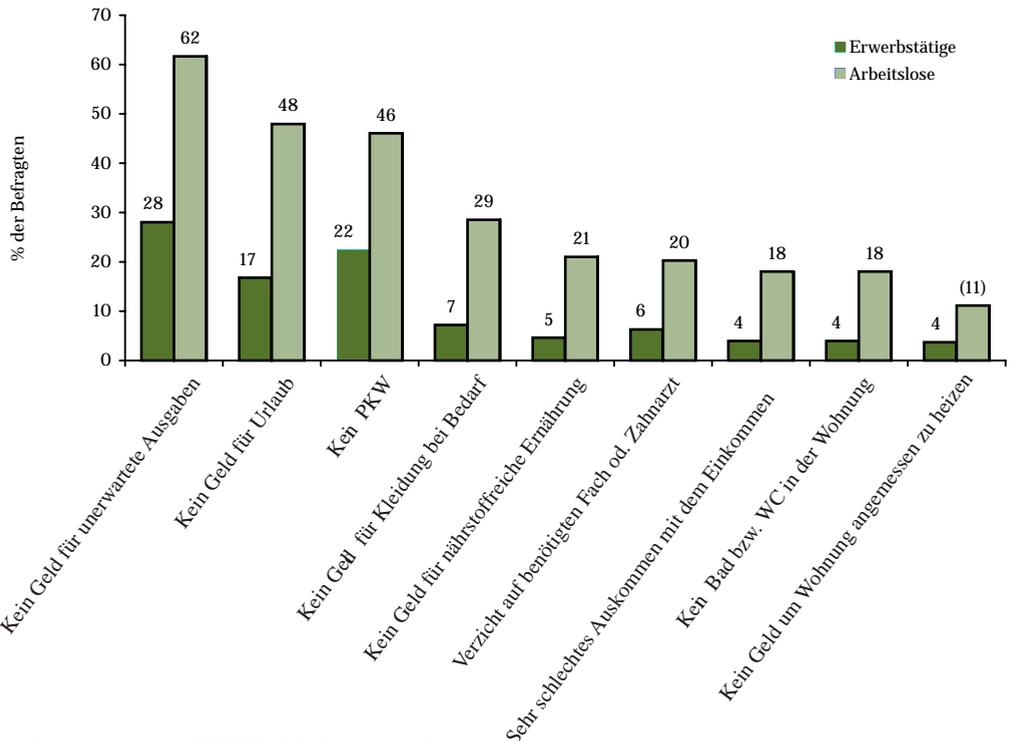
Die Untersuchung nicht-monetärer Aspekte von Armutsgefährdung stützt sich auf die Definition von Lebenslagen nach Otto Neurath. Demnach bezeichnet der Begriff der Lebenslage den „*Inbegriff all der Umstände, die verhältnismäßig unmittelbar die Verhaltensweise eines Menschen, seinen Schmerz, seine Freude bedingen. Wohnung, Nahrung, Kleidung, Gesundheitspflege, Bücher, Theater, freundliche menschliche Umgebung, all das gehört zur Lebenslage, auch die Menge der Malariakeime, die bedrohlich wirken*“ (Neurath, 1931, S. 512). Neben der Einkommenssituation wird in diesem Bericht daher auch die soziale Teilhabe von Erwerbstätigen und Arbeitslosen in verschiedenen Lebensbereichen einander gegenübergestellt.

### **Finanzielle Situation**

Arbeitslosigkeit verschlechtert die finanzielle Situation der Betroffenen und deren Familien. Die finanzielle Lage arbeitsloser Personen gestaltet sich unterschiedlich nach der Dauer der Arbeitslosigkeit, der vorherigen Berufsposition und dem sozialem Netzwerk. Im Verlauf der Arbeitslosigkeit schrumpfen die Ressourcen (des jeweiligen Beschäftigungslosen): die Sozialleistungen werden gekürzt, Ersparnisse aufgebraucht, Kaputtgegangenes kann nicht mehr ersetzt bzw. zur Reparatur gebracht werden, zudem fallen oftmals auch persönliche Kontakte weg (Interview E3, 2006) und damit Möglichkeiten sich informell Geld borgen zu können. So haben insbesondere langzeitarbeitslose Personen massive finanzielle Probleme, die sich negativ auf die Lebenslage auswirken. Viele der Langzeitarbeitslosen können Selbstverständlichkeiten wie ein angemeldetes Telefon, Fahrkarten für den öffentlichen Verkehr, Zahnreparaturen etc. nicht finanzieren (Interview E3, 2006).

Das bestätigen auch die Daten: 62% der Arbeitslosen geben an, keine Rücklagen für unerwartete Ausgaben zu haben. Einsparungen passieren auch für beim persönlichen Komfort, wenn Urlaube, PKW und neue Kleidung gestrichen werden. 21% der Arbeitslosen sind gezwungen, bei Gesundheit und Hygiene Abstriche zu machen.

## Finanzielle Kapazität von Arbeitslosen und Erwerbstätigen in Wien 2003



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003, eigene Berechnungen

### Einkommen und Verschuldung

Durch die geringen finanziellen Mittel die zur Deckung der Lebenserhaltungskosten zur Verfügung stehen kommt es, vor allem bei Langzeitarbeitslosen, häufig zu Verschuldungen und in weiterer Folge auch zu Lohnexekutionsverfahren oder sogar Delogierungen die ein massives Hindernis bei der Reintegration in den Arbeitsmarkt darstellen (Interview E3).

### Durchschnittliche Einkommen in Wien pro Monat, in EUR

	persönliches Einkommen		Äquivalisiertes Haushaltseinkommen*)	
	Wien	BL	Wien	BL
Erwerbstätige	1.696	1.359	1.825	1.527
vorübergehend Arbeitslose	1.011	1.079	1.243	1.216
Langzeitarbeitslose	700	537	927	712

Quelle : Statistik Austria; EU Silc 2003; eigene Berechnungen\*) Erwerbsstatus des Hauptverdienstes

### Anteil verschuldeter Personen in Wien (in %)

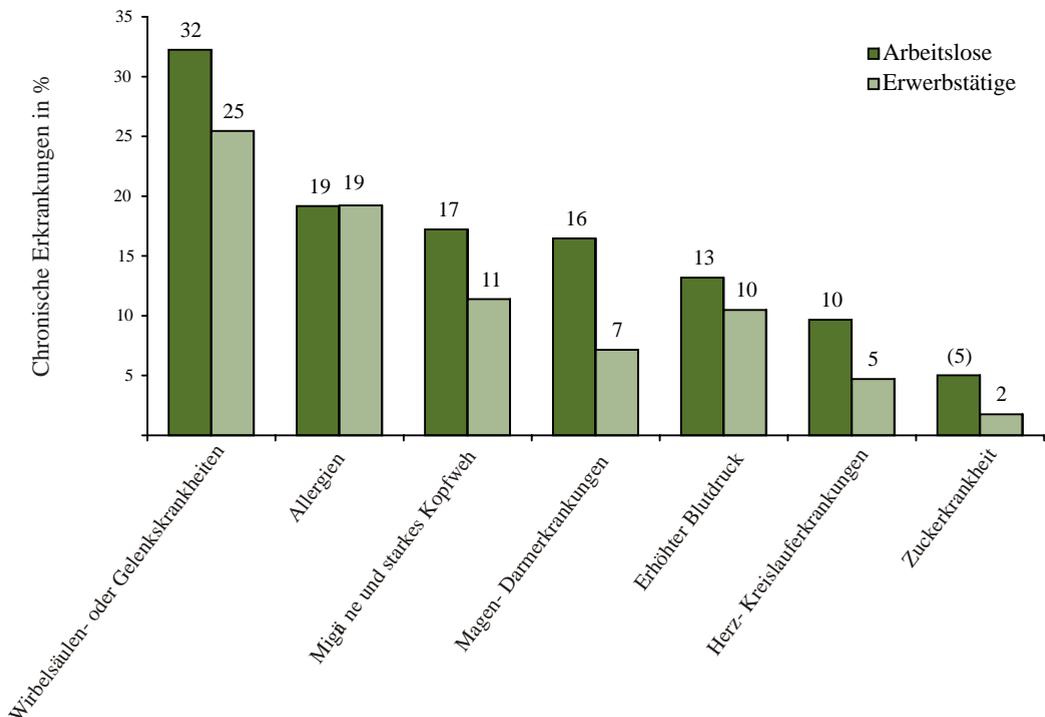
	Erwerbstätige	Arbeitslose
spürbar, schwer belastend verschuldet	19	28
nicht belastend verschuldet	18	10
verschuldet insgesamt	37	38

Quelle : IFES; Leben und Lebensqualität in Wien; 2003; eigene Berechnungen

## Schlechte Gesundheit

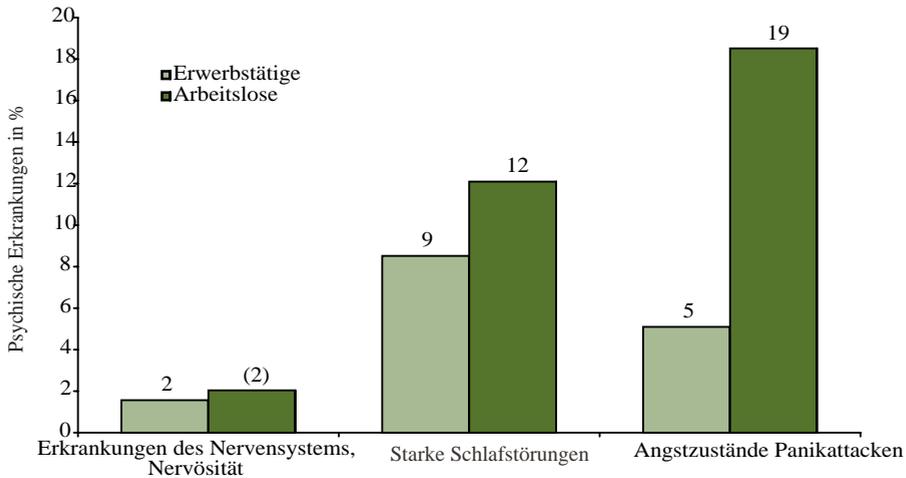
Wir nehmen an, dass Arbeitslose tendenziell einen schlechteren psychischen und physischen Gesundheitszustand als Erwerbstätige aufweisen. Das bestätigte sich. So beurteilen 15% der Arbeitslosen in Wien ihren Gesundheitszustand als schlecht oder als sehr schlecht. Dieser Anteil ist 5 mal so hoch wie bei den Erwerbstätigen (LLIW II 2003, eigene Berechnungen). Gründe dafür könnten Stress und seelischer Druck sein, dem sich viele Arbeitslose in ihrer Situation ausgesetzt fühlen. Die psychische Belastung lässt sich an einer gesteigerten Häufigkeit der psychischen Beschwerden bei Arbeitslosen erkennen. Zusätzlich sind Arbeitslose auch häufiger von chronischen Krankheiten betroffen, so hatten im Jahr 2003, 67 % der arbeitslosen WienerInnen mindestens eine chronische Krankheit. Bei den Erwerbstätigen waren es hingegen lediglich 58 %.

### Chronische Erkrankungen nach Arbeitslosigkeit in Wien 2003



Quelle: IFES, Leben und Lebensqualität in Wien; 2003, eigene Berechnungen

## Psychische Erkrankungen nach Arbeitslosigkeit in Wien 2003

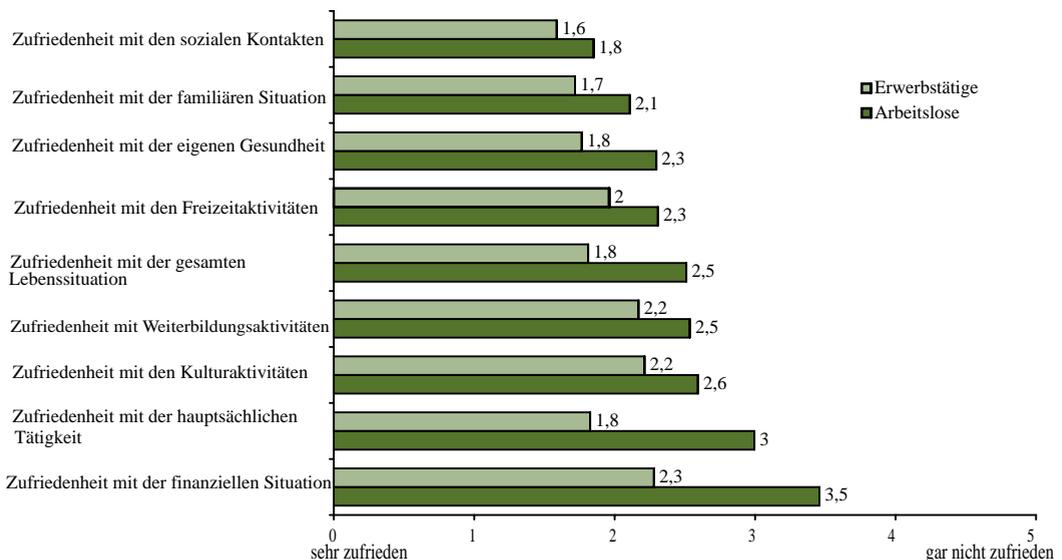


Quelle: IFES, Leben und Lebensqualität in Wien; 2003, eigene Berechnungen

## Zufriedenheit

Wir erwarteten, dass Arbeitslose mit ihrer gesamten Lebenssituation unzufriedener sind als Erwerbstätige. Arbeit erfüllt für den Arbeitenden wichtige Funktionen (soziale Kontakte, Statuserwerb, Sinnstiftung, zeitliche Strukturierung des Lebens). Bei einem Jobverlust fallen zusammen mit der finanziellen Sicherheit auch diese sozialen Befriedigungen weg. Arbeitslosigkeit beeinträchtigt daher die Zufriedenheit der Betroffenen stark (*Alinda C. van Bruggen*, 2000). Die Auswertungen von LLIW II 2003 haben ergeben, dass Arbeitslose ihre Zufriedenheit in allen Lebensbereichen durchschnittlich niedriger bewerten als Erwerbstätige.

## Durchschnittliche Zufriedenheit von Arbeitslosen und Erwerbstätigen in Wien 2003

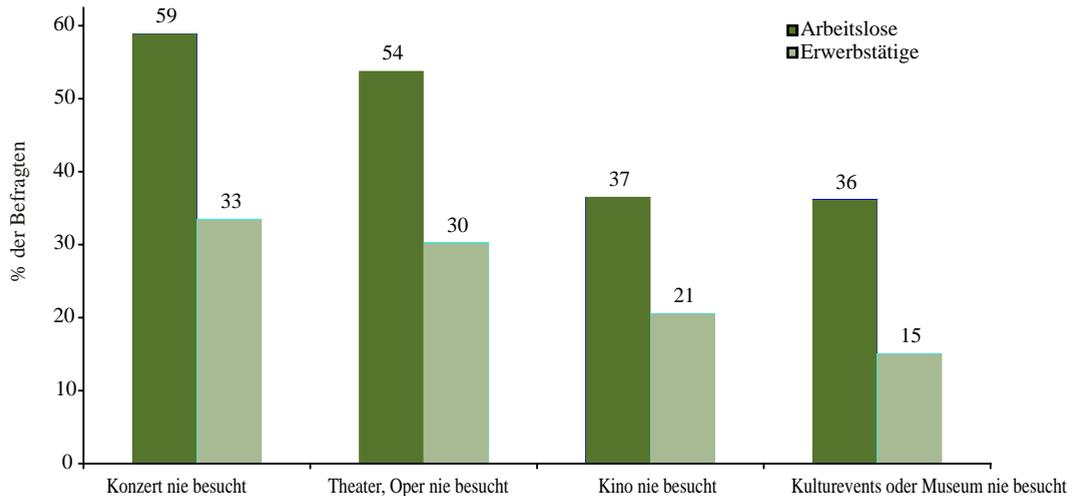


Quelle: IFES, Leben und Lebensqualität in Wien; 2003, eigene Berechnungen

## Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen

Wir nahmen an, dass Arbeitslose einen geringeren Zugang zu kulturellen Gütern haben da sie auf Grund ihrer finanziellen Lage über weniger Gestaltungsmöglichkeiten als Erwerbstätige verfügen und somit seltener an Veranstaltungen teilnehmen. 2002 nahm die Gruppe der Erwerbstätigen durchschnittlich 19 mal an Kulturveranstaltungen teil, die Gruppe der Arbeitslosen durchschnittlich nur 10 mal (LLIW II 2003, eigene Berechnungen), obwohl es in Wien viele diverse Gratisveranstaltungen und Konzerte gibt.

### Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen nach Arbeitslosigkeit in Wien 2002



Quelle: IFES, Leben und Lebensqualität in Wien; 2003, eigene Berechnungen

## „Working Poor‘ – Armut trotz Arbeit

### Wer sind „Working Poor“?

Trotz der Tatsache, dass Arbeitslose einem sehr hohen Risiko der Armutsgefährdung ausgesetzt sind, kann Erwerbstätigkeit im Haushalt diese nicht gänzlich reduzieren: So leben in Wien immerhin 63% und in den Bundesländern 66% der Armutsgefährdeten in Erwerbshaushalten<sup>9</sup>, die im Weiteren als „Working Poor“ bezeichnet werden.

Der Begriff „Working Poor“ bezieht sich einerseits auf das Phänomen trotz Erwerbstätigkeit (im Haushalt) arm zu sein, andererseits wird er zur Bezeichnung von NiedriglohnempfängerInnen (Erwerbsspersonen mit einem Einkommen unter 1.000 Euro (Interview E4) unabhängig davon, ob sie als armutsgefährdet gelten oder nicht) verwendet oder für Personen, die erwerbstätig und zugleich armutsgefährdet sind. (Peña-Casas & Latta, 2004)

Der Fokus dieses Beitrages liegt auf Personen, die trotz Erwerbstätigkeit (im Haushalt) - laut unserer Definition Working Poor - von Armutsgefährdung betroffen sind. Die Definition des Begriffs wurde sehr offen gewählt, da grundlegende Strukturen im Zusammenspiel von Armut und Erwerbstätigkeit (im Haushalt) analysiert werden sollen. Dabei erfolgt einerseits eine Darstellung der Ursachen bzw. Bedingungen von Armut trotz Erwerbstätigkeit für die Bevölkerung Wiens im Vergleich zu den Bundesländern und andererseits wird die Gruppe der Wiener „Working Poor“, von ihrem subjektiven Empfinden her, näher beleuchtet. Ziel dieses Kapitels ist es aufzuzeigen welche Faktoren dafür ausschlaggebend sind, dass Personen aus Erwerbshaushalten armutsgefährdet sind. Peña-Casas und Latta (2004, S. 43) verweisen dabei auf die Wichtigkeit des Haushaltskontextes: *„In all EU countries it is the household context that is the predominant factor in explaining working poverty“*. Und an anderer Stelle (Peña-Casas & Latta, 2004, S. 4 - 5): *„In assessing working poverty, the focus is generally put on the earnings of the individual in relation to the household income. This is especially true when poverty is evaluated through a monetary approach [...]“*. Daraus können folgende Schlüsse gezogen werden: Die Höhe des Erwerbseinkommens hängt mit der Position auf dem Arbeitsmarkt zusammen. Armutsgefährdung wiederum hängt indirekt vom Erwerbseinkommen ab. Ob die Mitglieder eines Haushaltes armutsgefährdet sind oder nicht kann sich somit sowohl aus der Höhe des individuellen Erwerbseinkommens eines oder mehrerer Haushaltsmitglieder als auch der Zusammensetzung des Haushaltes (Anzahl der zu Versorgenden im Verhältnis zu den „Versorgenden“) bzw. dem Zusammenspiel dieser beiden grundlegenden Faktoren ergeben.

Die subjektive Zufriedenheit der ‘Working Poor‘ wird mit anderen Gruppen verglichen, die nicht in Erwerbshaushalten oder in nicht armutsgefährdeten Erwerbshaushalten leben. Untersucht wird dabei die Zufriedenheit mit zentralen Lebensbereichen und der Arbeit selbst. Aus dem Eindruck, den die Interviews mit Betroffenen vermittelt haben, ergeben sich zudem folgende Fragestellungen: Wirkt sich Erwerbsarbeit im Haushalt positiv auf die Einschätzung zentraler Lebensbereiche der Haushaltsmitglieder aus? Sind Erwerbstätige, die nicht armutsgefährdet sind, mit ihrem Arbeitsplatz bzw. mit ihrer Arbeit zufriedener als ‘Working Poor‘?

<sup>9</sup>Wenn in einem Haushalt zumindest ein Erwerbseinkommen bezogen wurde, wird dieser als „Erwerbshaushalt“ bezeichnet.

Wir nehmen an, dass Erwerbsarbeit im Haushalt sich positiv auf die Einstellung zu zentralen Lebensbereichen auswirkt, aber nicht stärker, als die Einkommensdimension. D.h. es ist anzunehmen, dass ‚Working Poor‘ zufriedener als armutsgefährdete, nicht-erwerbstätige Personen aber nicht zufriedener als Personen, die nicht-armutsgefährdet und nicht-erwerbstätig sind. Arbeitszufriedenheit im Speziellen wird von vielen Faktoren beeinflusst – ein niedriges Einkommen kann dabei eine Quelle der Unzufriedenheit darstellen (Beckmann, 2005). Da die finanzielle Gesamtsituation negativ auf die Zufriedenheit mit der Arbeit wirkt, nehmen wir an, dass ‚Working Poor‘ mit ihrer Arbeit unzufriedener sind als nicht-armutsgefährdete Erwerbstätige. In diesem Zusammenhang gehen wir auch der Frage nach ob (Erwerbs-)arbeit an sich eine positive Auswirkung auf die Zufriedenheit hat, sodass sich die Armutsgefährdung nicht mehr in vergleichbarem Maße negativ auswirkt.

Der Fokus liegt dabei auf jenen Personengruppen, die strukturell einer prekären Arbeitsmarktbeteiligung (d.h. in den Arbeitsmarkt nicht voll integriert sind) unterliegen:

Frauen haben nicht nur einen schlechteren Zugang zum Arbeitsmarkt (Gerhard, 1990), sondern sind auch bezüglich der Entlohnung benachteiligt.<sup>10</sup>

Auch die Situation der ausländischen StaatsbürgerInnen ist geprägt durch (Zugangs-) Begrenzungen zu und auf dem Arbeitsmarkt: *„Durch die engen arbeitsrechtlichen Bestimmungen für ausländische StaatsbürgerInnen und die damit verbundene Segmentierung des Wiener Arbeitsmarktes arbeiten MigrantInnen in Wien vor allem in Berufen mit niedrigem sozialem Prestige, hoher Arbeitsplatzunsicherheit, geringen Löhnen und kaum vorhandenen Aufstiegsmöglichkeiten“* (Breitfuß & Dangschat, 2005, S. 69).<sup>11</sup>

Bildung spielt neben Geschlecht und Herkunft eine wichtige Rolle für die Chancen einer Person auf dem Arbeitsmarkt (Breitfuß & Dangschat, 2005): *„Eine Unterversorgung mit Bildungsgütern beinhaltet [...] das Risiko, in randständige Positionen am Arbeitsmarkt mit entsprechend hohen Beschäftigungs- und Einkommensrisiken einzumünden“* (Hanesch, 1990, S. 185).

Höhere Bildung reduziert einerseits das Risiko der Arbeitslosigkeit und führt andererseits zu höheren Einkommensniveaus, als dies bei Personen mit niedrigem Bildungsniveau der Fall ist (Kraemer & Bittlingmayer, 2001). Daraus kann geschlossen werden, dass Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau - bedingt durch die Arbeitsmarktsituation - eher zu den ‚Working Poor‘ zählen, als Personen mit einem hohen Bildungsniveau. Personen mit maximal Pflichtschulabschluss, die in Österreich knapp ein Drittel der Bevölkerung (ab 15 Jahren) ausmachen, haben eine 1,5 mal höhere Armutsgefährdung im Vergleich zur gesamten Erwerbsbevölkerung. Im Bericht über die soziale Lage (BMSG, 2004) heißt es hierzu weiter: *„Jede Form der Weiterbildung reduziert die Einkommensarmut“*.

Haushalte mit Kindern sind besonders von Armutsgefährdung betroffen. ‚Working Poor‘ und Kinder sind in zweifacher Weise miteinander verknüpft: Zum einen stehen den erwerbstätigen Personen mehr zu Versorgende gegenüber und zum anderen ist der Zugang zur Erwerbsarbeit beschränkt, da Betreuungspflichten die Erwerbsarbeit beeinflussen: Neben mehr Kinderbetreuungsplätzen *„muss die Kinderbetreuung (gerade für große Familien und für Alleinerziehende) finanzierbar sein und*

<sup>10</sup>Vergleiche auch den Beitrag zu Geschlechterdisparitäten der Armutslagen.

<sup>11</sup>Vergleiche auch den Beitrag zu migrantischen Armutslagen.

zu Zeiten, die mit der jeweiligen Arbeitszeit vereinbar sind, und in hoher Qualität angeboten werden.“ (Europäische Kommission, 2004, S.104). Im Bericht über die soziale Lage (BMSG, 2004, S. 103) wird insbesondere auf die Situation der AlleinerzieherInnen verwiesen: „beinahe jede dritte Person (31%) in einem AlleinerzieherInnenhaushalt ist armutsgefährdet. Trotz ihrer sehr hohen Erwerbsbeteiligung von 77% gehören AlleinerzieherInnen zu den gefährdetsten Gruppen.“

Niedrige Löhne, die oft mit den eben genannten Faktoren korrelieren, sind noch niedriger geworden: Die Entwicklung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen in den Jahren 1992 bis 2002 zeigt, dass sich der Anteil des Einkommens des ersten Quintils der ArbeitnehmerInnen (20 % der Beschäftigten mit den niedrigsten Einkommen) am Gesamteinkommen von 6,9 % auf 2,4 % reduziert hat. Der Anteil des Einkommens der Beschäftigten des fünften Quintils (20 % der Beschäftigten mit dem höchsten Einkommen) am Gesamteinkommen ist im Gegensatz dazu von 39,1 % auf 45,9 % gestiegen (BMSG, 2002-2003).

Aus der vorangegangenen Darstellung der Risikofaktoren wird abgeleitet, dass vor allem Personen aus AlleinerzieherInnenhaushalten, (Mehrpersonen-) Haushalten mit Kindern (unter sechs Jahren), AlleinverdienerInnenhaushalten, Haushalten mit einer Hauptverdienerin und Personen mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft von ‚Working Poor‘ betroffen sind. Außerdem wird davon ausgegangen, dass ein niedriges Bildungsniveau auch ein ausschlaggebender Faktor für die Betroffenheit durch Armut trotz Erwerbstätigkeit ist.

### **Das Phänomen 'Working Poor' in Wien und den Bundesländern**

Nach unserer Definition leben 77,5% der Wiener Bevölkerung und 83,3% der Bevölkerung aus den Bundesländern in Erwerbshaushalten. Davon zählen in Wien 12% und in den Bundesländern 10% zu den Working Poor. Das sind 63% der Armutsgefährdeten in Wien und 66% in den Bundesländern. Gemessen an der Gesamtbevölkerung Wiens und der Gesamtbevölkerung der Bundesländer machen sie jeweils 9,5% bzw. 8,4% aus (EU-SILC 2003, eigene Berechnungen).

### **Wer ist von 'Working Poor' gefährdet?**

Die folgende Tabelle zeigt das Risiko der Armutsgefährdung von Personen in Erwerbshaushalten in den Bundesländern und Wien nach soziodemographischen und haushaltsspezifischen Merkmalen.

Frauen und Männer sind in Wien (12%) und den Bundesländern (10%) fast gleich betroffen von ‚Working Poor‘. In den Bundesländern leben 12% und in Wien 19% der Kinder bis 19 Jahre in Haushalten die von ‚Working Poor‘ betroffen sind. Sie sind damit im Vergleich zu anderen Altersgruppen überdurchschnittlich betroffen.

Ein relativ hoher Anteil (18%) der Personen mit maximal Pflichtschule in Wien zählt zu den ‚Working Poor‘. Diese Personengruppe ist – vom Bildungsniveau her betrachtet – auch in den Bundesländern am stärksten von ‚Working Poor‘ betroffen, liegt aber trotzdem unter dem Durchschnitt (sowohl der bundeslandspezifischen als auch der österreichischen Armutsgefährdungsquote). Personen aus Erwerbshaushalten mit höherem Bildungsniveau sind sowohl in den Bundesländern als auch in Wien unterdurchschnittlich von Armutsgefährdung betroffen.

In besonderem Maße von 'Working Poor' betroffen sind ausländische StaatsbürgerInnen in Wien mit 26% und etwas weniger in den Bundesländern (19%). Sie sind in allen Bereichen um mindestens die Hälfte stärker armutsgefährdet als Personen in Erwerbshaushalten mit einer österreichischen Staatsbürgerschaft, welche mit jeweils 10% ein unterdurchschnittliches Armutsgefährdungsrisiko aufweisen.

### Armutsgefährdung bei Personen aus Erwerbshaushalten/ Bundesländern und Wien

	Bundesländer		Wien	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Geschlecht	534	10	146	12
männlich	266	10	74	12
weiblich	268	10	72	12
Alter				
bis 19 Jahre	187	12	56	19
20-39 Jahre	179	10	62	14
40-64 Jahre	138	8	24	6
65+ Jahre	31	10	3	6
Bildung				
max. Pflichtschule	120	12	35	18
Lehre/mittlere Schule	178	8	35	9
Matura/Universität	63	7	27	7
Staat				
österr. Staatsbürgerschaft <sup>1</sup>	491	10	98	10
ausl. Staatsbürgerschaft	43	19	48	26
Hauptverdienst				
Haushalt mit Hauptverdiener	361	9	98	12
Haushalt mit Hauptverdienerin	173	16	48	13
kein(e) AlleinverdienerIn	185	5	39	6
AlleinverdienerIn	349	18	107	20
Haushaltstyp				
EPH	40	14	[23]	[12]
MPH ohne Kind(er)	110	7	24	7
AlleinerzieherIn	51	26	[17]	[23]
MPH +1 Kind	73	6	21	8
MPH+ 2 Kinder	161	12	22	10
MPH+ 3+ Kinder	100	15	39	34
MPH mit Kind(ern)	334	10	82	14
Kinder				
Kein Kind < 6 Jahren im Haushalt	350	9	75	8
Kind(er) < 6 Jahren im Haushalt	184	15	71	25

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen; Zahlen in [] ungewichtete absolute Fallzahlen in der Zelle unter 20 oder in der Randgruppe unter 50; leere [] absolute ungewichtete Fallzahlen zu gering, <sup>1)</sup> inkludiert EU und EFTA

In Wien macht es keinen großen Unterschied, ob es eine Hauptverdienerin (13%) oder einen Hauptverdiener (12%) im Haushalt gibt - in den Bundesländern sind hingegen 16% der Erwerbshaushalte mit einer Hauptverdienerin armutsgefährdet aber nur 9% jener mit einem Hauptverdiener. Besonders armutsgefährdet sind AlleinverdienerInnenhaushalte mit 20% in Wien und 18% in den restlichen Bundesländern. Bei mehreren VerdienerInnen in einem Haushalt beträgt das Armutsrisiko in den Bundesländern nur 5% und in Wien 6% .

Personen in AlleinerzieherInnenhaushalten sind in den Bundesländern zu 26% und in Wien zu 23% von ‚Working Poor‘ betroffen. Ein hohes Armutsgefährdungsrisiko haben speziell in Wien (34%) auch Personen aus Erwerbshaushalten mit drei oder mehr Kindern. In den restlichen Bundesländern zählen diese nur zu 15% zu den ‚Working Poor‘. Das Muster zeigt sich auch bei einem Vergleich aller Erwerbshaushalte mit Kindern. Diese sind in Wien zu 14% in den Bundesländern zu 10% von ‚Working Poor‘ betroffen. Das trifft insbesondere Erwerbshaushalte mit Kindern unter sechs Jahren (25% in Wien und 15% in den Bundesländern). Personen in Erwerbshaushalten ohne Kinder unter sechs Jahren sind demgegenüber in den Bundesländern nur zu 9% und in Wien zu 8% armutsgefährdet. Die geringste Armutsgefährdung haben Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder (in den Bundesländern und Wien jeweils 7%). Erwerbstätige in Einpersonenhaushalte weisen eine durchschnittliche Armutsgefährdungsquote von 14% in den Bundesländern und 12% in Wien auf. Das bedeutet: ‚Working Poor‘ betreffen in den Bundesländern und Wien insbesondere Personen in Erwerbshaushalten mit AlleinerzieherInnen, AlleinverdienerInnen oder Kindern unter sechs Jahren bzw. mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft. In den Bundesländern haben außerdem - im Gegensatz zu Wien - Personen in Erwerbshaushalten mit einer Hauptverdienerin ein höheres Armutsgefährdungsrisiko. Eine zu den Bundesländern vergleichsweise erhöhte Armutsgefährdung zeigt sich in Wien bei Personen aus Erwerbshaushalten die unter 19 Jahre alt sind und bei jenen mit einem niedrigen Bildungsniveau (max. Pflichtschule). Ein besonders hohes ‚Working Poor‘-Risiko tragen in Wien zudem Mehrpersonenhaushalte mit drei oder mehr Kindern.

### Zusammensetzung äquivalisierter Haushaltseinkommen in Erwerbshaushalten

Nicht armutsgefährdete Personen aus Erwerbshaushalten verfügen im Schnitt über ein mehr als 2,5 mal so hohes (in den Bundesländern 2,7 und in Wien 3 mal so hoch) äquivalisiertes Gesamthaushaltseinkommen (18.935 in den Bundesländern bzw. 22.450 in Wien) als ‚Working Poor‘-Haushalte (6.955 in den Bundesländern bzw. 7.115 in Wien). Die Erwerbseinkommen sind in nicht armutsgefährdeten Erwerbshaushalten in den Bundesländern um mehr als ein Drittel und in Wien um ein Viertel (15.073 in den Bundesländern und 18.399 in Wien) höher als bei den ‚Working Poor‘ (4.416 in den Bundesländern und 4.282 in Wien).

### Einkommen der Erwerbshaushalte in Bundesländer/Wien (nach Armutsgefährdung)

Haushaltseinkommen ...	Bundesländer		Wien	
	nicht armuts- gefährdet	armuts- gefährdet	nicht armuts- gefährdet	armuts- gefährdet
Insgesamt	18.935	6.955	22.450	7.115
aus Erwerbsarbeit	15.073	4.416	18.399	4.282
aus Sozialtransfers	2.043	2.062	2.052	2.662
aus Alterspension	1.601	613	1.797	214
aus privaten Einkünften	543	193	525	152

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen; Äquivalisierte Netto-Jahresbeträge in € Durchschnittswerte, daher kann Summe vom gesamten verfügbaren Haushaltseinkommen abweichen

Die Einkommensanteile aus Erwerbsarbeit sind bei ‚Working Poor‘ im Durchschnitt um mehr als 10% niedriger als in nicht armutsgefährdeten Erwerbshaushalten. ‚Working Poor‘ beziehen einen großen Teil des Haushaltseinkommens aus Sozialtransfers. Anteilsmäßig machen die Sozialtransfers in Wien 40% und in den Bundesländern 31% des Haushaltseinkommens der ‚Working Poor‘ aus.

### **Zusammensetzung des Haushaltseinkommens von Erwerbshaushalten in den Bundesländern und Wien**

Anteil in %	Bundesländer		Wien	
	working	working Poor	working	working Poor
Erwerbsarbeit	78	66	80	65
Sozialtransfers	13	31	13	40
Alterspension	8	8	6	3
private Einkünfte	2	4	3	5

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen; Durchschnittswerte, daher kann die Summe von 100% abweichen

### **Dimensionen subjektiver Zufriedenheit von ‚Working Poor‘**

Es ist zu erwarten, dass Personen, die in den Arbeitsmarkt eingebunden sind, zufriedener sind. Das muss nicht immer zutreffen: Denn sowohl der Faktor Arbeit, als auch der Faktor Armut haben einen Einfluss auf die Zufriedenheit. Es lässt sich nicht mit Sicherheit feststellen welcher Faktor subjektiv überwiegt.

#### **Zufriedenheit<sup>1</sup> mit zentralen Lebensbereichen in Wien (getrennt nach Armutsgefährdung und Erwerbstätigkeit)**

Zufriedenheit mit...	nicht armutsgefährdet		armutsgefährdet	
	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	erwerbstätig	nicht erwerbstätig
der finanziellen Situation	3,8	3,7	3,1	2,7
dem Wohnen	4,1	4,3	3,7	3,8
der gesamten Lebenssituation	4,2	4,2	3,9	3,6
der Freizeit	4,1	4,0	3,8	3,8
der familiären Situation	4,4	4,2	4,2	4,0
der Gesundheit	4,2	3,7	4,1	3,6
den Sozialkontakte	4,4	4,3	4,3	4,1

Quelle: IFES; Leben in Wien 2003; eigene Berechnungen, 1) 1 - 5 (1= überhaupt nicht zufrieden, 5= sehr zufrieden); Durchschnittswerte

In den Bereichen Gesundheit, finanzielle und familiäre Situation, Sozialkontakte und der Zufriedenheit mit der gesamten Lebenssituation sind erwerbstätige Personen durchschnittlich etwas zufriedener als nicht-erwerbstätige Personen. Freizeit- und Wohnzufriedenheit werden von beiden Gruppen ähnlich beurteilt. Armutsgefährdete Personen sind dagegen in allen Bereichen unzufriedener als Personen die nicht armutsgefährdet sind.<sup>12</sup>

## Zufriedenheit<sup>1)</sup> der Erwerbstätigen in Wien mit ihrer Arbeitssituation

	nicht 'Working Poor'	'Working Poor'
Einkommen	3,5	2,9
Weiterbildungsmöglichkeiten	3,6	3,2
interessante Arbeit	4,3	3,9
Gestaltungsmöglichkeit/Arbeitszeit	4,0	3,6
Arbeitssituation gesamt	4,0	3,7
Aufstiegsmöglichkeiten	3,1	2,8
Sicherheit vor Verlust (d. Arbeit)	4,1	3,8
Gesundheitsbedingungen	3,9	3,7
Betriebsklima	4,2	4,0
Wochenarbeitszeit	4,0	3,8

Quelle: IFES; Leben in Wien 2003; eigene Berechnungen, 1) 1 - 5 (1= überhaupt nicht zufrieden, 5= sehr zufrieden); Durchschnittswerte

In Bezug auf die Arbeitssituation<sup>13</sup> sind ‚Working Poor‘, verglichen mit nicht-armutsgefährdeten Erwerbstätigen, insbesondere mit dem Einkommen, der inhaltlichen Dimension der Arbeit, den Weiterbildungsmöglichkeiten und der Gestaltungsmöglichkeit der Arbeitszeit unzufriedener.

### Erfahrungsberichte von Betroffenen

Etwa ein Drittel der ‚Working Poor‘ sind ausländische StaatsbürgerInnen. Das diesbezügliche Zahlenmaterial ist aber begrenzt. Deshalb führten wir auch einige Interviews mit ausländischen StaatsbürgerInnen aus Erwerbshaushalten, um Einblick in die alltägliche Situation von ‚Working Poor‘ zu gewinnen.

Zwei Personen aus einem Vierpersonenhaushalt wurden befragt (im Weiteren „Herr Dzebic“ und seine Frau „Frau Dzebic“<sup>14</sup>). Herr Dzebic arbeitet als Kofferträger. Seine Frau hat ihren Beruf aus familiären und gesundheitlichen Gründen aufgegeben und ist arbeitslos. Die Familie ist vor rund zehn Jahren aus dem ehemaligen Jugoslawien zugewandert. Beide sind etwa vierzig Jahre alt.

Weiters befragten wir eine allein lebende Frau (im Weiteren „Frau Sebrek“). Auch sie ist vor rund dreißig Jahren aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Wien gekommen. Heute arbeitet die rund 50 jährige Frau unangemeldet („schwarz“) als Kellnerin. Die Interviews fanden jeweils in den Wohnungen der Befragten statt. Diese boten beide wenig Wohnraum. Die Küchen wurden auch als Bad genutzt. Frau Sebrek hatte eine Toilette am Gang.

Herr Dzebic beschreibt eine brüchige Berufskarriere. Nachdem er als Flüchtling nach Österreich gekommen war, musste er von der Sozialhilfe leben. Mit Erhalt der Arbeitslaubnis vor zehn Jahren begann er im Gastgewerbe als Hilfskraft zu arbeiten. Er betont, dass er auf eigenen Wunsch seine Arbeitsstelle gewechselt hat.

<sup>12</sup>Immer nur innerhalb derselben Kategorie, d.h. erwerbstätige vs. nicht-erwerbstätige Armutsgefährdete und erwerbstätige vs. Nicht-erwerbstätige nicht armutsgefährdete Personen

<sup>13</sup>Bezogen auf die erwerbstätige Person im Haushalt

<sup>14</sup>Die Namen wurden von der Redaktion anonymisiert.

Als besonders negativ bezeichnet er seine Arbeitszeit *„Einer muss arbeiten zweimalig. Das bedeutet von früh halb sieben bis halb zwölf und heute Abend wieder von sechs bis neun Uhr. So dass - dazwischen - dann bin ich den ganz Tag beschäftigt und habe sehr wenig Zeit“*. Herr Dzebic wird mehr abverlangt als sein Vierzigstundenjob vorsehen würde. Aufgrund der langen Arbeitszeit ist es ihm nicht möglich einen Kurs, oder eine Abendschule zu besuchen um seine zukünftigen Berufschancen zu verbessern. Herr Dzebic erhofft sich in der Zukunft eine Veränderung der Situation: *„ich plane -ich denke nicht dass ich mein ganzes Leben im Gastgewerbe arbeiten werde.“*

Frau Dzebic hat eine Ausbildung als chemische Technikerin fertig und als Fahrlehrerin gearbeitet. Sie hat ihren Beruf aus gesundheitlichen (Allergien) und familiären Gründen aufgegeben. *„Für eine Frau ist es sehr sehr, offenherzig gesagt, schwer Vollzeit zu arbeiten mit zwei Kleinkindern.“* Samstagsarbeit und unbezahlte Überstunden haben ihr die Beschäftigung in der Fahrschule verunmöglicht. Besonders störend empfindet sie die Saisonarbeit. *„Winter ist eine Katastrophe in dieser Branche. Im Sommer arbeitest du bis zum Umfallen, wenn ich so sagen muss. /hm/ fünfzehn Stunden täglich. [...] und im Winter nichts“*. Eine Umschulung ist ihr, wie sie meint, aufgrund fehlender Sprachkenntnisse und ihrer familiären Pflichten sowie der finanziellen Situation nicht möglich. Frau Dzebic erhofft sich eine Veränderung ihrer Situation als Arbeitslose: *„Wenn ich gesund wäre, würde ich arbeiten gehen. Ich meine es wäre ein bisschen schwierig Vollzeit zu arbeiten, aber es - dreißig Stunden [...] wären ideal für jede Frau. [...] Ich werde mich bemühen - auf jedem Fall“*.

Die finanzielle Situation dieses Paares gestaltet sich schwierig. Herr Dzebic und Frau Dzebic leben, nach eigenen Angaben, *„an der Grenze“*. Besonders wichtig ist ihnen ihren Kindern einen *„durchschnittlichen“* Lebensstandard ermöglichen zu können.

Frau Sebrek hat ihr Leben lang als Hilfskraft im Reinigungs- oder Gastgewerbe gearbeitet. Ihre Arbeit beschreibt sie als *„anstrengend“*. Besonders negativ empfindet sie ihre lange Arbeitszeit, die an die 58 Stunden in der Woche beträgt. Die ihr aufgetragenen Aufgaben überlasten sie: *„In dieser Kantine, das heißt - ich koche und serviere und putze - weißt du, was das ist? Das ist wirklich zu viel - das heißt, ich muss alles selber machen.“* Frau Sebrek hat einen Stundenlohn von 5 Euro. Sie verdient damit monatlich 1200 Euro. Davon unterstützt sie ihre Familie im ehemaligen Jugoslawien. Es ist für sie daher schwer mit dem Geld auszukommen. Frau Sebrek hofft auf eine Veränderung ihrer Situation. Ihre jetzige Arbeit bezeichnet sie als *„schwer“*. Sie sieht jedoch keine Handlungsmöglichkeiten um ihre Situation zu verbessern. *„Also [...] im Moment kann ich keine bessere Arbeit finden.“*

## Gesellschaftspolitische Schlussfolgerungen

Zukunftsprognosen gehen von einem kontinuierlichen Anstieg der Arbeitslosenraten aus (2008: 11%). Ein gesellschaftspolitisches Umdenken von der Erwerbsarbeitsgesellschaft zur Beschäftigungsgesellschaft ist daher erforderlich (Alteneder, 2004).

In einer Gesellschaft, in der technologischer Fortschritt und Rationalisierung der Produktionstechniken in den Zentren der Weltwirtschaft zu Lasten der Schaffung neuer Arbeitsplätze gehen, sehen wir eine steigende Zahl erwerbsloser Menschen einer immer geringer werdenden Zahl von Arbeitsplätzen gegenübergestellt. Strukturelle Verschiebungen haben zu starkem Arbeitsplatzverlust im primären und sekundären Sektor geführt, der auch durch den zunehmenden Ausbau des Dienstleistungs- und Niedriglohnssektors nicht ausgeglichen wird. Nicht zuletzt deswegen, weil die dort geschaffenen Arbeitsplätze von anderen Arbeitskräften, wie zum Beispiel Frauen, besetzt werden. Gleichzeitig bieten die auf dem Dienstleistungssektor geschaffenen Arbeitsplätze oft nicht die gleichen sozialen Standards, wie sie im primären Sektor vorzufinden waren. Heute werden daher Konzeptionen benötigt die nicht nur in Bezug auf die Beschäftigungspolitik für Arbeitslose sondern auch in Bezug auf die Möglichkeiten existenzsichernder, sinnvoller Arbeit Vorschläge bringen. Das bedeutet Erwerbsarbeit die die soziale und finanzielle Absicherung der Menschen auch im Falle von Arbeitsverlust langfristig garantieren kann. Beschäftigung, die Arbeitslosen und Erwerbstätigen im Niedriglohnssektoren, nicht das Gefühl der Entwertung und diffusen Überforderung (vgl. Frau Sebrek) gibt, sondern die Chance offen hält, sich weiterhin sinnvoll zu betätigen, und eine leichtere (Re-) Integration in den Arbeitsmarkt garantiert.

Die Analyse der Rolle individueller Erwerbseinkommen ist ein Schlüssel um finanzielle Notlagen und somit Armutsgefährdung Arbeitsloser wie 'Working Poor' zu ergründen. Diese leisten einen wichtigen Beitrag zum Haushaltseinkommen. Für zukünftige Arbeiten wäre eine Analyse des Zusammenhangs zwischen Niedriglöhnen und 'Working Poor' nötig.

'Working Poor' ist kein Randphänomen. 9,5% der Wiener Bevölkerung und 8,4% der Bevölkerung aus den Bundesländern - gemessen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung - sind von 'Working Poor' betroffen. Das bedeutet, dass 63% der armutsgefährdeten Personen in Erwerbshaushalten leben.

Auch das Phänomen der 'Working Poor' ist ein Effekt des zunehmenden Drucks auf den Arbeitsmarkt. Es ist durch eine Kombination individueller Merkmale, dem Haushaltskontext und der Situation auf dem Arbeitsmarkt bedingt. Aus den im Beitrag beschriebenen Problemgruppen lassen sich folgenden Risikofaktoren ableiten die in Wien verstärkt zum Phänomen 'Working Poor' beitragen: drei oder mehr Kinder im Haushalt, ausländische Staatsbürgerschaft, Kinder unter 6 Jahren, AlleinerzieherInnenhaushalt, AlleinverdienerInnenhaushalt, niedriges Bildungsniveau (max. Pflichtschule).

Für die Sozialpolitik ist daraus zu schließen, dass *„die vollständige finanzielle Sicherung aller besonderen Familien-, Erziehungs- und sonstigen Haushaltssituationen nicht über das Arbeitseinkommen garantiert werden kann [...] Es ist deshalb die zwingende Aufgabe einer solidarisch organisierten Sozialpolitik, auf eigenen Wegen und mit eigenen Mitteln die Absicherung von besonderen Familiensituationen, Lebenslagen etc. zu gewährleisten.“* (Welzmüller, 1990, S. 132).

## Wohnsituation und Wohnprobleme in Wien

Brigitte Lindner, Pegah Ahmadi, Anita Kucera, Josef Mauerlechner, Katharina Seitz

### Einleitung

Wohnen ist ein soziales Grundbedürfnis des Menschen und ein wichtiger identitätsstiftender Aspekt. Die Wohnung ist ein Ort der Unabhängigkeit und neben dem Arbeitsplatz, wichtigster Ort der persönlichen Individualität. Sie bietet Schutz vor Wetter und Anschluss an die Infrastruktur und ist ein Ort für die Nahrungsaufnahme, die Körperreinigung, Hygiene und Schlaf. Außerdem ist die eigene Wohnung ein Ort der Geborgenheit und immer für einen zugänglich (Ludwig-Mayerhofer et al., 2001). Wohnen kann als komplexes Agglomerat aus sozialen, körperlichen und technischen Aspekten begriffen werden. Wohnprobleme - wie im Extremfall Wohnungslosigkeit oder auch „prekäres Wohnen“, wirken sich negativ auf diese Aspekte aus. Wohnen ist eine wichtige Dimension um die soziale Lage von Menschen oder Einschränkungen von dieser zu beschreiben. In diesem Sinn ist es von erheblicher Bedeutung sich mit den Themen des „schlechten Wohnens“ und der „Wohnungslosigkeit“ auseinanderzusetzen.

### Wohnsituation und Wohnprobleme in Wien

In Wien gibt es ca. 828.000 Hauptwohnsitz-Wohnungen. Somit befinden sich rund ein Viertel aller 3.312.500 Hauptwohnsitze Österreichs in der Bundeshauptstadt (Statistik Austria, 2002). 102.600 der österreichweit bestehenden Wohnungen gehören zur Kategorie D<sup>15</sup>, davon entfallen 72.500 auf Wien. Das sind 71% dieser Wohnungen. (Statistik Austria, 2002). Die meisten Wohnungen der Kategorie D konzentrieren sich in den Bezirken 15 (19%), 16 (17%) und 17 (14%) (Statistik Austria, 2002).

Beengte Wohnverhältnisse, wie sie im Falle von Ein-Zimmer-Wohnungen oder bei Überbelag auftreten, sind in Wien häufiger als in den Bundesländern. Die Überbelagsquote Wiens ist mit 14% deutlich höher als in den Bundesländern mit 4% (EU-SILC, 2003, eigene Berechnungen). 58% aller österreichischen Kleinwohnungen (bis unter 35 m<sup>2</sup>) und 60% aller Wohnungen in denen mehr als zwei Personen in einem gemeinsamen Wohnraum leben liegen in Wien.

Hinzu kommt, dass in Wien im Vergleich zu den Bundesländern, die Wohnkosten relativ hoch sind. 47% der Wohnungen in Österreich, deren Aufwand pro Quadratmeter höher ist als 3,65€ entfallen auf Wien (Statistik Austria, 2002).

Laut Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungslosenhilfe (BAWO) haben sich die wohnungspolitischen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren verschlechtert (BAWO, 1998). Die Kompetenzen der Wohnbauförderung wurden im Jahr 1989 an die Länder abgetreten und eine Verlängerung des Mietrechtes eingeleitet. Damit ist eine Deregulierung von Miet-

<sup>15</sup>Es handelt sich hierbei um Substandardwohnungen in der sich keine Wasserentnahmestelle oder kein WC im Inneren befindet bzw. eine dieser beiden Einrichtungen unbrauchbar ist (fristgerechte Instandsetzung nicht möglich)

zinsobergrenzen und Kündigungsschutz einhergegangen, was weitreichende Konsequenzen in Bezug auf die Wohnversorgung von sozial- und einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen hatte. Konkret hat die Aufhebung der Mietzinsobergrenzen und eine damit verbundene Sanierungswelle zu einer Verknappung des preisgünstigen Wohnraumes geführt, wodurch vor allem einkommensschwache Haushalte, die zunehmend auf den überbewerteten Wohnungsmarkt angewiesen sind, von Sozialbezügen abhängig werden (BAWO, 1998). Außerdem ist eine Entkoppelung von Einkommens- und Wohnkostenentwicklung zu beobachten, wobei die überproportionale Steigerung der Wohnnebenkosten - wie Strom und Gas - das größte Problem darstellt (BAWO, 1998).

Die Problematik der gesteigerten Wohnkosten spiegelt sich auch in der Zahl der Delogierungen wider. Im Jahre 2002 wurden in Österreich insgesamt 45.500 Delogierungsverfahren (Kündigungen, Räumungsverfahren) bei Gericht eingebracht (BMJ-Gerichtsstatistik, 2002). Die Anzahl der von Delogierung bedrohten Personen beträgt in Österreich 83.000 Personen (Armutskonferenz, 2006a). Kündigungsgründe sind in der Regel entweder Mietzinsrückstände oder Konflikte mit Nachbarn bzw. dem/der VermieterIn. (BAWO, 2006). In Wien wurden im Jahr 1999 ungefähr 900 Delogierungen durchgeführt, davon 800 wegen Mietrückstand. 2003 stieg die Zahl auf ca. 1.200 Delogierungen, davon 1.000 wegen Mietrückstand. Für Gemeindewohnungen wurden 2003 4.600 Räumungstermine angesetzt, für Privatwohnungen 3.500. Insgesamt waren im Jahr 2003, laut Kontrollamt, ca. 1 % der MieterInnen der insgesamt rund 540.000 Privat- und Genossenschaftswohnungen und ca. 5 % der rund 220.000 Gemeindewohnungen von Wohnungslosigkeit bedroht. Somit waren doppelt so viele MieterInnen aus Gemeindebauten (9.900 Personen) von Wohnungslosigkeit bedroht, als MieterInnen von Privat- und Genossenschaftswohnungen (5.400 Personen).

In Hinblick auf Wohnsituation und Wohnprobleme nimmt Wien eine Sonderstellung in Österreich ein. Hier werden daher unterschiedliche Zugänge gesucht, Wohnprobleme zu erfassen und Einschränkungen der Betroffenen darzustellen. Dazu wurden Auswertungen der Datensätze von EU-SILC 2003, sowie von Leben- und Lebensqualität in Wien 2003 vorgenommen. Folgende Fragestellungen waren arbeitsleitend:

In welchem Ausmaß sind Personen aus Wien und den Bundesländern von Problemen betroffen, die die Wohnqualität einschränken?

Welche Haushaltstypen lassen sich in Hinblick auf den Grad der Integration unterscheiden. Wie stark sind diese bei Personen aus Wien und den Bundesländern vertreten?

Welche Personengruppen sind von fehlender Wohnintegration häufig betroffen?

Wirkt sich fehlende Wohnintegration auf die Zufriedenheit und den Gesundheitszustand aus?

Hat fehlende Wohnintegration einen Einfluss auf die sozialen Kontakte der Betroffenen?

Wie umfassend ist das Problem der Wohnungslosigkeit in Wien?

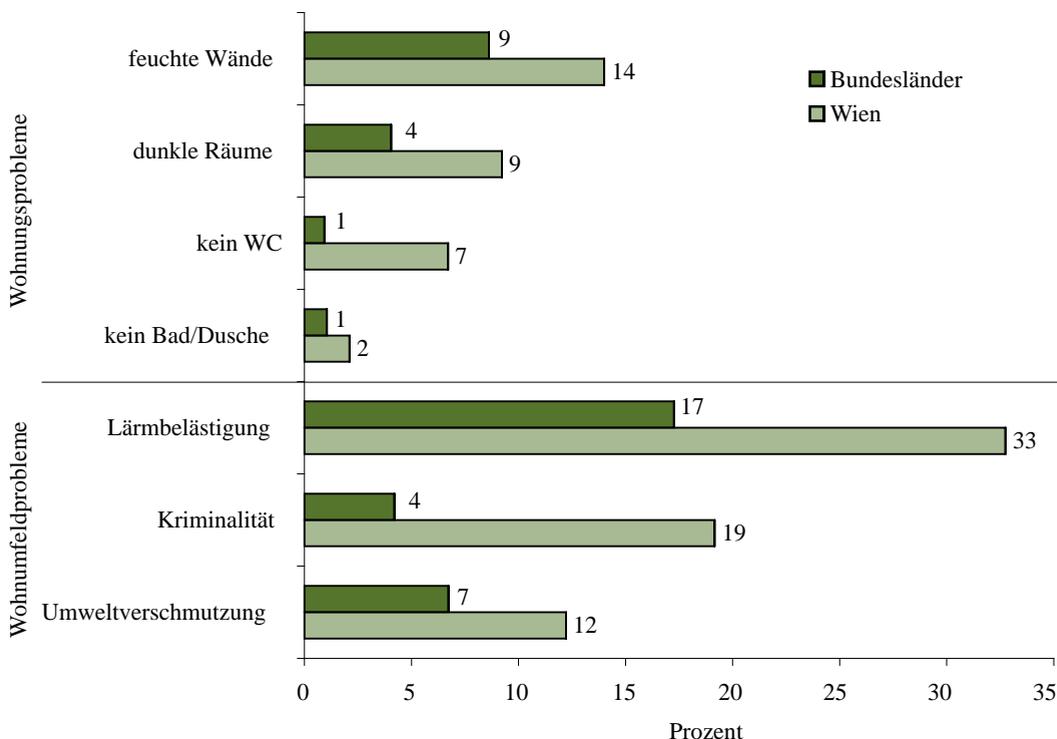
Welche Personengruppen sind von Wohnungslosigkeit häufig betroffen?

Was sind die Ursachen der Wohnungslosigkeit und wie wirkt sie sich auf die Betroffenen aus?

## Probleme der Wohnqualität

Wohnqualität wird von Problemen mit der Wohnung<sup>16</sup> und dem Wohnumfeld<sup>17</sup> maßgeblich beeinträchtigt. Nachfolgend wird dargestellt, in welchem Ausmaß Personen aus Wien und den Bundesländern von diesen Einschränkungen betroffen sind.

### Wohnprobleme und Wohnumfeldprobleme in Wien und den Bundesländern 2003



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003, eigene Berechnungen.

WienerInnen sind sowohl von Wohnproblemen als auch von Wohnumfeldproblemen doppelt so stark betroffen wie Menschen aus den Bundesländern. Das häufigste Wohnproblem sind feuchte Wände, gefolgt von dunklen Räumen und dem Problem des Nichtvorhandenseins eines WC oder eines Nassraums. 24% der WienerInnen sind nach eigenen Angaben von mindestens einem der erhobenen Wohnprobleme betroffen, von den Personen aus den Bundesländern sind es hingegen nur 12%. Von den Wohnumfeldproblemen kommt Lärmbelästigung am häufigsten vor, gefolgt von Kriminalität, und dem Problem der Umweltverschmutzung. 43% der WienerInnen geben an, von mindestens einem der genannten Wohnumfeldprobleme betroffen zu sein. Bei den Personen aus den Bundesländern sind hingegen nur 21%.

<sup>16</sup> Als Wohnprobleme gelten das Nichtvorhandensein von Bad, Dusche oder WC in den Wohnräumlichkeiten, und undichte/feuchte Stellen an Wänden, sowie zu dunkle Räume in der Wohnung.

<sup>17</sup> Als Probleme des Wohnungsumfelds gelten Lärmbelästigung, Umweltverschmutzung und Kriminalität im umliegenden Bereich der Wohnung,

## Wohnintegration

In Anlehnung an *Till* (2005) werden folgende Dimensionen der Wohnintegration definiert:

- ⊙ Leistbarkeit
- ⊙ Wohnqualität
- ⊙ Wohngröße.

Bei dem gewählten Modell werden die drei Indikatoren in eine Hierarchie gestellt. Die Leistbarkeit der Wohnung stellt dabei Hauptbedingung gelungener Wohnintegration dar, insofern sie in Hinblick auf die steigenden Mieten und die damit verbundene Gefahr der Delogierung bei Nichtleistbarkeit, das Hauptproblem der MieterInnen ist. Meist wird Leistbarkeit am Wohnkostenanteil zum gesamten Haushaltseinkommen bemessen. Dabei werden üblicherweise Schwellenwerte zwischen 15% und 30% verwendet um Nichtleistbarkeit der Wohnung festzustellen (*Till*, 2005). Der Median der Mietbelastung liegt in Wien bei 14 %. Deshalb wurde nach Diskussionen mit ExpertInnen entschieden, bei einer Mietbelastung von mehr als 25% des äquivalisierten Haushaltsnettoeinkommens von Nichtleistbarkeit auszugehen. Zusätzlich wird beachtet, ob das Einkommen unter dem Medianeinkommen liegt. Die Koppelung an das Haushaltseinkommen garantiert, dass das Nichtleistbarkeitskriterium nicht durch Luxuswohnungen verzerrt wird, wo ein hoher Einkommensanteil aufgewendet wird, die Wohnkostenbelastung aber nicht existenzbedrohend ist.

Die inadäquate Qualität der Haushalte wird mit einem additiven Index berechnet, der sich aus den Variablen „Fehlen von Bad/Dusche/WC“, „undichtes Dach/ feuchte Wände/ Fußböden/ Fäulnis in Fenster und Fußböden“, „dunkle Räume“, „Fehlen von Waschmaschine/ Waschküche“ zusammensetzt. Als inadäquate Wohnqualität gilt, wenn ein Haushalt mehr als einen der genannten Mängel aufweist.

Überbelag wird nach von der Gemeinde Wien aufgestellten Kriterien für die Vergabe von Gemeindewohnungen berechnet. Demnach zählt ein Haushalt als überbelegt, *„wenn weniger als 16m<sup>2</sup> zur Verfügung stehen, die Wohnräume im Mittel kleiner als 8m<sup>2</sup> sind, oder die Anzahl der Wohnräume im Verhältnis zur Zahl der Personen im Haushalt zu gering ist: weniger als 2 Räume für 2 Personen, weniger als 3 Räume für 3 oder 4 Personen, weniger als 4 Räume für 5 oder 6 Personen, weniger als 5 Räume für 7 oder 8 Personen, weniger als 6 Räume für mehr als 8 Personen“* (*Statistik Austria*, 2006a, S90).

Wir unterscheiden nach den vorangegangenen Indikatoren vier verschiedene Haushaltstypen: „integriert“, „Überbelag“, „depriviert“ und „prekär“. Integrierte Haushalt sind solche die eine adäquate Wohnqualität bieten, leistungsfähig sind und keinen Überbelag aufweisen. Der Typus des Überbelags tritt ein, wenn die Wohnung leistungsfähig ist und die Wohnqualität adäquat ist, aber zu viele Menschen auf zu engem Raum leben. Wenn die Leistungsfähigkeit der Wohnung gewährleistet ist, jedoch Mängel in der Wohnqualität auftreten, spricht man von deprivierten Haushalten, unabhängig vom Vorhandensein des Überbelags. Der vierte Typus – das prekäre Wohnen – wird über die Nichtleistungsfähigkeit der Wohnung definiert, unabhängig von der Wohnungsqualität und dem Überbelag.

## Darstellung der Operationalisierung der Wohnintegration

H a u s h a l t e					
Leistbarkeit der Wohnung/Haus			Nichtleistbarkeit der Wohnung/Haus		
Wohnkostenanteil unter 25% des Äquivalenzzahlungseinkommen oder das Äquivalenzeinkommen gleich hoch oder höher als das Medianeinkommen der österreichischen Bevölkerung ist			Wohnkostenanteil über 25% des Äquivalenzzahlungseinkommen und das Äquivalenzeinkommen unter Medianeinkommen der österreichischen Bevölkerung liegt		
adäquate Wohnqualität		nicht adäquate Wohnqualität	adäquate Wohnqualität		nicht adäquate Wohnqualität
kein Überbelag	Überbelag	kein Überbelag	kein Überbelag	Überbelag	kein Überbelag
integriert	Überbelag	d e p r i v i e r t	p r e k ä r		

Quelle: In Anlehnung an Till (2005)

### Wohnintegration in Wien und den Bundesländern

In Wien sind höhere Wohnkosten, mangelhafte Wohnungen und Überbelag häufiger als in den Bundesländern. Im Weiteren wird untersucht ob und wie sich die verschiedenen Typen der Wohnintegration unterscheiden.

### Grad der Wohnintegration in Wien und den Bundesländern

	Wien			Bundesländer		
	in Tsd.	in %	% kumuliert	in Tsd.	in %	% kumuliert
Typ "integriert"	982	69	69	4.583	86	86
Typ "Überbelag"	135	10	79	175	3	90
Typ "depriviert"	89	6	85	114	2	92
ohne Überbelag	44	3		100	2	
mit Überbelag	45	3		14	0	
Typ "prekär"	215	15	100	429	8	100
ohne Wohnungsproblem						
ohne Überbelag	185	13		378	7	
mit Überbelag	19	1		30	1	
mit Wohnungsproblemen						
ohne Überbelag	[10]	[1]		18	0	
mit Überbelag	[1]	[0]		[3]	0	

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen; Zahlen in [ ] bei absoluten Fallzahlen in einer Zelle unter 20 und einer Randgruppe unter 50;

Fehlende Wohnintegration kommt in Wien eindeutig öfter vor als in den anderen Bundesländern. 86% der Personen aus den Bundesländern wohnen integriert, in Wien sind es hingegen nur 69%, also rund 17% weniger. WienerInnen sind ca. dreimal häufiger sowohl von Überbelag als auch von prekärem Wohnen betroffen; und ca. zweimal häufiger von prekären Wohnsituationen, als Personen aus den Bundesländern.

## Struktur der nicht integriert wohnenden Personen

In diesem Abschnitt wird untersucht in welchem Zusammenhang Armut und Wohnintegration stehen, welche Personengruppen hinsichtlich Alter, Geschlecht und Herkunft<sup>18</sup> häufig von fehlender Wohnintegration betroffen sind, und in welchem Ausmaß MieterInnen<sup>19</sup> stärker unter den nicht integriert Wohnenden vertreten sind, als EigentümerInnen.

### Anteil vom Wohntyp "Überbelag" betroffener Personen (in %)

	Wien	Bundesländer
Haushaltsgröße		
2	4	1
3	13	4
4	10	2
5 und mehr	46	8
Herkunft		
ÖsterreicherInnen	7	3
MigrantInnen	27	15
Alter		
bis 19 Jahre	18	5
20-39 Jahre	10	4
40-64 Jahre	6	2
65+ Jahre	[3]	[1]
Armutsgefährdung		
Nicht Armutsgefährdete	9	3
Armutsgefährdete	15	4
Rechtsverhältnis		
EigentümerInnen	[4]	1
MieterInnen	11	9
Geschlecht		
Männlich	9	3
Weiblich	10	3

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; hochgerechnete Ergebnisse; Zahlen in [ ] bei absoluter Fallzahlen in der Zelle unter 20 und Randgruppe unter 50

## Überbelag

Vor allem MigrantInnen und Personen in mehrköpfigen Haushalten leben oftmals in beengten Wohnsituationen. Bei MigrantInnen kommt Überbelagswohnen in Wien ca. vier Mal und in den Bundesländern ca. fünf Mal häufiger vor als bei gebürtigen ÖsterreicherInnen. Ebenso sind Personen in Haushalten ab drei Personen aufwärts insbesondere in Wien deutlich stärker davon betroffen. MieterInnen leben im Vergleich zu EigentümerInnen, in Wien fast dreimal häufiger und in den Bundesländern fast neunmal Mal häufiger mit Überbelag. Armutsgefährdete Personen wohnen vor allem in Wien eindeutig öfter überbelegt als nicht Armutsgefährdete. Ein Zusammenhang mit dem Alter lässt sich beim Überbelag in Wien beobachten, wo Jüngere deutlich stärker davon betroffen sind. Hinsichtlich des Geschlechts ließ sich kein Zusammenhang feststellen.

<sup>18</sup> Als MigrantInnen gelten hier Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, sowie eingebürgerte Personen die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht seit Geburt an besitzen.

<sup>19</sup> In Wien wohnen 22% aller Personen in Eigentumswohnungen und 78% in Mietwohnungen. In den Bundesländern ist das Verhältnis der Eigentums- und Mietverhältnisse umgekehrt: ca. 78% der Haushalte sind Eigentumsobjekte und nur 21% Mietwohnungen bzw. -häuser (EU Silc 2003).

### Anteil vom Wohntyp "Depriviert" betroffener Personen (in %)

	Wien	Bundesländer
Haushaltsgröße		
1	7	5
2	5	2
3	6	2
4 und mehr	8	2
Herkunft		
ÖsterreicherInnen	5	2
MigrantInnen	14	[1]
Alter		
bis 19 Jahre	7	2
20-39 Jahre	6	2
40-64 Jahre	7	2
65+ Jahre	[4]	3
Armutsgefährdung		
Nicht Armutsgefährdete	5	2
Armutsgefährdete	12	4
Rechtsverhältnis		
EigentümerInnen	[1]	2
MieterInnen	7	4
Geschlecht		
Männlich	6	2
Weiblich	6	2

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; hochgerechnete Ergebnisse; Zahlen in [ ] bei absoluter Fallzahlen in der Zelle unter 20 und Randgruppe unter 50

### Depriviertes Wohnen

Von deprivierten Wohnsituationen sind insbesondere MigrantInnen betroffen, verglichen mit gebürtigen ÖsterreicherInnen in Wien fast dreimal und in den Bundesländern doppelt so oft. Besonders in Wien wohnen deutlich mehr Armutsgefährdete depriviert als nicht Nicht-armutsgefährdete; weiters sind MieterInnen deutlich häufiger als EigentümerInnen bei diesem Typus vertreten. Bezüglich den Merkmalen Alter und Geschlecht konnte im Zusammenhang mit deprivierten Wohnsituationen keine eindeutigen Tendenzen festgestellt werden. Ähnlich verhält es sich auch mit dem Merkmal der Haushaltsgröße, hier zeichnet sich lediglich eindeutig ab, dass in den Bundesländern Einpersonenhaushalte häufiger depriviert wohnen als Mehrpersonenhaushalte.

### Anteil vom Wohntyp "Prekär" betroffener Personen (in %)

	Wien	Bundesländer
Haushaltsgröße		
1	24	23
2	11	9
3	18	8
4 und mehr	11	4
Herkunft		
ÖsterreicherInnen	16	8
MigrantInnen	13	17
Alter		
bis 19 Jahre	17	8
20-39 Jahre	20	11
40-64 Jahre	13	6
65+ Jahre	[8]	7
Armutsgefährdung		
Nicht Armutsgefährdete	9	4
Armutsgefährdete	53	36
Rechtsverhältnis		
EigentümerInnen	[5]	3
MieterInnen	18	25
Geschlecht		
Männlich	14	7
Weiblich	17	9

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; hochgerechnete Ergebnisse; Zahlen in [ ] bei absoluter Fallzahlen in der Zelle unter 20 und Randgruppe unter 50

### Prekäres Wohnen

Ein sehr hoher Anteil an Armutsgefährdeten gehört der Gruppe der prekär wohnenden Personen an. In Wien wohnen 53% und in den Bundesländern 36% der Armutsgefährdeten prekär. MigrantInnen leben in den Bundesländern mit 17% im Vergleich zu ÖsterreicherInnen mit 8% verhältnismäßig oft in prekären Haushalten. In Wien sind hingegen die ÖsterreicherInnen mit 16% häufiger von einer prekären Wohnsituation betroffen, als MigrantInnen mit 13%. Dies dürfte aber auch durch den hohen Anteil der MigrantInnen an den anderen nicht integrierten Wohnformen bedingt sein; insgesamt wohnen 54% der MigrantInnen Wiens nicht integriert, bei ÖsterreicherInnen sind es mit 28% deutlich weniger. Außerdem zeigt sich eine Altersschere bei präkärem Wohnen, welches vor allem bei 20 bis 39-jährigen häufig vorkommt. Eine weitere überproportional betroffene Personengruppe sind MieterInnen. Sie wohnen im Vergleich zu EigentümerInnen in Wien über drei Mal und in den Bundesländern sogar über acht Mal häufiger in prekären Haushalten. Frauen sind ebenfalls etwas öfter in prekären Haushalten zu finden als Männer, wobei der Unterschied zwischen den Geschlechtern, sowohl für Wien als auch für die Bundesländer nur 2 bis 3 Prozent ausmacht.

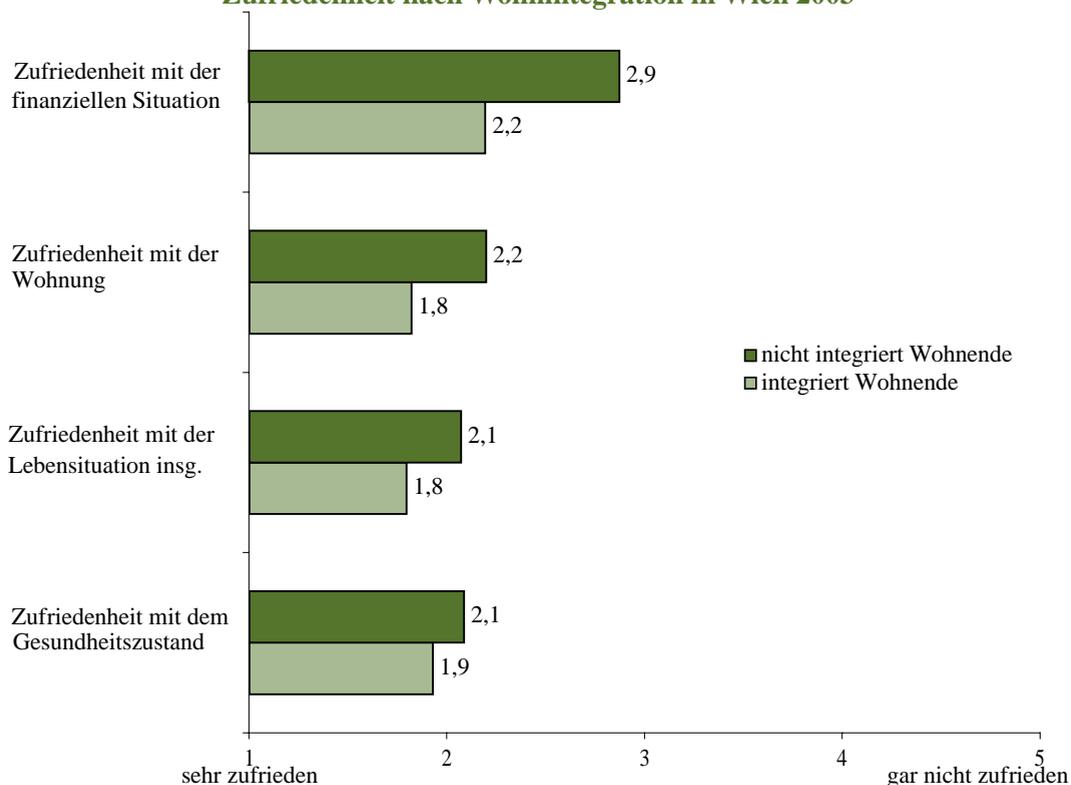
## Subjektive Dimension fehlender Wohnintegration

Wohnen ist ein wesentlicher Bestandteil des Lebens, schwierige Wohnverhältnisse können die gesamte Lebenssituation beeinträchtigen. Um auf diesen von nicht integriert wohnenden Menschen subjektiv erlebten Aspekt einzugehen, wird im Weiteren der Einfluss von fehlender Wohnintegration auf andere wichtige Bereiche des Lebens, nämlich Zufriedenheit, Gesundheit und soziale Teilhabe, untersucht.

### Zufriedenheit im Zusammenhang mit Wohnintegration

Zur Beantwortung der Frage ob sich schlechte Wohnintegration auf die Zufriedenheit auswirkt, wird die Zufriedenheit mit der Wohnung, mit der finanziellen Situation und mit der Gesundheit, sowie mit der gesamten Lebenssituation, von nicht integriert und integriert Wohnenden miteinander verglichen.

#### Zufriedenheit nach Wohnintegration in Wien 2003



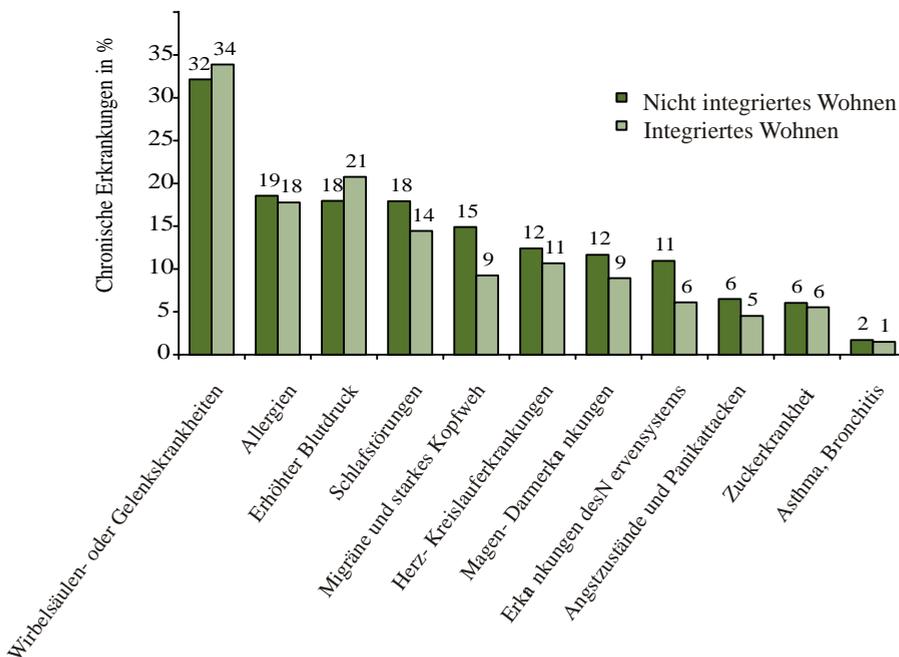
Quelle: IFES, Leben und Lebensqualität in Wien; 2003, eigene Berechnungen

Nicht integriert Wohnende sind in allen untersuchten Bereichen durchschnittlich unzufriedener als integriert Wohnende. Wohnintegration hängt stark von der Einkommenssituation ab. Analog dazu sind die Unterschiede zwischen integriert und nicht integriert Wohnenden bezüglich der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation am größten. Die finanzielle Zufriedenheit wird von nicht integriert wohnenden Personen tendenziell sogar noch schlechter bewertet als die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung. Außerdem zeigt sich, dass schlechtes Wohnen negative Effekte auf die Zufriedenheit mit der Gesundheit und der Zufriedenheit mit dem Leben allgemein hat.

## Gesundheitszustand der nicht integriert wohnenden WienerInnen

Die subjektive Einschätzung der Gesundheits- und Lebenszufriedenheit bestätigt sich im Zusammenhang zwischen chronischen Krankheiten und fehlender Wohnintegration. Menschen in problematischen Wohnsituationen leiden häufiger an Migräne und Kopfschmerzen. Während nicht integriert Wohnende davon zu 15% betroffen sind, geben nur 9% der integriert Wohnenden an, darunter zu leiden. Auch Magen- und Darmerkrankungen kommen bei nicht integriert lebenden Personen mit 12% häufiger vor als bei integriert Lebenden mit einem Anteil von 9%. Außerdem lässt sich vor allem ein Zusammenhang fehlender Wohnintegration mit psychischen Erkrankungen beobachten. Schlafstörungen und Panikattacken sowie insbesondere Angstzustände und Nervosität, treten bei nicht integriert wohnenden Personen häufiger auf als bei integriert Wohnenden. Kein Zusammenhang zeigt sich hingegen bei den häufig auftretenden Krankheiten wie Wirbelsäulen- oder Gelenkerkrankungen, erhöhtem Blutdruck und Allergien.

### Chronische Erkrankungen nach Wohnintegration



Quelle: IFES, Leben und Lebensqualität in Wien 2003; eigene Berechnungen

### Nicht integriertes Wohnen und soziale Kontakte

Um den Zusammenhang von Wohnintegration und sozialen Kontakte eines Menschen sichtbar zu machen, kann die Zahl der Freunde und Bekannte, sowie die Häufigkeit des Kontakts je nach Wohnintegration verglichen werden. Außerdem wird ausgewertet, ob die Treffen eher zu Hause oder an anderen Orten stattfinden. Dieser Frage liegt die Annahme zugrunde dass nicht integriert wohnende Personen ihre sozialen Kontakte seltener in ihre Wohnungen einladen und sich auch seltener an Orten treffen, wo Geld ausgegeben wird.

### Anzahl, Intensität und Treffpunkte sozialer Kontakte nach Wohnintegration in Wien 2003 (% -Anteil )

	integriert Wohnende	nicht integriert Wohnende
Anzahl Freunde und Bekannter		
keine	3	4
1	2	3
2 bis 3	12	14
4 bis 6	25	22
mehr als 6	58	56
Zusammenkunft mit Freunden bzw. Bekannten in der Freizeit		
mehrmals pro Woche	32	43
1 mal pro Woche	35	31
1 bis 2 mal pro Woche	25	19
seltener	8	7
Ort der Zusammenkunft mit Freunden bzw. Bekannten		
bei sich	49	55
bei Freunden	45	46
im Lokal	49	42
im Kino	13	14
bei Kulturveranstaltungen (Theater, Museum etc.)	13	16
im Freien, im Park	19	26

Quelle: IFES; Leben und Lebensqualität in Wien 2003; eigene Berechnungen

Fehlende Wohnintegration steht in einem eher schwachen Zusammenhang mit der Anzahl sozialer Kontakte. Nicht integriert Wohnende sind in den Personengruppen mit kleineren Freundes- und Bekanntenkreis stärker und in den Personengruppen mit vielen Bekantschaften schwächer vertreten als integriert Wohnende. Dies könnte auf den hohen Anteil an Armutsgefährdeten unter den nicht wohnintegrierten Personen zurückzuführen sein, die häufiger ohne Beschäftigung und somit ohne Arbeitsbekantschaften sind.

In Bezug auf die Häufigkeit des Kontaktes zeigt sich, dass sich Personen mit fehlender Wohnintegration öfter mit ihren Freunden und Bekannten treffen. Der Anteil der Personen die sich mehrmals in der Woche mit ihren Freunden treffen ist bei den nicht integriert Wohnenden mit 43% deutlich höher, als bei den integriert Wohnenden mit 32%. Das könnte am hohen Prozentsatz der jüngeren Personen unter den von fehlender Wohnintegration Betroffenen liegen. Nicht bestätigen lässt sich, dass nicht integriert Wohnende ihre Freunde seltener zu sich nach Hause einladen. Nur hinsichtlich des finanziellen Aufwands lassen sich Unterschiede feststellen. So etwa sind Lokalbesuche beliebter bei integriert Wohnenden. Kino und Kulturveranstaltungen werden von nicht integriert Wohnenden häufiger besucht. Andererseits werden von Personen mit fehlender Wohnintegration der Park als Treffpunkt und Unternehmungen im Freien mit 26% deutlich häufiger genannt, als von wohnintegrierten Personen mit 19%.

## Wohnungslosigkeit in Wien

Wohnungslosigkeit ist ein durch Armut bedingtes Phänomen und eine besonders tragische Form von sozialer Ausgrenzung. Im Folgenden wird das Ausmaß der Wohnungslosigkeit in Wien genauer untersucht. Die davon betroffenen Personenkreise und die Ursachen und Auswirkungen der Wohnungslosigkeit, verdeckte Wohnungslosigkeit bei Frauen, sowie der Verlauf der Obdachlosigkeit stehen dabei im Mittelpunkt. Dazu wurden neben einer Literaturrecherche ExpertInneninterviews mit dem Frauenwohncentrum der Caritas und der Organisation P7<sup>20</sup> geführt.

Es gibt verschiedene Formen von Wohnungslosigkeit, die nicht in jedem Fall tatsächliche Obdachlosigkeit bedeuten. Zumindest drei Personengruppen sind daher zu unterscheiden:

Personen die auf der Straße leben bzw. Notschlafstellen über Nacht beanspruchen und von „akuter Wohnungslosigkeit bzw. Obdachlosigkeit“ betroffen sind

Personen, die in sozialen Einrichtungen bzw. Heimen wohnen und denen damit auch ein Aufbewahrungsort für die persönlichen Besitztümer zur Verfügung steht,

Personen, die vorübergehend bei Freunden, Bekannten oder Verwandten untergebracht und „versteckt wohnungslos“ sind

Grundsätzlich ist bei einer entsprechenden Kategorisierung von Wohnungslosen zu beachten, dass die Grenzen zwischen den Gruppen als fließend bzw. durchlässig verstanden werden müssen, da viele der betroffenen Personen oft nur kurzfristige Unterbringungsmöglichkeiten finden und daher zwischen den verschiedenen Formen von Wohnungslosigkeit wechseln. Dies kommt auch im häufig verwendeten Begriff der Nicht-Sesshaftigkeit zum Ausdruck. Personen ohne Wohnmöglichkeit können beispielsweise kurzfristig Unterschlupf bei Freunden finden, eine zeitlang in einem Heim untergebracht sein und dann wieder den Sommer über im Zelt auf der Donauinsel (*Sommer, 1999*) verbringen.

### Ausmaß der Wohnungslosigkeit in Wien

Aufgrund der schwierigen Datenlage bezüglich Wohnungslosigkeit werden unterschiedliche Quellen herangezogen um ungefähre Schätzungen der Zahl wohnungsloser Personen in Wien und den Bundesländern zu erreichen. Die Schätzung stützt sich auf Zahlen des Berichts der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (*BAWO, 2003*), Aussagen der Organisation P7 (Interview E5) und den EU-SILC Datensatz.

In Anlehnung an den Definitionsvorschlag der Vereinten Nationen (*BAWO, 2003*) ist sind folgende Formen der Wohnungslosigkeit zu unterscheiden:

Akute Wohnungslosigkeit (Obdachlosigkeit)

Wohnungslosigkeit im Sinne der temporären/befristeten Unterbringung in Sozial-  
einrichtungen (Notschlafstellen, Wohnheime, Betreutes Wohnen)

Bevorstehende Wohnungslosigkeit (Verlust der Wohnung/Delogierung droht)

<sup>20</sup>P7 ist ein Service der Wiener Wohnungslosenhilfe und die zentrale, erste Anlaufstelle für Wohnungslose bzw. solche, denen die Wohnungslosigkeit kurz bevor steht, P7 führt in erster Linie Beratungstätigkeiten durch und hilft Betroffenen einen Schlafplatz zu finden.

Potenzielle Wohnungslosigkeit, zB: Höhe der Miete im Verhältnis zum Einkommen nicht leistbar<sup>21</sup>

Versteckte Wohnungslosigkeit, zB: vorüber gehende Unterbringung bei Freunden oder Bekannten (keine Daten verfügbar)

Unzumutbare Wohnsituation, zB: feuchte, nicht beheizbare Wohnung, Überbelag (siehe Beitrag zur Wohnintegration)

### Schätzungen der Zahl der Wohnungslosen in Wien und Österreich

Wohnungslosigkeit nach der Definition der Vereinten Nationen	Österreich	Wien
akute Wohnungslosigkeit	1.000 - 2.000	500 - 1000
Wohnungslosigkeit im Sinne der temporären Unterbringung in Sozialeinrichtungen	12.000	3.700
bevorstehende Wohnungslosigkeit <sup>1)</sup>	83.000	45.100
potenzielle Wohnungslosigkeit	172.000	50.300

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen; BAWO 2003; Interview E6; <sup>1)</sup>ohne Einrichtungen der Flüchtlingshilfe

Akut wohnungslose Menschen gab es 1999 in Österreich schätzungsweise 1.000 bis 2.000 (BAWO, 2003). Nach Angaben der Caritas (2002) waren in Wien 2002 einige Hundert Personen betroffen.

Im letzten Bericht der Wiener Wohnungslosenhilfe wurden für das Jahr 2003 in Wien mehr als 3.500 wohnungslose Menschen angegeben (Eitel et al, 2003). Diese Zahl berücksichtigt jedoch nur jene Menschen, die zumindest einmal eine Nacht in einer Übergangseinrichtung verbracht haben. Nicht berücksichtigt sind AsylbewerberInnen, in Notunterkünften Nächtigende und alle Personen, die die Nacht im Freien oder in selbst organisierten Unterkünften verbringen.

Weiters sind rund 7.000 AsylwerberInnen und MigrantInnen in Einrichtungen der Flüchtlings- und Ausländerhilfe untergebracht (BAWO, 1999). Die Meldung wohnungsloser Personen z.B. bei Bekannten oder in einer ambulanten Wohnungslosenhilfe-Einrichtung ist seit der Novellierung des Meldegesetzes 1995 in einigen österreichischen Bundesländern kaum mehr möglich. Da eine Meldeadresse vielfach eine Voraussetzung für den Bezug sozialer Transferleistungen darstellt, kommt es dadurch zu gravierenden Nachteilen für die von Wohnungslosigkeit betroffenen Personen. (BAWO, 1998).

Schätzungen der Armutskonferenz über die Zahl der von Delogierung bedrohten Personen geben Aufschluß über das Ausmaß der bevorstehenden Wohnungslosigkeit (in Wien rund 45.000 Personen). Anhand der in EU-SILC erhobenen Einkommens und Mietkostenbelastung über 50% kann eine ungefähre Abschätzung potenzieller Wohnungslosigkeit vorgenommen werden. In Wien entspricht das etwa jener Größenordnung der von Delogierung bedrohten Menschen, in den Bundesländern liegt sie aber rund doppelt so hoch.

<sup>21</sup>Als Nichtleistbarkeit wurde hier ein Wohnkostenanteil von über 50% am Äquivalenzzahaltseinkommen definiert

Anhand der Zahlen lässt sich erkennen, dass sich das Problem der Wohnungslosigkeit als typisches Großstadtproblem verstärkt auf Wien konzentriert. Zum Teil könnte die hohe Wohnungslosigkeit in Wien aber auch darauf zurückzuführen sein, dass viele der Wohnungslosen aus den Bundesländern kommen - 1993 waren von 235 befragten Obdachlosen nur 48% gebürtige WienerInnen, rund 42% stammten aus den Bundesländern, 10% kamen aus dem Ausland (*Scharinger*, 1993) - Offen bleibt dabei, ob die Betroffenen als Obdachlose nach Wien gekommen sind, oder ob sie erst in Wien obdachlos wurden.

### Soziale Betreuung von Wohnungslosen

1998/99 wurden rund 6.600 Unterbringungsplätze österreichweit in betreuten Wohnprogrammen, Heimen und Notunterkünften mit stark unterschiedlichen Standards und Kapazitäten zur Verfügung gestellt. Davon entfielen ca. 3.700 Plätze auf Wien. Wien hat im internationalen Vergleich ein relativ gutes Hilfs- und Betreuungssystem für Wohnungslose entwickelt. Unter anderem gibt es, wie österreichweit sonst nur in Krems, Linz, Salzburg (Stadt und Land), sowie Vöcklabruck Delogierungspräventionsstellen. Um eine optimale Betreuung für Wohnungslose zu gewährleisten, sind jedoch verschiedene Verbesserungsmöglichkeiten umzusetzen. Vor allem werden eine bessere Abstimmung der einzelnen Betreuungsangebote untereinander, mehr geschlechtsspezifische Betreuungsmöglichkeiten, niederschwellige Beratungs- und Beschäftigungsangebote für Wohnungslose, eine Verbesserung und Erweiterung der psychologischen Beratung, sowie verstärkte Delogierungsprävention von Seitens fachkompetenter Organisationen gefordert (Interview E5; Interview E6; *BAWO*, 1998).

### Ursachen der Wohnungslosigkeit

Armut ist nicht nur Effekt sondern Hauptgrund für Wohnungslosigkeit. Im Einzelnen gelten folgende Gründe als ausschlaggebend (Interview E5) - auf die meisten Wohnungslosen treffen einer oder mehrere dieser Gründe zu:

- ⊙ Delogierung
- ⊙ fehlende finanzielle Absicherung
- ⊙ fehlender Rückhalt in der Familie
- ⊙ das Unvermögen, die Wohnung weiter zu erhalten
- ⊙ (Langzeit-) Arbeitslosigkeit
- ⊙ Schulden
- ⊙ Drogensucht
- ⊙ Alkoholprobleme
- ⊙ ein hohes Aggressionspotential
- ⊙ Scheidung / Trennung vom Partner
- ⊙ eine psychische Erkrankung, die nicht oder zu spät erkannt wird
- ⊙ Rauswurf aus der elterlichen Wohnung
- ⊙ fehlende Reintegration nach einer Haftentlassung

## Betroffene Personenkreise

Grundsätzlich zählen Personen zu den Betroffenen, welche in nicht gesicherten, finanziellen Verhältnissen leben. Insbesondere zählen hierzu SozialhilfeempfängerInnen, Langzeitarbeitslose, MigrantInnen und Flüchtlinge bzw. Menschen ohne jegliches Einkommen und ohne private Ressourcen, d.h. Rückhalt von der Familie.

Vorhandene Daten weisen darauf hin, dass Wohnungslosigkeit ein überwiegend männliches Problem ist: nur ca. 10-20% der Wohnungslosen sind Frauen (*BMGF*, 2005). Die Wiener Wohnungslosenbetreuungseinrichtung „Gruft“ der Caritas zählt jährlich ca. 30.000 Übernachtungen und gibt einen Frauenanteil von 16% an. (*Caritas*, 2003). Die Gründe für den hohen Männeranteil an den Wohnungslosen, konnten im Zuge der vorgenommenen Untersuchung nur teilweise geklärt werden; allerdings herrscht in der Fachliteratur Einigkeit darüber, dass Wohnungslosigkeit bei Frauen in vielfältigeren und versteckteren Formen auftritt als bei Männern. Neben der sichtbaren Wohnungslosigkeit und der latenten Wohnungslosigkeit (Bedrohung von kurzfristiger Wohnungslosigkeit) ist die eigentliche Erscheinungsform weiblicher Wohnungslosigkeit die verdeckte Wohnungslosigkeit. Vermutet wird, dass ein großes Ausmaß an Frauen "verdeckt Wohnungslos" ist (Interview E6).

### Das Bild verdeckter Wohnungslosigkeit bei Frauen<sup>22</sup>

- ⊙ Frauen versuchen ihr "Armsein" nach Möglichkeit zu verstecken. Gesellschaftliche Zuschreibungen verstärken den Aspekt, dass Armut zunehmend als persönliches Versagen und Schande gilt. Im Bemühen um Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Anerkennung reagieren Frauen auf existentielle Not mit einer Suche nach Übergangslösungen, die oft in Abhängigkeiten enden. Solche Übergangslösungen die im Extremfall 14-tägige Wechsel der Unterkünfte heißen, finden sich bei Bekannten, Verwandten oder im Elternhaus. Als Faktorenbündel weiblicher Wohnungslosigkeit werden genannt (Interview E6):
- ⊙ Tragen der Hauptlast (Zeit) unbezahlter Haus- und Familienarbeit und damit teils verbunden wirtschaftlichen und sozialrechtlichen Abhängigkeit vom Ehemann. (Erwerbsunterbrechung, Wiedereinstiegsprobleme, Lohndiskriminierungen etc.)
- ⊙ Grundaussage des Sozialversicherungssystems auf durchgängig (männliche) Vollzeitberufsbiographie verbunden mit schlechterer Absicherung für Frauen in Pension.
- ⊙ Materielle Armut - erschwerter Zugang zum Wohnungsmarkt.
- ⊙ Psychische Beeinträchtigungen und Erkrankungen als Ursache, Ergebnis und „Schutz“ wohnungsloser Frauen. Oft ist nicht erkennbar, was vorher war: Wohnungslosigkeit oder Krankheit. Sozialarbeiterinnen schildern solche Erfahrungen oft als Ausweg und Schutz wohnungslos gewordener Frauen „auf der Straße“.

Frauen verlieren mit der Wohnung auch Schutz (Schutz ihrer Würde als Frau, sozialer "Gesichtswahrung", körperlicher Integrität, Schutz der Privatsphäre etc.) vor männlicher Gewalt. Negative gesellschaftliche Deutungsmuster von alleinstehenden, sichtbar wohnungslosen Frauen und die gesellschaftliche Zuschreibung ihrer Armut als persönliches Versagen, werden in der Notlage des Wohnungsverlustes von Bedeutung. Dadurch greifen Frauen zu anderen Bewältigungsformen als Männer (verdeckte Wohnungslosigkeit).

<sup>22</sup>Die nachfolgende Darstellung basiert weitgehend auf dem Manuskript von Elvira Loibl erstellt im Rahmen des Lehrgangs feministisches Grundstudium III, in Abstimmung mit dem mit ihr geführtem Gespräch.

Frauenspezifische Probleme unterscheiden sich von denen der Männer in großem Ausmaß, teilweise resultieren sie auch aus dem Zusammenleben mit den Männern. Derartige Probleme treten dann oft auch in gemischtgeschlechtlichen Hilfeeinrichtungen weiter auf. Dies gilt in besonderem Maße für Gewalterfahrungen und für Probleme, die Mütter haben, wenn sie aufgrund ihrer schwierigen sozialen Situation von ihren Kindern getrennt sind.

Es braucht eine "geschlechtsdifferente" Diskussion und Analyse warum gemischtgeschlechtlichen Angebote des Hilfesystems, wie Beratungsstellen, Unterkünfte und Tageszentren nur bedingt angenommen werden und Frauen versuchen, so lange wie möglich ohne Unterstützung auszukommen und sich erst im äußersten Notfall an das Hilfesystem wenden. Die Sichtbarkeit von Frauen im Hilfesystem entspricht nicht dem tatsächlichen Ausmaß ihrer Wohnungslosigkeit. Gefragt sind spezifische auf Lebensverhältnisse zugeschnittene Hilfen. Die Erfahrungen zeigen, dass dort, wo eigenständige (d.h. räumlich getrennte und kontinuierlich erreichbare) Angebote für Frauen eingerichtet werden, diese Angebote von Frauen - auch von Frauen, die bislang keinen Kontakt zum Hilfesystem hatten - wahrgenommen werden.

Das vorhandene Hilfesystem in Wien erreicht Frauen häufig erst, wenn die Talsohle des sozialen Abstiegs erreicht ist. Um diese Abstiegs spirale zu unterbrechen ist es notwendig unterschiedliche Formen von Angeboten zu schaffen, die dem differenzierten Bedarf von "verdeckt" wohnungslosen und in Armut lebenden Frauen gerecht werden. Damit sind niederschwellige Einrichtungen wie Notquartiere und das beschriebene Frauenwohntzentrum gemeint, aber auch betreute Wohnformen nur für Frauen. Darüber hinaus wurde in ExpertInnengesprächen mehrmals der Wunsch nach einer „besseren Datenlage“ geäußert (Interview E6).

### **Auswirkungen von akuter Wohnungslosigkeit**

Überleben auf der Straße fordert höchstes Management von Tag zu Tag. Das Leben von akut Wohnungslosen lässt sich als extrem anstrengend und ungesund charakterisieren. Bei betroffenen Personen ist ein beschleunigter Alterungsprozess zu beobachten: sie wirken häufig älter und ihre Lebenserwartung ist deutlich kürzer (Interview E5). Der Altersmittelwert der in Wiener Betreuungseinrichtungen verstorbenen Personen lag 2002 zwischen 55 und 60 Jahren und damit deutlich unter der durchschnittlichen Lebenserwartung der österreichischen Bevölkerung von rund 76 Jahren bei Männern und 82 Jahren bei Frauen (*Wiener Wohnungslosenhilfe*, 2003). Obwohl obdachlose Menschen oft Zweckgemeinschaften aus der Not heraus bilden ist ein wesentlich höherer Teil der Menschen von Isolation und Vereinsamung betroffen, als dies bei der Gesamtbevölkerung der Fall ist (Interview E5). Der Gesundheitszustand von akut Wohnungslosen ist im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich schlechter. Dabei sind insbesondere psychische Erkrankungen ausschlaggebend. Ein hoher Teil der akut Wohnungslosen (laut europaweiten Schätzungen 2/3) ist von psychischen Krankheiten betroffen, wobei nicht feststellbar ist, ob die Erkrankungen Folge der Wohnungslosigkeit sind, oder ob sie schon vorher auftreten und möglicherweise eine Ursache für die Wohnungslosigkeit darstellen. Generell lässt sich ein mangelndes Gesundheitsbewusstsein feststellen, wobei die Vernachlässigung der eigenen Gesundheit oft erst nach Eintreten der akuten Wohnungslosigkeit einsetzt. An vorderster Stelle der physischen Erkrankungen stehen Hautkrankheiten, wie etwa eitrige Wunden. Bei Organerkrankungen ist am häufigsten die Leber betroffen. Grundsätzlich verschlechtern sich aber alle nicht oder nur unzureichend medizinisch versorgten Körperteile, gesundheitlich rasch. Gesundheitlich bedenklich ist auch die bei vielen vorhandene Alkohol- bzw.

Drogensucht, welche im Prinzip bei Obdachlosen nicht grundsätzlich in einem höheren Ausmaß vorhanden sein muss, als bei anderen Bevölkerungsteilen (Interview E5). Neben den starken Einschränkungen der persönlichen Freiheit machen es auch die in Zusammenhang mit Obdachlosigkeit stehenden Effekte den Betroffenen schwierig sich an in Wohnheimen vorgegebene Regeln zu halten. Deshalb entspricht das bestehende Betreuungsangebot häufig nicht den Bedürfnissen der betroffenen Menschen. Mit einer fixen Ruhezeit, einer mehr oder minder strengen Hausordnung und Alkoholverbot haben ein nicht unerheblicher Teil der Wohnungslosen Probleme. Eine Lockerung solcher Regelungen lässt sich meist nicht einrichten, weil dies aus personellen Gründen und auch aus Gründen der Sicherheit nicht möglich ist (Interview E5).

## Sozialpolitische Schlußfolgerungen

Sozialer Wohnbau hat in Wien eine lange Tradition an der es anzuknüpfen gilt, um dem Problem inadäquater Wohnumstände entgegen zu wirken. Ziel von Förderungsmaßnahmen zur Wohnintegration muss die Sicherstellung von guter Unterbringung für alle und der Zugang zu qualitativ guten Wohnungen als ein Grundbedürfnis und Grundrecht von Menschen, sein. (*Armutskonferenz*, 2006b). Präventive Maßnahmen einerseits im Bereich der Wohnförderung, andererseits im Bereich des Ausbaus von Betreuungseinrichtungen können dazu beitragen, die Wohnsituation und den Lebensstandard in Wien generell zu verbessern.

Gezielte Förderungen in jenen gürtelnahen Gebieten in denen die meisten Substandardwohnungen liegen – dem 15. (19%), 16. (17%) und 17. (14 %) (*Statistik Austria*, 2002) Bezirk - könnten beginnenden Segregationstendenzen entgegenwirken. Zur Verbesserung der Wohnintegration würde ein geregelter, gerechter Zugang zu gefördertem Wohnbau besonders für MigrantInnen beitragen. Auch gezielte Maßnahmen gegen Mietwucher sowie der Ausbau der Wohnbeihilfe könnten die Situation verbessern. Zur Leistbarkeit der Wohnungen könnten auch personenbezogene Förderungen im Bereich der wachsenden Wohnnebenkosten (z.B. Energie) besonders beitragen.

Ein Problem der personenbezogenen Förderungen zeigt sich allerdings im Falle von Wohnungslosigkeit: Viele der Betroffenen haben zu den dringend benötigten Transferleistungen - angefangen bei der Sozialhilfe - aufgrund einer fehlenden Meldeadresse keinen Zugang. Neben adäquaten Betreuungseinrichtungen für Obdachlose im medizinischen und psychologischen Bereich bedarf es somit auch einer Novellierung der rechtlichen Grundlagen die einen Zugang zu Förderungen für die Betroffenen erleichtern.

Um dem Problem der Wohnungslosigkeit schon vor seinem Auftreten entgegenzuwirken fordern NGO's einen „Ausbau der Delogierungsprävention, zusätzliche niederschwellige Tageseinrichtungen, Wohnhäuser, die jederzeit und unbürokratisch aufgesucht werden können, einen mobilen Krisendienst, der wie NotärztInnen rund um die Uhr und auch zu den Feiertagen Menschen in Krisen zu Hause aufsucht und den Ausbau der Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik für Menschen in psychischen Krisen, die häufig von Wohnungslosigkeit betroffen sind“ (*Armutskonferenz*, 2006b, S1).



**Armut  
darf uns  
nicht egal  
sein!**

## Geschlechterdisparitäten der Armutsgefährdung

Irina Vana, Judith Anzenberger, Josef Mauerlechner, Agnes Pilz

Im Folgenden wird erörtert wie sich geschlechtsspezifische Ungleichheiten auf die Armutsgefährdung auswirken. Neben der Darstellung der Armutsgefährdungsquoten und soziodemographischer Merkmale, werden folgende Fragestellungen im Blickpunkt stehen um die Lebenssituation armutsgefährdeter Frauen und Männern in Wien nachzuzeichnen:

- ⊙ Wie hoch ist die Armutsgefährdungsquote von Männern und Frauen in Wien?
- ⊙ Welche Risikogruppen finden sich in Wien? Sind die österreichweiten Risikogruppen Alleinerzieherinnen, Pensionistinnen auch in Wien vorzufinden?
- ⊙ Wie nehmen armutsgefährdete Frauen und Männer am Wiener Arbeitsmarkt teil? Welche Auswirkungen haben atypische Beschäftigungsformen?

Überdies werden methodische Probleme und Herangehensweisen an weibliche und männliche Armut skizziert und gegenübergestellt. ExpertInneninterviews beleuchten Aspekte weiblicher Armut, die in den statistischen Daten nicht erfasst werden und Anregungen für weitere Forschung geben können.<sup>23</sup>

### Thesen zur Frauenarmut

#### Einkommensunterschiede/ungleiche Chancen am Arbeitsmarkt

Geschlechtsspezifische Ungleichheiten bedingen aufgrund unterschiedlicher Konstellationen der Frauenbenachteiligung in der Gesellschaft, in der Produktions- und Reproduktionsarbeit, durch bestehende Traditionalismen u.ä. auch einen unterschiedlichen Zugang der Geschlechter zu ökonomischen Ressourcen.

So müssen beispielsweise insbesondere junge Frauen aufgrund struktureller Arbeitsmarktnachteile mit weniger Einkommen rechnen: In Wien lag 2003 (auf Ebene der Nettoeinkünfte) der mittlere Einkommensvorteil bei Vollzeitbeschäftigung der Männer bei 36% gegenüber den Frauen. (*MA 57*, 2005).

Der Erwerbsverlauf von Frauen ist oftmals durch Schwierigkeiten in der Vereinbarung von Erwerbsleben und Versorgungs- und Familienarbeit, die immer noch überwiegend von Frauen wahrgenommen wird, brüchig. Auch die Erwerbsarbeitszeit ist deshalb oft eingeschränkt: Erwerbstätige Frauen verwenden im Durchschnitt an die sechs Stunden pro Tag auf Haus- und Familienarbeit, Männer hingegen lediglich etwa 90 Minuten (*BMSG 2002*, S. 163). 80% der unbezahlten Pflege wird von Frauen geleistet, die Elternkarenz wird zu 98% von Frauen beansprucht. Am Arbeitsmarkt sind Frauen deshalb oft teilzeitbeschäftigt. Problematisch ist, dass Teilzeitbeschäftigungen überwiegend in Tätigkeitsbereichen angeboten werden, die nur geringe Qualifikation erfordern: 2000 waren die Hälfte aller teilzeitarbeitenden Frauen in Österreich als Hilfskräfte beschäftigt (*BMSG*, 2002).

<sup>23</sup>Vergleiche dazu die Ausführungen im Kapitel Wohnen (Interview E6) zur Problematik der versteckten Wohnungslosigkeit von Frauen.

## Kinder als Armutsrisiko

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen sinkt im Durchschnitt mit der Anzahl der Kinder. Kinderreiche Haushalte sind daher aufgrund höherer Ausgaben und gleichzeitig oft geringerem Erwerbseinkommen überdurchschnittlich armutsgefährdet (BMSG, 2002).

## Benachteiligungen im Pensionssystem

Benachteiligungen am Arbeitsmarkt wirken auf das Pensionseinkommen der Frauen und damit in weiterer Folge auf das Armutsgefährdungsrisiko: 16% aller Frauen ab 60 Jahren haben weder eine eigene noch eine Witwenpension. Die durchschnittliche Alterspension der Männer in der gesetzlichen Pensionsversicherung betrug 2003 ohne Zulagen und Zuschüsse EUR 1.204, jene der Frauen hingegen nur EUR 696, d.h., Die durchschnittliche Alterspension der Frauen beträgt nur rund 58% jener der Männer (vgl. BMSG, 2004, S. 51).

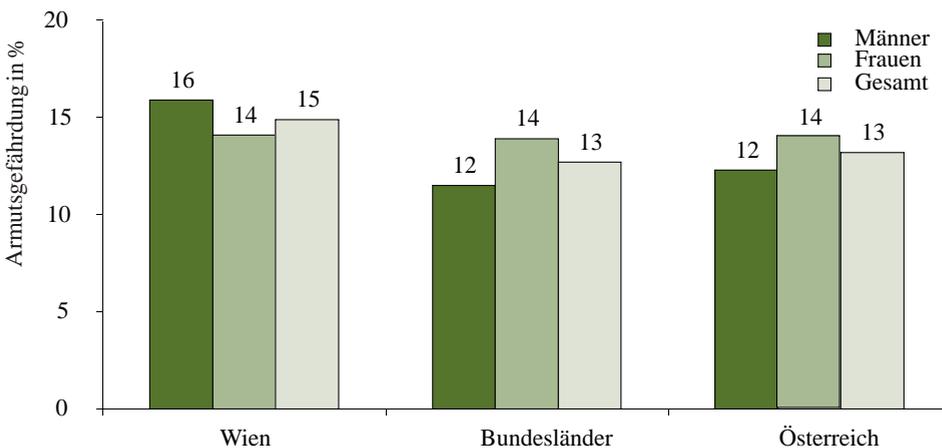
## Risikogruppen

Frauen sind in allen Gruppen und Lebenslagen die ein überdurchschnittliches Armutsrisiko haben, auch oder überdurchschnittlich vertreten. Zu den Personengruppen zählen unter anderem: Personen mit prekären Arbeitsverhältnissen, Langzeitarbeitslose, AlleinverdienerInnen mit Kindern in Niedriglohnbranchen, Erwerbslose geschiedene Frauen, PensionistInnen in Einpersonenhaushalten (meist Witwen), AlleinerzieherInnen (mit oder ohne Erwerbseinkommen), MigrantInnen-Haushalte, stark überschuldete Personen, Mehrpersonenhaushalte mit drei oder mehr Kindern. Untersucht wird ob und wie stark diese Faktoren auch in Wien wirksam sind. Zudem werden Erwerbsmuster armutsgefährdeter Frauen detailliert dargestellt.

## Armutsgefährdung von Männern und Frauen

Die Armutsgefährdungsquote der Männer (16%) ist in Wien höher als die der Frauen (14%). Die niedrigste Armutsgefährdungsquote weisen Männer in den Bundesländern auf (12%). Allerdings wird bei dieser Analyse auf Haushaltsebene unterstellt, dass das Einkommen innerhalb von Haushalten mit Männern und Frauen gleich verteilt ist."

### Armutsgefährdung nach Geschlecht in Wien, den Bundesländern und Österreich

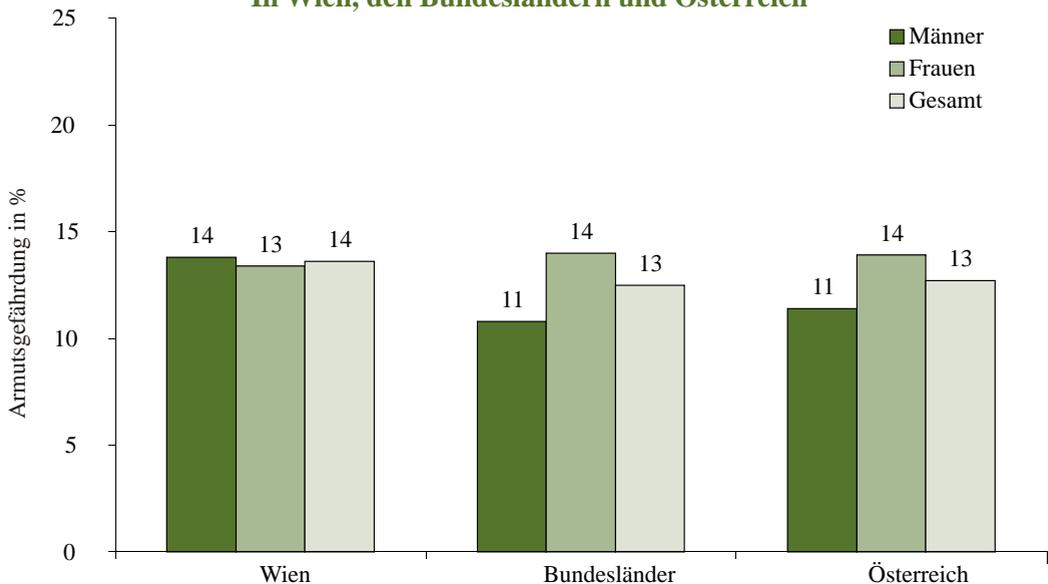


Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003, eigene Berechnungen

In diese Berechnung sind alle in der Erhebung erfassten Personen eingeschlossen Kinder ebenso wie Erwachsene. In einem nächsten Schritt wurden die Armutsgefährdungsquoten für Männer und Frauen berechnet, die über 14 Jahre alt sind.

Betrachtet man nur Personen über 14 Jahren, liegt die Armutsgefährdungsquote insgesamt niedriger. Auffallend ist die hohe Armutsgefährdung der Frauen in den Bundesländern (14%) im Vergleich zu den Männern (11%). In Wien besteht dieser Unterschied nicht. In der Bundeshauptstadt sind Männer offenbar eben so häufig armutsgefährdet wie Frauen. Die Armutsgefährdungsquote für Wien zeigt, dass insbesondere Kinder von Armut betroffen sind und im speziellen Buben.

### Armutsgefährdung von Männern und Frauen über 14 Jahre In Wien, den Bundesländern und Österreich



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003, eigene Berechnungen

Tatsächlich liegt die Armutsgefährdungsquote von Kindern unter 14 Jahren in Wien bei 22% - hier kann also von einem überdurchschnittlichem Armutsrisiko von Kindern gesprochen werden. Zudem sind die Buben (27%) deutlich häufiger armutsgefährdet als Mädchen (18%). Dieser Unterschied ist statistisch hoch signifikant. Das erklärt die höhere Armutsgefährdungsquote von männlichen Wienern in der ersten Tabelle. Die Armutsgefährdungsquote von Kindern unter 14 in den Bundesländern liegt bei 14%, Buben und Mädchen sind hier gleichermaßen gefährdet.

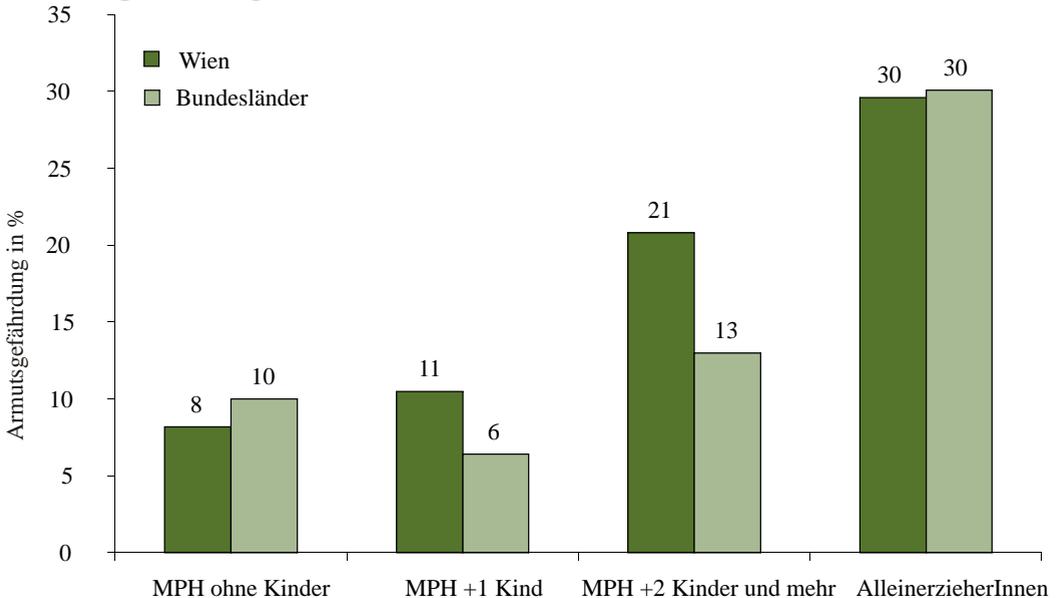
Eine genauere Analyse dieses eher unerwarteten und großstadtpeziifischen Phänomens, müßte die Erwerbstätigkeit der Eltern und insbesondere der Mütter berücksichtigen. Dazu wären auch spezifischere Daten über Knaben und Mädchen in Wien erforderlich. Eine Tendenz zeichnet sich jedoch im vorliegenden Datensatz ab: mehr Buben als Mädchen leben bei AlleinerzieherInnen, die zu den besonders armutsgefährdeten Gruppen zählen. Im Gegensatz dazu gibt es mehr Mädchen als Buben, die in Mehrpersonenhaushalten mit nur einem Kind leben - eine Gruppe, die unterdurchschnittlich armutsgefährdet ist.

## Lebensform und Haushaltstyp

### Haushalte mit Kindern

Die Liste der besonders armutsgefährdeten Lebensformen führen Alleinerziehende und besonders in Wien Mehrpersonenhaushalte mit zwei oder mehr Kindern an (hier ist die Verteilung von Buben und Mädchen etwa gleich).

#### Armutsgefährdung nach der Anzahl der Kinder im Haushalt Wien/ Bundesländer



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003, eigene Berechnungen

In Wien weisen Familien mit zwei oder mehr Kindern ein Armutsgefährdungsrisiko von 21% auf, in den Bundesländern sind es 13%. Verschärft wird diese Situation noch, wenn die Frau nicht erwerbstätig ist. Das höchste Armutsrisiko tragen die AlleinerzieherInnen. Sowohl in Wien als auch in den Bundesländern sind Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder und solche mit nur einem Kind unterdurchschnittlich armutsgefährdet.

Für Österreich besteht zum Thema Kinderarmut noch erheblicher Forschungsbedarf. Kinder sind für ihre Eltern (auch) ein Kostenfaktor, der den Lebensstandard entscheidend beeinflusst. Bezüglich dieser direkten Kinderkosten wird in einer aktuellen Studie des WIFO festgestellt: *„Ein wohlstandsäquivalenter Einkommensausgleich gegenüber einem kinderlosen Haushalt erfordert in einem AlleinerzieherInnenhaushalt pro Kind etwa 33% mehr Einkommen, in einem Zweierwachsenenhaushalt um rund 17% mehr. [...] AlleinerzieherInnen brauchen etwa EUR 520,- zusätzliches Einkommen pro Monat und Kind, um die Kinderkosten auszugleichen und das Wohlfahrtsniveau gegenüber einem Single aufrecht zu erhalten. In einem Zweierwachsenenhaushalt sind es rund EUR 480,- gegenüber einem Zweierwachsenenhaushalt ohne Kind.“* Darüber hinaus merken die AutorInnen der Studie an, dass durch Kinder auch indirekte Kinderkosten anfallen, etwa durch eingeschränkte

Verdienstmöglichkeiten aufgrund von Betreuungspflichten. Insgesamt bedeutet dies: „Familien mit Kindern verfügen über deutlich weniger Kaufkraft pro Kopf als kinderlose Personen oder Paare.“ (WIFO, 2003, S. 1)

### Haushaltstyp

Dem Konzept der Armutsgefährdung liegt die Einkommenssituation des gesamten Haushalts zu Grunde ein geschlechterspezifischer Vergleich des Armutsrisikos ist daher wenig aussagekräftig, wenn etwa Männer und Frauen in einem Haushalt zusammenleben. Um ein differenziertes Bild der Armutslagen von Männern und Frauen zu erhalten, wurde daher nach anderen Darstellungsweisen gesucht:

Eine Möglichkeit geschlechterspezifische Unterschiede herauszuarbeiten, ist die Gegenüberstellung von Einzelpersonen- bzw. Singlehaushalten.<sup>24</sup> Die Armutsgefährdungsquote alleinlebender Männer in Wien liegt bei 21% und somit deutlich über der alleinlebender Männer in den Bundesländern (16%). In Wien haben alleinlebende Männer (21%) eine höhere Armutsgefährdungsquote als alleinlebende Frauen (16%). Die Männer sind eine bisher wenig beachtete Risikogruppe in Wien, die in sich sehr heterogen ist. Zur Darstellung ihrer Lebenslagen besteht Forschungsbedarf. Die höchste Armutsgefährdungsquote mit 30% weisen alleinlebende Frauen in den Bundesländern auf. In Wien sind diese mit 16% wesentlich weniger armutsgefährdet.

### Armutsgefährdung von Single-Haushalten in Wien und in den Bundesländern



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003, eigene Berechnungen

<sup>24</sup> Personen, die in Heimen oder anderen Anstaltshaushalten leben werden hier nicht betrachtet, auch wenn viele der Alleinlebenden dieser Gruppe angehören. Die EU-SILC-Erhebung wird ausschließlich in Privathaushalten durchgeführt.

In der nächsten Tabelle wurden zum einen die Armutsgefährdungsquoten der verschiedenen Haushaltsformen sowie der Anteil der jeweiligen Formen an allen Armutsgefährdeten verglichen:

### Armutsgefährdung nach der Haushaltsform

	Wien		Bundesländer	
	Armuts- gefährdungsquote		Armuts- gefährdungsquote	
	in %	Anteil in %	in %	Anteil in %
Single Frauen	15	31	30	15
Single Männer	21	15	16	5
MPH ohne Kinder	8	17	10	27
AlleinerzierInnen	30	11	30	9
MPH + 1 Kind	11	12	6	10
MPH + 2 Kinder und mehr	21	32	13	34
Gesamt	15	100	13	100

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen

Die meisten alleinlebenden Frauen sind 65 Jahre oder älter. In Wien sind 47% dieser Frauen Pensionistinnen, in den Bundesländern sind es fast 60%. In Wien sind über 80% der alleinlebenden Männer zwischen 20 und 64 Jahre, das heißt sie sind im erwerbsfähigen Alter. In den Bundesländern sind 76% der alleinlebenden Männer in dieser Altersgruppe. Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder sind in Wien wie in den Bundesländern zumeist Haushalte mit Personen über 40 Jahren. Die AlleinerzieherInnen sind in beiden Regionen zwischen 20 und 64, ebenso die erwachsenen Personen in Haushalten mit einem Kind oder zwei oder mehr Kindern.

Mehrpersonenhaushalte mit zwei oder mehr Kindern (32%) und alleinlebende Frauen (31%) sind die größten Gruppen unter den Armutsgefährdeten in Wien. In den Bundesländern haben die Mehrpersonenhaushalte mit zwei oder mehr Kindern (34%) und Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder (27%) den größten Anteil.

Den niedrigsten Anteil an den Armutsgefährdeten in Wien haben AlleinerzieherInnen obwohl diese die am stärksten gefährdete Gruppe sind. Auch alleinlebende Männer, die 11% der Armutsgefährdeten Personen in Wien stellen, zählen mit 21% zu den erhöht armutsgefährdeten Gruppen. In den Bundesländern haben alleinlebende Männer mit 5% mit Abstand den geringsten Anteil an der armutsgefährdeten Bevölkerung.

Die höchste Armutsgefährdungsquote in Wien haben AlleinerzieherInnen mit 30%. In den Bundesländern sind AlleinerzieherInnen und alleinlebende Frauen (größtenteils Pensionistinnen) mit jeweils 30% am stärksten gefährdet. Die niedrigste Armutsgefährdungsquote in Wien haben Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder (in diesen leben die meisten Personen zwischen 20 und 64, also im erwerbsfähigen Alter) mit 8%. In den Bundesländern haben Mehrpersonenhaushalte mit einem Kind (6%) die niedrigste Armutsgefährdungsquote.

Das Bild der Armutsgefährdung der Wiener Frauen und Männer bleibt, wegen unterschiedlicher Faktoren, unvollständig. Zum Einen aufgrund der Messung von Armutsgefährdung durch die Einkommenssituation des gesamten Haushalts. Da in vielen Haushalten Männer und Frauen gemeinsam leben und über die Ressourcenverteilung im Haushalt anhand der uns zur Verfügung stehenden Daten keine Aussage getroffen werden kann, sind Unterschiede v. A. bei Einpersonenhaften festzustellen. Um ein genaues Bild der geschlechtsspezifischen Differenzen in der Armutsgefährdungsquote zu erhalten müsste auch berücksichtigt werden ob die Ressourcenverteilung im Haushalt zu Ungunsten der Frauen erfolgt.

Zum Anderen ist für bestimmte Haushalte mit erhöhtem Armutsrisiko eine Untererfassung anzunehmen. Das betrifft unter anderem Haushalte von MigrantInnen (z.B. aufgrund hoher Wohnungsmobilität), Haushalte mit Sozialhilfebezug und Menschen, die aufgrund physischer oder psychischer Probleme nicht auskunftsfähig sind. Die Situation von HeimbewohnerInnen und Wohnungslosen werden in einer Haushaltsbefragung überhaupt nicht erfasst.

### Familienstand

In einem nächsten Schritt wurden die Armutsgefährdungsquoten sowie der Anteil entsprechend dem Familienstand berechnet.

Alleinstehende das heißt ledige bzw. geschiedene, alleinlebende Personen sind zumeist jünger als 40 Jahre und zu etwa gleichen Teilen Männer und Frauen. Menschen die in einer Partnerschaft leben, also verheiratet sind oder eine Lebensgemeinschaft haben, sind überwiegend Personen zwischen 40 und 64 Jahren. Zwei Drittel von ihnen sind Männer, ein Drittel sind Frauen.

### Armutsgefährdung nach dem Familienstand

	Wien		Bundesländer	
	Armutsgefährdung in %	Anteil in %	Armutsgefährdung in %	Anteil in %
Alleinstehende	18	28	11	20
Partnerschaft	12	62	12	65
Partnerverlust	13	10	20	15
Gesamt	13	100	12	100

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen

Die Armutsgefährdungsquote ist in Wien bei den Alleinstehenden mit 18% am höchsten. In den Bundesländern ist die Armutsgefährdungsquote von Personen, die von Partnerverlust betroffen sind - hauptsächlich Witwen - mit 20% am höchsten. Für die Gesamtbevölkerung wurde gezeigt, dass Frauen nach Partnerverlust besonders stark benachteiligt sind (Till, 2006). Mit den für Wien verfügbaren Daten ist eine weitere Differenzierung nach Geschlecht statistisch nicht abgesichert. Der hohe Frauenanteil bei Personen mit Partnerverlust lässt aber darauf schließen, dass die Benachteiligung von Frauen in Wien geringer ausfällt, da diese Gruppe hier insgesamt nur durchschnittlich gefährdet ist. Den größten Anteil an den Armutsgefährdeten haben dennoch Personen, die in einer Partnerschaft leben, da dieser Familientyp auf den Großteil der Befragten zutrifft.

## Beschäftigungssituation armutsgefährdeter Frauen

Erwerbsarbeit ist eine der wesentlichsten Integrationsfaktoren in die Gesellschaft und als Einkommensquelle sowie aufgrund der Anbindung an wohlfahrtsstaatliche Ansprüche auch Schutz gegen Armut. Im Folgenden wird die Erwerbsintegration armutsgefährdeter Frauen in Wien dargestellt. Diese Darstellung ermöglicht es, Problemlagen von armutsgefährdeten Frauen im Erwerbsleben gesondert aufzuzeigen und Ansatzpunkte für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Integration armutsgefährdeter Frauen in den Arbeitsmarkt zu formulieren. Zwei Aspekte werden dabei besonders betrachtet: Erwerbsquote und Teilzeitquote.

Die Ergebnisse basieren auf den Daten der Studie „Leben und Lebensqualität in Wien II“ und beziehen sich auf Personen im Alter von 15-65 Jahren.

Die Erwerbsquote ist der Anteil der erwerbstätigen und arbeitslosen Personen an der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe. Die Teilzeitquote zeigt den Anteil jener Personen, die weniger als 36 Wochenstunden arbeiten.

In Wien waren im Jahresdurchschnitt 2004 58% der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren erwerbstätig.<sup>25</sup> Die Erwerbsquote - erwerbstätige Personen zuzüglich der Arbeitslosen - der Wiener Frauen in dieser Altersgruppe liegt bei 63 % (Statistik Austria, 2006b)<sup>26</sup> und ist damit geringfügig niedriger als in den restlichen Bundesländern (64%)<sup>27</sup>.

Männer sind generell stärker in den Arbeitsmarkt integriert als Frauen. In Wien ist die Erwerbstätigenquote der 15 bis 64 jährigen Männer (77%) geringer als in den übrigen Bundesländern (79%). Das ist vor allem auf die höhere Arbeitslosigkeit in Wien zurückzuführen. Probleme die mit dem Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit anscheinend einhergehen zeigt die geringe Erwerbsbeteiligung armutsgefährdeter Frauen.

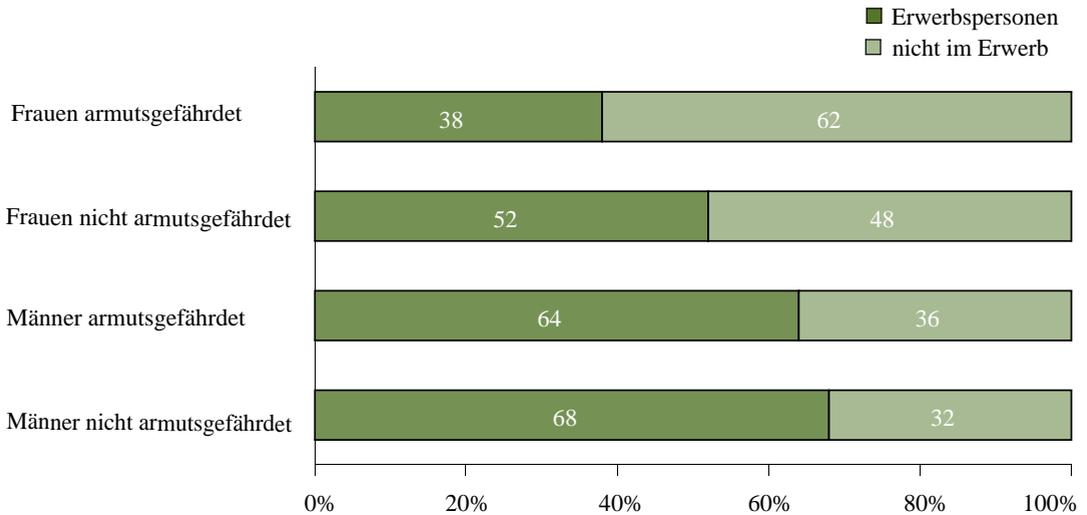
Die Daten der Studie ‚Leben in Wien II‘ zeigen etwas geringere Erwerbsquoten als die Arbeitskräfteerhebung von Statistik Austria, die nach dem Labor-Force-Konzept durchgeführt wird. Der Vorteil dieser Datenquelle ist jedoch, dass eine Untersuchung der Erwerbsbeteiligung nach Armutsgefährdung möglich ist.

<sup>25</sup>Das sind laut Mikrozensus: unselbständig Beschäftigte, Selbstständige oder mithelfende Angehörige.

<sup>26</sup>Labor-Force- Konzept (Bevölkerung in Privathaushalten ohne Präsenz und Zivildienst)

<sup>27</sup>Aufgrund des früheren Pensionseinstiegalters von Frauen wird in einigen Publikationen eine Altersgrenze bis 59 Jahren herangezogen. (Z.b. Stadt Wien MA 57 (HG.) 2005, 37; Wörister 2004) Unter diesen ist die Erwerbsquote der Frauen mit 75% in Wien geringfügig höher als in den Bundesländern mit 73%.

## Erwerbsbeteiligung armutsgefährdeter Personen in Wien nach Geschlecht



Quelle: IFES, Leben und Lebensqualität in Wien 2003, eigene Berechnung

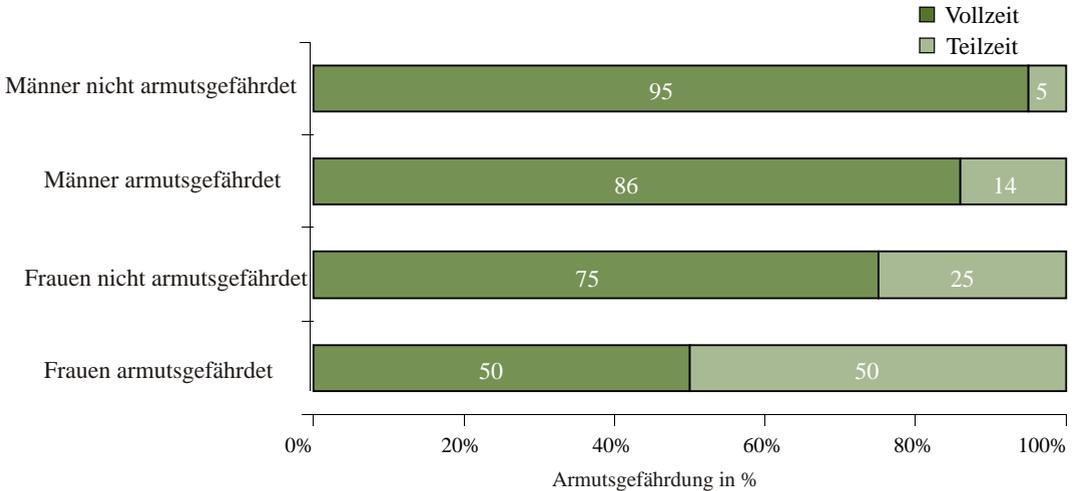
Nur 38 % der armutsgefährdeten Wiener Frauen sind Erwerbspersonen. Die übrigen 62 % umfassen Pensionistinnen, Studentinnen und Schülerinnen, Hausfrauen sowie Frauen in Karenz. Die Erwerbsquote der Frauen liegt generell unter jener der Männer und ist bei armutsgefährdeten Personen wesentlich niedriger. Dies gilt vor allem bei Frauen deren Erwerbsbeteiligung um 14 % geringer ist wenn der Haushalt armutsgefährdet ist. Bei Männern ist dieser Unterschied deutlich geringer (4 %). Die Erwerbsquote armutsgefährdeter Frauen entspricht nur der Hälfte der Erwerbsquote armutsgefährdeter Männer zwischen 15 und 64 Jahren.

### Teilzeitbeschäftigung

Die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen in Österreich ist auf einen, auch im EU-Vergleich, überdurchschnittlichen Anstieg an Teilzeitbeschäftigungen und geringfügigen Beschäftigungen von Frauen zurückzuführen (AK, 2005). Im Vergleich zu den Bundesländern ist der Teilzeitanteil unter den Frauen mit 27 % gering. Bei Männern ist die Teilzeitquote deutlich geringer, wobei sie in Wien (6%) höher ist als in den übrigen Bundesländern.

Die Daten von Leben in Wien II zeigen unter den armutsgefährdeten Frauen eine um die Hälfte höhere Teilzeitquote als unter den nicht armutsgefährdeten Frauen. Bei den armutsgefährdeten Männern ist die Teilzeitquote sogar um ein Drittel höher als unter den Nicht-Armutsgefährdeten.

### Armutsgefährdung bei Teilzeitbeschäftigung (alle Haushalte)



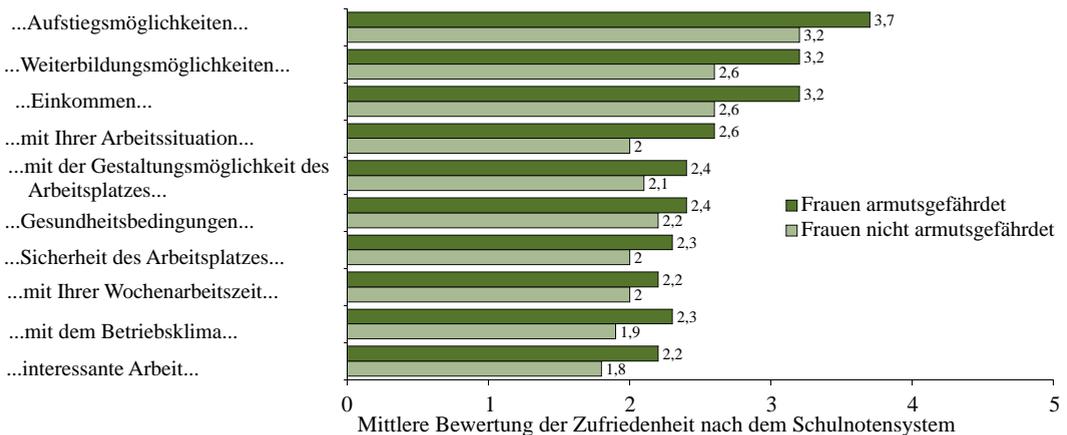
Quelle: IFES, Leben und Lebensqualität in Wien; 2003, eigene Berechnungen

Zusammenfassend zeigt sich, dass bei den beiden hier berücksichtigten Indikatoren die geringste Arbeitsmarktintegration bei armutsgefährdeten Frauen besteht: 64% der armutsgefährdeten Frauen sind nicht erwerbstätig.

### Deprivation nicht nur über das Einkommen

Armutsgefährdete Frauen sind gegenüber nicht armutsgefährdeten Frauen in allen Arbeitssituationen unzufriedener. Sie bewerten insbesondere ihre Aufstiegs- (3,7) und Weiterbildungsmöglichkeiten (3,2) negativ (nach dem Schulnotensystem von 1-5).

### Durchschnittliche Zufriedenheit der Wiener Frauen im Erwerbsleben



Quelle: IFES, Leben und Lebensqualität in Wien; 2003, eigene Berechnungen

Das deutet darauf hin, dass diese insbesondere niedrig qualifizierte Berufe ausüben. In der Informationsgesellschaft bzw. wissenschaftsbasierten Ökonomie werden veränderte Bildungs- und Ausbildungsanforderungen immer stärker zur Bedingung für die Integration in das Erwerbsleben. Armutsgefährdete Frauen können daran anscheinend nicht partizipieren.

## Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Frauen sind gegenüber den Männern in Wien nicht im selben Maße ökonomisch benachteiligt wie in den Bundesländern. Während die Armutsgefährdungsquote der Frauen in Wien und den Bundesländern annähernd gleich ist, ist die Armutsgefährdung der Wiener Männer um 4,5 % höher als für Männer in den Bundesländern. Das liegt an der höheren Armutsgefährdung der Buben unter 14 Jahren. Männer und Frauen im Erwerbsalter sind in Wien annähernd gleich betroffen. Es zeigt sich, dass im speziellen Buben zu den in Wien am stärksten armutsgefährdeten Gruppen zählen.

Risikogruppen, wie AlleinerzieherInnen und Familien mit mehreren Kindern, sind auch in Wien besonders armutsgefährdet. Im Vergleich zu den Bundesländern sind Familien mit zwei oder mehr Kindern sogar auffallend häufig armutsgefährdet. In Wien leben anteilmäßig deutlich mehr AlleinerzieherInnen, ihre Armutsgefährdungsquote ist aber nicht höher als in den Bundesländern. Die anteilmäßig größten Gruppen armutsgefährdeter Personen in Wien sind alleinlebende Frauen (31 %) - größtenteils Pensionistinnen - und Mehrpersonenhaushalte mit zwei oder mehr Kindern (32 %). Das verweisen auf Problemfelder des bestehenden Sozialsystems: Die geringere Teilnahme von (armutsgefährdeten) Frauen am Erwerbsleben und die hohe Zahl an teilzeitbeschäftigten Frauen, welche mit steigender Kinderzahl zunimmt, führen aufgrund niedriger Einzahlungen in den Sozialversicherungstopf im Alter zu niedrigeren Pensionen, die für sich genommen oft nicht existenzsichernd sind. (Heitzmann, 2001).

Die hier berücksichtigten Indikatoren zeigen, dass die geringste Arbeitsmarktintegration bei armutsgefährdeten Frauen besteht: 64% der armutsgefährdeten Frauen im Erwerbsalter sind nicht erwerbstätig. Mit einer erhöhten Integration in den Arbeitsmarkt könnte weiblicher Armutsgefährdung daher entgegengewirkt werden. Durch adäquate Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen und die Schaffung qualifizierter Teilzeitarbeitsplätze könnte dabei auch der Armutsgefährdung bei Teilzeitbeschäftigung vermindert werden.

Ein Problemfeld zu dem bisher wenig Material vorhanden ist, ist die hohe Kinderarmut (unter 14 Jahre), die in Wien bei 23%, und damit deutlich über der Kinderarmutsgefährdungsquote in den Bundesländern (14%) liegt. Um Geschlechterdisparitäten besser darstellen zu können und Forschungslücken im Hinblick auf Kinderarmut zu füllen, wäre eine nachfassende Datenerhebung für Wien empfehlenswert. Lohnende Themen und vertiefende Analysen im Zusammenhang mit Kindern wären: Untersuchungen zur Vulnerabilität von Buben, Bildungs- und Berufsentscheidungen speziell von Mädchen, Kinderbetreuung, sowie im allgemeinen die Vererbung von Bildungsungleichheiten und ihrer Auswirkungen. Zum Teil lässt sich an gut abgesicherte Forschungen anknüpfen (Bacher, 2003).

Bei dem Versuch, Frauenarmut und die Lebenslagen armutsgefährdeter Frauen zu betrachten, stießen wir auf das Problem, dass Armutsgefährdungsquoten über Haushalte gemessen werden und ein geschlechtsspezifischer Vergleich daher nicht durchführbar ist bzw. alternative Methoden heranzuziehen sind. Insbesondere Informationen über eine Ressourcenverteilung zwischen den Geschlechtern innerhalb des Haushaltes wären aufschlussreich.

**Heidi Cammerlander**  
Gemeinderätin

# **ÖSTERREICH BRAUCHT EINE NEUE POLITIK**

Steigende Verteilungskämpfe in einem der reichsten Länder der Welt sind Zeichen politischen Unvermögens. Alte Instrumente geben keine Antworten auf aktuelle Herausforderungen wie zunehmende Flexibilisierung am Arbeitsmarkt, atypische Beschäftigungsverhältnisse, mangelnde Umverteilung und fehlende Steuergerechtigkeit.

## ***Wir haben Alternativen:***

- bedarfsorientierte Grundsicherung
- neuer ArbeitnehmerInnenbegriff
- Steuerharmonisierung
- öffentliche Investitionen
- innovative Arbeitsmarktpolitik

**JETZT!**

[wien.gruene.at](http://wien.gruene.at)

# Migrantische Armutslagen

Anne Unterwurzacher

## Einleitung und Fragestellungen

Laut den Ergebnissen der EU-SILC Erhebung von 2003 lebt in Österreich über ein Viertel der MigrantInnen<sup>28</sup> in Armutsgefährdung (*Statistik Austria*, 2005, S. 31). Zusätzlich zur Einkommensarmut sind MigrantInnen auch in anderen Lebensbereichen von Ausgrenzung und mangelnden Teilhabechancen betroffen. Zur Analyse monetärer und nicht-monetärer Armut wird in Anlehnung an die deutsche Armutsberichterstattung auf das Konzept der Lebenslage zurückgegriffen (*Voges et. al*, 2003). Unter Bezugnahme auf dieses zentrale Konzept werden neben materiellen Problemlagen mögliche Defizite bzw. Unterversorgungslagen in zentralen Lebensbereichen wie etwa Schule, Erwerbstätigkeit, Wohnen und Gesundheit analysiert. Für diesen Zweck werden die bestehenden Datenquellen (EU-SILC 2003, LLIW II 2003) für eine Untersuchung migrationsspezifischer Lebenslagen nutzbar gemacht.

Im Hinblick auf die Lebenslagen von MigrantInnen sind die gesellschaftlich gewährten Teilhabechancen von besonderer Bedeutung. Die rechtlichen Rahmenbedingungen setzen die Grenze, innerhalb derer die gesellschaftliche Teilhabe von ausländischen StaatsbürgerInnen möglich ist. Schwellen des Ausschlusses ergeben sich vor allem aus dem ausländerrechtlichen Aufenthaltsstatus. Neben mangelnden politischen Teilhabemöglichkeiten ist auch der Zugang zum Arbeitsmarkt und zum System der sozialen Sicherung an den Einbürgerungsstatus bzw. an die Aufenthaltsdauer (z.B. Sozialhilfebezug in Wien) gebunden. Der empirische Befund, dass ausländische StaatsbürgerInnen besonders armutsgefährdet sind, lässt auch die Novelle des Staatsbürgerschaftsrechts 2005 problematisch erscheinen: Bei Bezug von Notstands- oder Sozialhilfe innerhalb der letzten drei Jahre bleibt ausländischen StaatsbürgerInnen die österreichische Staatsbürgerschaft verwehrt. Das österreichische Staatsbürgerschaftsrecht zieht also eine scharfe Trennlinie zwischen Zuzuwanderten und Einheimischen. Bei der Frage nach der Teilhabe oder Ausgrenzung von MigrantInnen ist daher immer zu berücksichtigen, dass sich die Lebenslagen von nicht-eingebürgerten MigrantInnen und Einheimischen nicht so ohne weiteres miteinander vergleichen lassen, da staatliche Institutionen über rechtliche Regelungen unterschiedliche „Versorgungslagen“ wesentlich mit beeinflussen (können). Ob staatliche Institutionen wie es *Bremer* (1999, S. 16) ausdrückt „Ausgrenzung in unterschiedlichen Lebensbereichen kompensieren vermögen, oder ob sie diese erst hervorrufen“ wird je nach gesellschaftlichem Mitgliedsstatus anders zu beantworten sein.

Neben den gesellschaftlichen Bestimmungsgründen, die kein weiterer Gegenstand der Analyse sein werden, gehen in Anlehnung an die internationale Forschung folgende individuelle Lebenslagendimensionen in die empirische Analyse ein: Erwerbstätigkeit, Bildung, Einkommen, Wohnen und Gesundheit. Die Zielsetzung des empirischen Teils des Berichtes lässt sich in folgende Detailfragestellung ausdifferenzieren:

<sup>28</sup> In den auf den EU-SILC Erhebungen basierenden Berichten über „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen“ werden MigrantInnen als Personen mit einer anderen als der österreichischen, EU- oder EFTA-Staatsbürgerschaft bezeichnet.

Sind MigrantInnen stärker von monetären Armutsrisiken und Unterversorgung in zentralen Lebensbereichen bedroht?

Existieren migrationsspezifische Problemlagen und kumulative Belastungen?

Findet eine ethnische Differenzierung statt?

### Kleines statistisches Zahlenporträt: MigrantInnen in Wien

Gegenüber der Volkszählung von 1991 ist die Wiener Bevölkerung im Jahre 2001 um 0,7 % auf 1.539.848 EinwohnerInnen gewachsen. Dieser Anstieg der Wiener Bevölkerung ist ausschließlich auf eine Zunahme der ausländischen MitbürgerInnen um 51.612 Personen zurückzuführen; die inländische Wohnbevölkerung hingegen hat in diesem Zeitraum um 41.337 Personen abgenommen (vgl. WIF, 2003, S. 7).

Laut Volkszählung von 2001 lebten in Wien 248.264 Personen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft, was einem Anteil von 16 % an der Stadtbevölkerung entspricht.

Personen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien sind mit 113.458 die größte Gruppe ausländischer Staatsangehöriger in Wien (45,7 %). An der gesamten Wiener Bevölkerung beträgt ihr Anteil 7,3 %.

#### Ausländische StaatsbürgerInnen in Wien nach Herkunftsländern

Staatsbürgerschaft	absolut	Anteil an allen STB in %	Anteil an ausl. STB in %
Österreich	1.301.859	84,0	
ausl. STB	248.264	16,0	100
davon			
ehem. Jugoslawien	113.458	7,3	45,7
Serbien/Montenegro	68.796	(4,4)	(27,7)
Bosnien-Herzegovina	21.638	(1,4)	(8,7)
Kroatien	16.214	(1,0)	(6,5)
Mazedonien	5.986	(0,4)	(2,4)
Slowenien	824	(0,1)	(0,3)
Türkei	39.119	2,5	15,8
EU 14	24.716	1,6	10,0
Deutschland	12.729	(0,8)	(5,1)
Beitrittsländer (ohne Slowenien)	23.246	1,5	9,4
Polen	13.648	(0,9)	(5,5)
Ungarn	4.135	(0,3)	(1,7)
Slowakei	3.312	(0,2)	(1,3)
Tschechien	2.113	(0,1)	(0,9)
andere Länder	47.545	3,1	19,2

Quelle: Statistik Austria 2003; eigene Berechnungen

Personen mit serbischem und montenegrinischem Pass sind die zahlenmäßig größte Gruppe innerhalb der ausländischen StaatsbürgerInnen (27,7 %). Die zweitgrößte Gruppe sind TürkInnen (15,8%) gefolgt von Personen aus Bosnien-Herzegovina und Kroatien. Mit rund 13.600 bilden polnische StaatsbürgerInnen die größte Personengruppe aus dem mittel- und osteuropäischen Raum. Der Anteil der EU 14 BürgerInnen in Wien beträgt 10 %, wobei mehr als die Hälfte von ihnen aus Deutschland stammt.

In der Volkszählung von 2001 wurde zum ersten Mal das Geburtsland der Befragten erhoben. Dies ermöglicht es, anhand amtlicher Daten Aussagen über den Migrationshintergrund österreichischer StaatsbürgerInnen treffen zu können. Von den 1.550.123 in Wien lebenden Personen wurden insgesamt 366.289 außerhalb Österreichs geboren, was einem Anteil von 23,6 % entspricht. Die zahlenmäßig wichtigsten Herkunftsländer sind: das ehemalige Jugoslawien (35 %), die Türkei (13%), Deutschland (7%) und Polen (7%).

Von den in Wien lebenden österreichischen StaatsbürgerInnen wurden 11,7 % im Ausland geboren. Demgegenüber wurden rund 14 % der ausländischen StaatsbürgerInnen in Österreich geboren (WIF, 2003); letztere sind demnach der 2. MigrantInnengeneration zuzurechnen.

Nach den jüngsten Berechnungen von *Waldrauch* und *Sohler* (2004) weisen rund 28,5 % der Wiener Bevölkerung einen Migrationshintergrund auf. Dies bedeutet, dass insgesamt rund 438.500 ausländische oder seit 1961 eingebürgerte Personen sowie deren Nachkommen in Wien leben.

## Theoretischer Hintergrund

Der Lebenslagenansatz weist im Vergleich zu Konzepten, die sich ausschließlich auf materielle Aspekte beziehen, eine mehrdimensionale Struktur auf. Neben der am Einkommen bemessenen Wohlstandsposition bestimmen auch Bildung, Arbeitslosigkeit, Gesundheit und soziale Netzwerke die Lebenslage einer Person. Mit dieser mehrdimensionalen Konzipierung wird versucht, einer inhaltlichen Reduzierung der Armutproblematik auf den Einkommensaspekt entgegenzuwirken. Dadurch gelangen die Grenzen des Handlungsspielraumes in den Blick, die durch eine gegebene Lebenslage bestimmt werden (*Voges et al.*, 2003). Die Überschuldung von Privathaushalten beispielsweise schränkt den Handlungsspielraum der betroffenen Haushalte sehr stark ein (*Allmedinger & Hinz*, 1999). Gesellschaftliche Teilhabe lässt sich somit „an den Chancen oder Handlungsspielräumen messen, eine individuell gewünschte und gesellschaftlich übliche Lebensweise zu realisieren.“ (*Bartelheimer*, 2004, S. 49).

Zu klären ist, welche Dimensionen für eine lebenslagenorientierte Berichterstattung notwendig sind und wo die Grenze zwischen einer noch „normalen“ Versorgungslage und einer Unterversorgung in dem jeweiligen Lebensbereich zu ziehen ist (*Engels*, 2006). In Anlehnung an *Hanesch et al.* (1994) und im Hinblick auf die verfügbaren Daten (EU-SILC 2003) wird der Fokus der vorliegenden Arbeit auf folgende Dimensionen gelegt:

- ⊙ Bildung und Erwerbstätigkeit spielen eine bedeutsame Rolle im Integrationsprozess von Personen mit Migrationshintergrund. Bildung, berufliche Qualifikation und Sprachkenntnisse sind die wesentlichsten Determinanten für die Stellung auf dem Arbeitsmarkt und des daraus resultierenden Einkommens. Eine Unterversorgung im Bereich Bildung kann in prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit einem erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko führen. Zudem fördern Bildung und Erwerbstätigkeit die Entfaltung der Persönlichkeit und die Entwicklung von personaler und sozialer Identität; sie sind auch Brücken für die Teilhabe am sozialen, politischen und kulturellem Leben der Aufnahme-gesellschaft (*Voges et al.*, 2003).

Das verfügbare Einkommen stellt eine der zentralen Lebenslagendimensionen dar. Monetäre Möglichkeiten bestimmen den Handlungsspielraum von Individuen maßgeblich und somit auch die Teilhabe- und Verwirklichungschancen des/der Einzelnen. Einkommensarmut geht häufig mit Benachteiligungen in anderen Lebensbereichen einher.

Wohnen ist neben Nahrung und Kleidung ein elementares Grundbedürfnis des Menschen. Notdürftiges Wohnen ist eine der Ursachen für eingeschränkte Teilnahme am durchschnittlichen gesellschaftlichen Leben (Voges et al., 2003).

In vielen Studien lässt sich ein Zusammenhang zwischen der sozialen Lage und Gesundheit beobachten (ÖBIG, 2002). Die mit der Schichtzugehörigkeit verbundene Einkommenslage aber auch die Wohnsituation und Erwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit gehören zu den die Gesundheit bzw. das Gesundheitsverhalten bestimmenden Faktoren. Umgekehrt kann ein schlechter Gesundheitszustand die berufliche Position und die Einkommenssituation negativ beeinflussen und in weiterer Folge zu einem sozialen Abstieg führen.

Neben der Analyse der genannten Lebensbereiche kommt es im Sinne einer umfassenden Beurteilung von Teilhabechancen auch darauf an, inwiefern MigrantInnen in mehreren Lebensbereichen gleichzeitig Nachteile erleiden. Deshalb werden die Analysen durch eine Untersuchung der Kumulation von Problemlagen ergänzt. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Dimensionen, Indikatoren und Unterversorgungsschwellen, die für diesen Bericht als zentral erachtet werden (Voges u.a., 2003; Statistik Austria, 2005).

### Problem- und Unterversorgungslagen in einzelnen Lebensbereichen

Lebenslagendimension	Indikator	Problem- bzw. Unterversorgungsschwelle
<b>Erwerbstätigkeit</b>	Erwerbsbeteiligung	Arbeitslosigkeit
<b>Bildung</b>	Schulabschluss	kein Schulabschluss
<b>Materielle Lebenslagen</b>	<b>Äquivalenzeinkommen</b>	< 60 % des Medians
<i>Einkommenserzielung</i>	· Wohnkostenbelastung	> 30 % des Haushaltseink. Haushalt kann sich grundlegende Dinge der Lebensführung nicht leisten
<i>Einkommensverwendung</i>	· Benachteiligung in <b>primären Bereichen</b> der Lebensführung <sup>1</sup>	
	- Benachteiligung in <b>sekundären Bereichen</b> der Lebensführung <sup>2</sup>	Erzwungener Verzicht auf als erstrebenswert geltende Güter
<b>Wohnen</b>		
<i>Wohnfläche</i>	m <sup>2</sup> pro Person	< 50 % der mittleren Wohnfläche
<i>Wohnungsprobleme und mangelhafte Ausstattung</i> <sup>3</sup>	kein Bad oder WC; Schimmel oder Feuchtigkeit; dunkle Räume; keine Waschmaschine	beim Auftreten von zumindest 2 Problemen
<i>Probleme im Wohnumfeld</i> <sup>4</sup>	Lärm; Luft- oder Wasserver-schmutzung; Kriminalität	beim Auftreten von zumindest 2 Problemen
<b>Gesundheitsprobleme</b> <sup>5</sup>	Gesundheitszustand: sehr schlecht – schlecht	beim Auftreten von zumindest 2 Problemen
	chronische Erkrankung	
	sehr schwere Beeinträchtigung durch Behinderung oder sonstige gesundheitl. Beeinträchtigung	

Quelle: <sup>1</sup> – <sup>5</sup>: vgl. Statistik Austria (2005, S. 39ff.)

Zur Beantwortung der Frage nach der sozialen Ausgrenzung von MigrantInnen wird eine zusätzliche Vorgehensweise gewählt. Als ein Indiz für Ausgrenzungsprozesse wird das Zusammenfallen von Einkommensarmut und Unterversorgung in anderen Lebensbereichen betrachtet: „*der extreme Mangel an finanziellen Mitteln, die gleichzeitig auch mit Defiziten und Unterversorgung in anderen Lebensbereichen verknüpft ist, entspricht einem Bild der Armut, das sich durch dauerhaft multiple Deprivation und eine umfassende Verfestigung der Ausgrenzungserscheinungen im Lebensverlauf auszeichnet...*“ (Hübinger, 1996, S. 180).

Hübinger (1996) spricht in diesem Zusammenhang von einer „konsistenten Armutslage“; andere Autoren wiederum nennen das Zusammenfallen von Einkommensarmut und Deprivation „doppelte Armut“ (Böhnke & Delhey, 2001) oder „verfestigte Armut“ (Statistik Austria, 2005). Folgendes Schema liegt der Analyse sozialer Ausgrenzungsprozesse konzipiert als das Zusammenwirken von monetären und nicht-monetären prekären Lebensbedingungen zu Grunde:

		Deprivation	
		nein	ja
Einkommensarm	nein	Nicht-Armut	Versorgungsarmut bzw. <i>mangelnde Teilhabe</i>
	ja	Einkommensarmut	doppelte Armut bzw. <i>verfestigte Armut</i>

Quelle: Böhnke & Delhey, 2001; Statistik Austria, 2005 (kursive Bezeichnungen)

Als Indikatoren für den Bereich der nicht-monetären Benachteiligung (= Deprivation) werden verwendet: Benachteiligung in primären und sekundären Bereichen der Lebensführung, Wohnungsprobleme und mangelhafte Ausstattung sowie Wohnumfeldprobleme (Statistik Austria, 2005; Redl, 2002).

### **Begriffliche Klärung: AusländerInnen versus MigrantInnen**

Die dauerhafte Niederlassung und die stark ansteigenden Einbürgerungen von AusländerInnen in den Einwanderungsländern machen das Kriterium der Staatsbürgerschaft als zentrales Erhebungskriterium in der amtlichen Datenerhebung zunehmend unbrauchbar. Beispielsweise wurden zwischen 1980 und 2000 rund 135.000 AusländerInnen mit Hauptwohnsitz Wien eingebürgert, was zur Folge hat, dass sich die statistische Spur dieser Gruppe einschließlich ihrer Nachkommen verliert (Antalovsky et al., 2002). Insbesondere im Hinblick auf die Frage nach den Mobilitäts- und Integrationsprozessen im Generationenverlauf ist die ausschließliche Verwendung des Staatsbürgerschaftskriteriums problematisch. Im Gegensatz zum AusländerInnenbegriff bezeichnet der Begriff MigrantIn „*eine Person die entweder selbst ihren Wohnsitz in ein anderes Land verlegt hat oder bei der dies zumindest auf ein Elternteil zutrifft*“ (ebd., S. 192). Im Unterschied zu den „unmittelbar“ Zugewanderten werden letztere als zweite Generation bezeichnet. Dies bedeutet, dass die Bezeichnung Person mit Migrationshintergrund auch dann zutreffen kann, wenn die betreffende Person im Aufnahmeland geboren ist und bei Geburt bereits die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt. Im Gegensatz zum Begriff AusländerInnen wird deutlich, dass Migration kein Prozess ist, der mit Erhalt des österreichischen Passes abgeschlossen ist.

EU-SILC 2003: Als MigrantInnen werden Personen bezeichnet, die entweder aktuell keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen oder eingebürgert wurden. Als österreichische StaatsbürgerInnen geborene Nachkommen von MigrantInnen sind nicht erfasst.

Bei der LLIW II – Erhebung sind mehr Informationen vorhanden, weshalb sich die Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund ausweiten lässt: Zum einen werden Personen, die nicht in Österreich geboren wurden, erfasst. Zum anderen beinhaltet die Gruppe der MigrantInnen, Personen mit Geburtsland Österreich, bei denen zumindest ein Elternteil zugewandert ist.

## Empirische Analyse: Individuelle Lebenslagen

Im empirischen Teil dieses Beitrages werden die als relevant erachteten Lebenslagen-dimensionen zunächst getrennt voneinander betrachtet; daran anschließend werden die einzelnen Lebenslagen im Hinblick auf eine eventuelle Kumulation von Problemlagen und Unterversorgung analysiert.

Eine Analyse migrantischer Lebenslagen, die auch den jeweiligen ethnischen Hintergrund berücksichtigen will, erfordert eine ausreichende Zahl an Befragten mit Migrationshintergrund aus den jeweiligen Ländern. Bei EU-SILC 2003 wurden in Wien insgesamt 194 Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, 105 Personen aus der Türkei und 152 Personen sonstiger Herkunft befragt.

Würden diese Personen nun zu einer einzigen Gruppe und zwar den Personen mit Migrationshintergrund zusammengefasst, könnte der Fall eintreten, dass extreme Gruppenlagen übersehen werden. Beispielsweise ist es möglich, dass eine Herkunftsgruppe eine geringe Armutsgefährdung oder eine sehr gute Ausbildung aufweist, während die andere ethnische Gruppe wesentlich stärker von Armut betroffen ist bzw. deutlich schlechter gebildet ist.

Um der Heterogenität der Zugewanderten gerecht zu werden, wird im empirischen Teil dieser Arbeit folgende Vorgangsweise getroffen: Bei Merkmalen auf der Haushaltsebene (Einkommen, Deprivation und Wohnaspekte) mit nur zwei Ausprägungen (z.B. Armutsgefährdung ja - nein), wird zwischen Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei und sonstiger Herkunft unterschieden. Bei Informationen über die Befragten selbst (z.B. Gesundheitszustand), werden Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien und türkischstämmige Befragte zu einer Gruppe zusammengefasst. Einheimische Personen und Befragte aus den EU-14 bzw. EFTA Ländern<sup>29</sup> befinden sich in einer Gruppe, da von sehr ähnlichen Lebenslagen ausgegangen werden kann.

### Bildung und Erwerbstätigkeit (EU-SILC 2003)

Bildung und Beruf spielen eine wesentliche Rolle für die soziale Positionierung von MigrantInnen im Aufnahmeland. Von daher liefert die Bildungs- und Erwerbsstruktur erste Hinweise auf die materiellen Lebenslagen von MigrantInnen.

<sup>29</sup> Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird diese Personengruppe im Folgenden nur mehr als die Einheimischen bezeichnet, obwohl es korrekterweise Einheimische und Befragte aus den EU 14 und EFTA-Ländern lauten müsste.

## Bildung und Erwerbstätigkeit von WienerInnen nach ihrer Herkunft, in %

	Einheimische, EU 14 und EFTA	Ehem. Jugosl. u. Türkei	Sonstige	Gesamt
<b>Bildung*</b>				
kein Schulabschluss	[1]	[12]	[2]	[2]
Pflichtschulabschluss	16	41	18	19
Lehre, mittlere Schule	46	36	31	44
Matura, Universität	37	11	49	35
<b>Erwerbstätigkeit (15- 64 Jahre)*</b>				
erwerbstätig	64	60	57	63
arbeitslos	6	14	[7]	8
nicht erwerbstätig	13	23	30	16
Pension	17	[3]	[5]	14

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen; ungewichtete Fallzahlen < 20 oder Randgruppen < 50 sind in [ ] ausgewiesen; Randgruppen < 20 in leeren [ ]; \* sig. p < 0,05

Die Tabelle zeigt, dass es zwischen der einheimischen und der migrantischen Bevölkerung erhebliche Bildungsunterschiede gibt. Rund 12 % der Personen mit türkischem oder ex-jugoslawischen Hintergrund haben keinen Schulabschluss, für weitere 41 % stellt der Pflichtschulabschluss die höchste abgeschlossene Schulbildung dar. Fasst man diese ersten beiden Kategorien zusammen, verlassen etwas mehr als die Hälfte der MigrantInnen aus den klassischen Anwerbeländern die Schule mit max. einem Pflichtschulabschluss. Die vergleichbaren Anteile sind bei den anderen Bevölkerungsgruppen deutlich niedriger: Max. Pflichtschulabschluss weisen 20 % der Personen sonstiger Herkunft und 17 % der Einheimischen auf.

Mit 49 % verfügen mehr Personen sonstiger Herkunft über einen höheren Bildungsabschluss (Matura, Universität) als Einheimische mit 37 %. Insofern zeigt sich, dass es sich bei diesen MigrantInnen um eine durchaus heterogene Gruppe aus unterschiedlichen Ländern mit jeweils anderen Ausgangsvoraussetzungen handelt. Die Zusammenfassung zu einer Gruppe ist notwendig, um statistisch gesicherte Ergebnisse zu erzielen. Vom inhaltlichen Standpunkt her ist dies nicht ganz unproblematisch.

Mit rund 64 % ist die Erwerbstätigkeitsquote bei den einheimischen Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) am höchsten. Personen aus Ex-Jugoslawien und der Türkei haben im Vergleich zu den anderen Bevölkerungsgruppen mit 14 % ein deutlich erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko. Bei den migrantischen Bevölkerungsgruppen im Erwerbsalter sind deutlich weniger Personen vorzeitig in Pension.

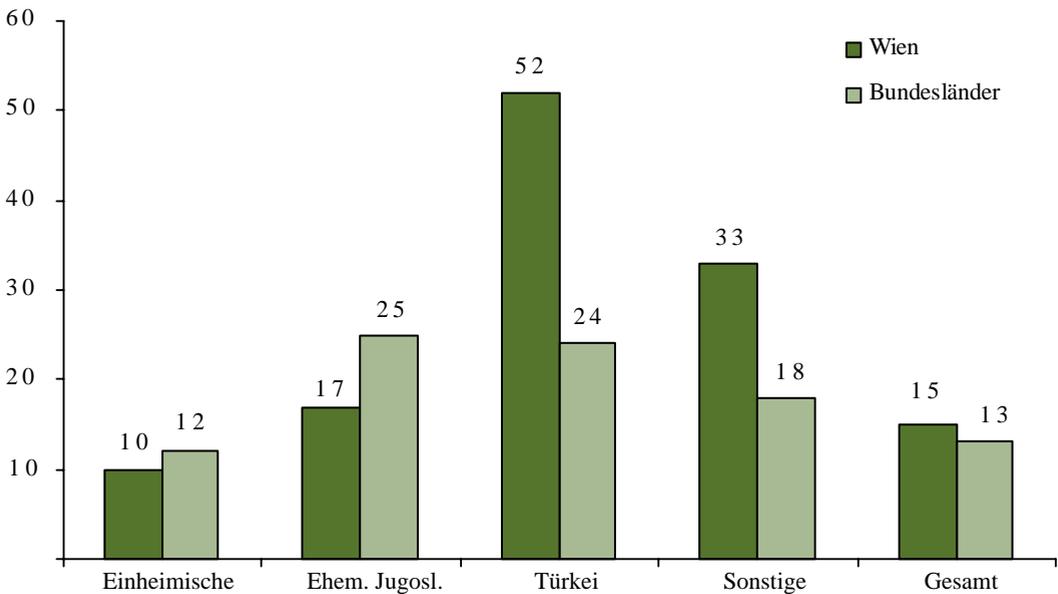
### Materielle Lebenslagen (EU-SILC 2003 und LLIW II 2003)

Materielle Lebenslagen werden wesentlich durch die Position am Arbeitsmarkt bestimmt. Hinsichtlich der Arbeitsmarktsituation von MigrantInnen wurde in Studien mehrfach auf die ethnische Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes aufmerksam gemacht (Faßmann et al., 1999; Biffl, 2000). Insbesondere Zugewanderte aus Drittländern (v. a. aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien) beschränken sich auf einige wenige Branchen, die in erster Linie im Niedriglohnbereich liegen. Anzunehmen ist, dass sich diese Konzentration in den niedrigqualifizierten Beschäftigungssegmenten entsprechend in prekären

materiellen Lebenslagen der Haushalte widerspiegelt. Ausgehend von dieser These werden im Folgenden die materiellen Lebenslagen, insbesondere das Armutsrisiko sowie Benachteiligung in primären und sekundären Bereichen der Lebensführung analysiert.

Die folgende Graphik, weist die Armutsgefährdung der jeweiligen Herkunftsgruppen aus. Zusätzlich werden die Wiener Ergebnisse denjenigen aus den Bundesländern gegenübergestellt, um das spezifische Armutsrisiko von Wiener MigrantInnen beurteilen zu können.

### Armutsgefährdungsquoten in % nach Herkunft in Wien und den Bundesländern



Quelle: Statistik Austria, EU SILC 2003; eigene Berechnungen

In Wien ist die Armutsgefährdung der türkischstämmigen Bevölkerungsgruppe dramatisch: Mehr als die Hälfte der Befragten dieser Herkunftsgruppe ist armutsgefährdet. Hingegen ist das Armutsrisiko von türkischstämmigen Personen, die in den Bundesländern leben, mit 24 % deutlich geringer, aber immer noch doppelt so hoch wie bei den Einheimischen (12 %).

Die Armutsgefährdung von MigrantInnen mit exjugoslawischem Hintergrund in Wien (17 %) zeigt, dass diese finanziell deutlich besser gestellt sind als türkischstämmige Personen. Im Vergleich zu den Einheimischen (10 %) hingegen bleibt ihr Armutsrisiko überdurchschnittlich. Anders als bei den übrigen Befragten gibt es bei Personen mit ex-jugoslawischem Hintergrund keine signifikanten regionalen Unterschiede in der Höhe der Armutsgefährdung ( $p > 0,05$ ).

Bei MigrantInnen sonstiger Herkunft ist der regionale Unterschied der Armutsgefährdung ähnlich wie bei MigrantInnen türkischer Herkunft: Das Armutsrisiko ist in Wien deutlich höher (33 %) als in den Bundesländern (18 %).

Die regional unterschiedlichen Armutsgefährdungsquoten werfen die Frage auf, ob sich migrantische Bevölkerungsgruppen aus der Türkei bzw. sonstiger Herkunft in ihrer sozialstrukturellen Zusammensetzung in Wien und den Bundesländern voneinander unterscheiden. Bei der türkischstämmigen Bevölkerung ist eine Analyse der Bildungs-

struktur, der Erwerbsbeteiligung und der Haushaltszusammensetzung mit den EU-SILC 2003 Daten aufgrund des zu geringen Stichprobenumfangs leider nicht möglich. Hinsichtlich der Altersstruktur unterscheiden sich türkischstämmige Personen in Wien nicht von jenen in den Bundesländern. Mit den Daten aus der Volkszählung 2001 lässt sich belegen, dass türkischstämmige Personen im Erwerbsalter in Wien mit 15,7 % häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als dies in den Bundesländern der Fall ist (9,5 %).<sup>30</sup>

Hinsichtlich ihrer Verteilung nach Altersgruppen, Bildungsqualifikation und Erwerbstätigkeit gibt es kaum Unterschiede zwischen den MigrantInnen sonstiger Herkunft in Wien und den Bundesländern. Für eine detaillierte Analyse der Haushaltszusammensetzung reicht die Anzahl der Befragten nicht aus.

Da es sich bei MigrantInnen sonstiger Herkunft um eine äußerst heterogene Gruppe handelt, könnten die regional unterschiedlichen Armutsgefährdungsquoten in Wien und den Bundesländern eventuell auch mit der ethnischen Zusammensetzung dieser Gruppe zusammenhängen. Diese These lässt sich jedoch anhand der vorliegenden Daten nicht untersuchen.

### **Die Struktur der Armutsgefährdung von MigrantInnen in Wien (LLIW II 2003)**

*Wroblewski* (1998) führt das deutlich höhere Armutsrisiko von Zugewanderten auf eine Kumulation von Risikofaktoren zurück. Dies bedeutet, dass für die Armutsgefährdung nicht einzelne Faktoren - wie etwa nicht-österreichische Staatsbürgerschaft - ausschlaggebend sind. Vielmehr weisen ausländische Haushalte häufiger, jene Charakteristika auf, die das Risiko der Armutsgefährdung erhöhen (hohe Kinderanzahl, niedrige Bildung und berufliche Stellung). Dieser Befund wirft die Frage auf, welche der migrantischen Haushalte besonders armutsgefährdet sind.

Für diese Fragestellung werden die Daten der LLIW II - Erhebung herangezogen, da die EU-SILC 2003 Daten aufgrund des zu geringen Stichprobenumfangs für die einzelnen Herkunftsländer keine weitere Differenzierung nach soziodemographischen Merkmalen zulassen.

Mit den LLIW II 2003 Daten lassen sich für bestimmte Bevölkerungsgruppen sehr ähnliche Armutsgefährdungsquoten ermitteln lassen. Mit 52 % entspricht die Armutsrate bei der türkischstämmigen Bevölkerungsgruppe exakt jener aus dem EU-SILC 2003 Datensatz. Das Gleiche gilt für die Gruppe der Einheimischen (10 %). Für die Bevölkerung aus dem ehemaligen Jugoslawien ergibt sich mit 24 % eine vergleichsweise höhere Armutsgefährdung (EU-Silc 2003: 17 %). Die Gruppe der Personen sonstiger Herkunft wurde anders als in der EU-SILC Auswertung noch weiter aufgesplittet und zwar in Zugewanderte aus den neuen EU-Mitgliedsländern (exkl. Slowenien) und in eine Restkategorie, die die sonstigen Herkunftsländer umfasst. MigrantInnen aus den neuen EU-Ländern weisen mit rund 13 % die niedrigste Armutsquote innerhalb der MigrantInnenpopulation auf; die Armutsgefährdung der Zugewanderten sonstiger Herkunft ist mit 25 % deutlich höher.

Die Einbürgerung reduziert bei den Zugewanderten das Armutsrisiko, dieses bleibt aber auch nach der Einbürgerung höher als bei Einheimischen. Bei den türkischstämmigen Befragten hingegen ist keine signifikante Reduzierung des Armutsrisikos nach der Einbürgerung bemerkbar.

<sup>30</sup>Diese Daten stammen aus dem Projekt „Angeworben, hiergeblieben, aufgestiegen“, welches von Hochgerner Josef und Herzog-Punzenberger Barbara finanziert aus Mitteln des Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die ÖAW durchgeführt wird (<http://www.zsi.at>). Neben der Staatsbürgerschaft und dem Geburtsland wird in diesem Projekt die Umgangssprache zur Ermittlung des Migrationshintergrundes herangezogen.

Dieser Befund wirft die Frage auf, welche besonderen Barrieren und Hindernisse beim Zugang zum Arbeitsmarkt für die Gruppe der eingebürgerten Personen türkischer Herkunft trotz Wegfall der arbeitsrechtlichen Zugangsbeschränkungen bestehen. Denkbar wäre, dass Personen türkischer Herkunft zusätzlich zu ihrer geringeren Ausstattung mit Humankapital und etwaigen schlechteren Deutschkenntnissen verstärkt Mechanismen ethnischer Diskriminierung beim Arbeitsmarktzugang unterliegen (z.B. besondere Vorbehalte gegenüber muslimischen Bevölkerungsgruppen; z.B. Kopftuch bei Frauen), die auch durch die Einbürgerung nicht kompensiert werden können.

### Armutsgefährdung und relatives Risiko der Armutsgefährdung der WienerInnen nach Herkunft und soziodemographischen Merkmalen

	Einheimische <sup>1)</sup>	Ehem. Jugosl. <sup>2)</sup>	Türkei	neue EU-Länder	Sonstige
	Armuts-gefährdung in %		relatives Risiko <sup>3)</sup>		
<b>Alter</b>					
bis 19 Jahre	18	1,7	3,3	1,3	2,0
20 - 39 Jahre	10	2,6	4,7	1,5	2,6
40 - 59 Jahre	7	2,1	6,4	1,6	2,6
60+ Jahre	7	[3,0]	[8,1]	[1,0]	[1,6]
<b>Haushaltszusammensetzung</b>					
EPH	11	2,5	2,6	1,2	1,9
MPH ohne Kinder	6	2,6	6,1	1,5	1,7
Alleinerziehend	34	[1,2]	[]	[]	[0,8]
MPH + 1 Kind	10	2,0	3,8	1,6	3,1
MPH + 2 Kinder	11	3,2	5,2	[1,7]	4,0
MPH + 3 und mehr Kinder	34	1,2	2,2	[1,0]	1,4
<b>Bildungsstatus (ab 15. Jahre)</b>					
max. Pflichtschulabschluss	16	1,6	3,3	1,5	1,7
Lehre, mittlere Schule	8	2,6	4,0	1,1	3,0
Matura	9	2,1	5,3	[1,3]	2,9
Universität, Fachhochschule	5	[3,4]	[7,2]	[1,8]	2,6
<b>Erwerbsstatus (15 - 64 Jahre)</b>					
erwerbstätig inkl. Karenz	5	3,4	7,2	1,6	3,0
arbeitslos	38	1,2	1,7	1,4	1,5
nicht erwerbstätig	14	1,9	4,4	[1,4]	[2,2]

Quelle: LLIW II 2003, eigene Berechnungen, ungewichtete Fallzahlen < 20 oder Randgruppen < 50 sind in [] ausgewiesen, Randgruppen < 20 in leeren []; <sup>1)</sup> inkl. EU14/EFTA; <sup>2)</sup> inkl. Slowenien <sup>3)</sup> Relatives Risiko = Quote AusländerInnen/ Quote der Einheimischen

Bei den Einheimischen lässt sich feststellen, dass das Armutsrisiko mit zunehmendem Alter sinkt. Demgegenüber bestätigt sich mit den vorliegenden Daten die bereits mehrfach in Studien festgestellte prekäre materielle Lebenslage von älteren GastarbeiterInnen<sup>31</sup>: die über 60jährigen Befragten aus dem ehemaligen Jugoslawien weisen eine 3-mal so hohe Armutsgefährdung wie die gleichaltrigen Einheimischen auf, bei den älteren Befragten aus der Türkei ist das relative Risiko etwas mehr als 8-mal so hoch.

<sup>31</sup>vgl. etwa *Reinprecht* (2003)

Im Vergleich zu den Einheimischen sind türkischstämmige Befragte aus Mehrpersonenhaushalten mit 2 Kindern in etwa 5-mal so armutsgefährdet.

Kinderreiche Familien (3 und mehr Kinder) haben in Wien unabhängig von der Herkunft ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko. In besonders starkem Ausmaß gilt dies jedoch für türkischstämmige Befragte: leben diese in kinderreichen Haushalten ist ihre Armutsgefährdung im Vergleich zu den Einheimischen doppelt so hoch.

Generell gilt Bildung als ein das Armutsrisiko reduzierender Faktor. Die Formel „je höher die Bildung, desto geringer die Armutsgefährdung“ lässt sich mit den vorliegenden Daten für die Gruppe der Einheimischen bestätigen. Auffällig ist demgegenüber, dass auch die besser gebildeten türkischstämmigen Befragte deutlich höhere Armutsraten aufweisen als Einheimische: bei den türkischstämmigen Personen mit Matura ist das Risiko in etwa fünfmal so hoch; UniversitätsabsolventInnen weisen sogar eine sieben mal so hohe Armutsgefährdung auf.

Dieser Befund weist daraufhin, dass höher qualifizierte Personen türkischer Herkunft einem Prozess der Dequalifikation unterliegen, sie also trotz guter Ausbildung nicht in besser bezahlte Arbeitsmarktsegmente vordringen können. Eine Studie von *Gächter* (2006) belegt das Ausmaß der Dequalifizierung von Zugewanderten in Österreich anhand der Volkszählungsdaten von 2001. Besonders häufig von Qualifikationsaberkennung betroffen sind Personen mit Herkunft (Geburt oder Staatsbürgerschaft) aus Drittländern: *„Fast jede(r) zweite beruflich oder schulisch Aktive in erwerbsfähigem Alter mit Herkunft von außerhalb der EU ist für ihre oder seine Tätigkeit überqualifiziert!“* (*Gächter*, 2006, S. 1)

Arbeitslosigkeit erhöht das Armutsrisiko unabhängig von der Herkunft zwar beträchtlich. Der armutsreduzierende Effekt der Erwerbstätigkeit ist jedoch bei den Befragten türkischer Herkunft am geringsten ausgeprägt: die Armutsgefährdung von türkischstämmigen Erwerbstätigen ist im Vergleich zu den Einheimischen um etwas mehr als das siebenfache erhöht. Zugewanderte sind insgesamt häufiger von „Working Poor“ betroffen als Einheimische; in besonderem Maße gilt dies für die türkischstämmige Bevölkerungsgruppe.

### **Einkommensverwendung: Mietkostenbelastung und Benachteiligung in primären und sekundären Bereichen der Lebensführung**

*Voges et.al.* (2003) nennen die Disponibilität bei der Verwendung des Einkommens als wesentliche Voraussetzung für eine angemessene gesellschaftliche Teilhabe. Ist der Anteil der Fixkosten am Haushaltsnettoeinkommen hoch, so steht nur ein geringer Anteil des Einkommens zur freien Verfügung, was wiederum die Realisierung von Lebenschancen einschränkt. Darüber hinaus werden Einkommensdisparitäten unter dem Blickwinkel der Benachteiligung in primären und sekundären Bereichen der Lebensführung analysiert.

## Mietkostenbelastung und Benachteiligung in primären und sekundären Bereichen Nach Herkunft, in %

materielle Lebenslagen	Einh. <sup>1)</sup>	Ehem. Jugosl.	Türkei	Sonstige	Gesamt
Einkommensverwendung					
Wohnkostenbelastung*	11	[3]	[18]	21	11
Benachteiligung in primären Bereichen der Lebensführung ist nicht in der Lage:	11	18	41	[13]	13
unerwartete Ausgaben zu tätigen eine Woche Urlaub an einem anderem Ort verbringen	30	70	77	50	38
bei Bedarf neue Kleider kaufen	19	34	53	37	24
jeden zweiten Tag Fleisch, Huhn, Fisch oder entspr. vegetarisches Gericht	11	15	29	[11]	12
die Wohnung angemessen warm halten	8	12	27	[8]	9
ist mit Zahlung im Rückstand	4	[6]	[14]	[6]	5
Benachteiligung in sekundären Bereichen der Lebensführung kann sich nicht leisten:	3	11	[17]	[8]	5
DVD	8	21	24	20	11
Internet	13	26	32	27	16
PKW	11	27	36	26	15
Geschirrspülmaschine	11	14	23	22	13
PC	8	21	25	15	11
Handy	8	21	20	19	11
	3	[3]	[ ]	[5]	3

Quelle: Statistik Austria; EU SILC 2003; eigene Berechnungen; ungewichtete Fallzahlen < 20 oder Randgruppen < 50 sind in [ ] ausgewiesen; Randgruppen < 20 in leeren [ ]; \* Wohnkosten > 30 % des Haushaltseinkommens <sup>1)</sup> inkl. EU 14/EFTA

Die Tabelle zeigt, dass Personen sonstiger und türkischer Herkunft vergleichsweise häufig mehr als 30 % ihres Haushaltseinkommens für Miete ausgeben, während dies auf nur 3 % der Personen ex-jugoslawischer Herkunft zutrifft. Bei den Einheimischen liegt der vergleichbare Anteil bei 11 %.

Einheimische Befragte weisen in fast allen primären Bereichen der Lebensführung geringere Deprivationsraten auf als die Personen aus den klassischen Anwerbeländern. Besonders auffällig ist, dass Personen türkischer Herkunft (77 %) und Personen ex-jugoslawischer Herkunft (70 %) sehr häufig nicht in der Lage sind, unerwartete Ausgaben zu tätigen.

Auch in sekundären Bereichen der Lebensführung sind Personen mit migrantischem Hintergrund größtenteils benachteiligt. Einzig Handys sind unter Zugewanderten und Einheimischen gleichermaßen verbreitet.

Um ein gesamtes Bild über das Ausmaß der Deprivation der Befragten zu gewinnen, wurden zwei Deprivationsindizes gebildet. Als in den jeweiligen Bereichen benachteiligt gelten die Befragten, wenn zumindest drei der genannten Problembereiche auftreten bzw. sie sich drei der genannten Güter nicht leisten können.

Mit rund 41 % ist die türkischstämmige Bevölkerungsgruppe am stärksten von Benachteiligung in primären Bereichen der Lebensführung betroffen. Anders als aufgrund der hohen Armutsgefährdungsquote zu erwarten wäre, fällt die Benachteiligung in sekundären Bereichen der Lebensführung mit rund 24 % im Vergleich zu den anderen MigrantInnengruppen weniger deutlich aus als jene in primären Bereichen der Lebensführung. Personen ex-jugoslawischer und sonstiger Herkunft sind etwas stärker in sekundären als in primären Bereichen benachteiligt.

### Wohnen (EU-SILC 2003)

Wohnbedingungen sind ein wichtiger Indikator für die gesellschaftliche Teilhabe von Zugewanderten. Der jeweilige Lebensstandard bestimmt wesentlich die Qualität der Wohnung und der Wohngegend. Ungünstige materielle Lebensbedingungen werden sich dementsprechend in einer schlechteren Wohnsituation niederschlagen. Ausgehend von dieser These werden im Folgenden Daten über das Rechtsverhältnis bezüglich der Wohnungsnutzung, die Wohnfläche, Wohnkosten, Wohnungsausstattung sowie Probleme im Wohnumfeld präsentiert.

#### Wohnmerkmale nach Herkunft, in %

Lebenslagendimension:		Ehem.			
Wohnen	Einh. <sup>2)</sup>	Jugosl.	Türkei	Sonstige	Gesamt
Rechtsverhältnis:					
Wohnungseigentum	26	[8]	[7]	[13]	22
Wohnfläche < 15,5 m <sup>2</sup> /Person <sup>1)</sup>	5	29	60	15	11
Wohnungsprobleme und mangelhafte Ausstattung (mind. 2 Probleme)					
Schimmel oder Feuchtigkeit	12	22	[19]	14	13
dunkle Räume	7	22	[16]	[9]	9
kein Bad, Dusche oder WC	4	21	33	[8]	8
keine Waschmaschine	3	[9]	[12]	[3]	4
Probleme im Wohnumfeld (mind. 2 Probleme)					
Lärm~	33	28	31	29	33
Kriminalität	21	13	[16]	[10]	19
Luft- oder Wasserverschmutzung~	12	15	[16]	[12]	12
Preis pro m <sup>2</sup> in Euro	4,6	5,2	5,5	6,0	4,8

Quelle: Statistik Austria; EU SILC 2003; eigene Berechnungen; ungewichtete Fallzahlen < 20 oder Randgruppen < 50 sind in [ ] ausgewiesen; Randgruppen < 20 in leeren [ ]; ~ n. sign. (p > 0,05); 150 % vom Median der in Wien pro Person verfügbaren Wohnfläche 2) inkl. EU 14/EFTA

Der Erwerb einer Immobilie im Eigentum kann als Zeichen eines gewissen Wohlstandes aufgefasst werden, da er eng mit Vermögensbildung und Kreditwürdigkeit zusammenhängt. Die Eigentumsquoten spiegeln die materiellen Lebenslagen wider: Im Vergleich zu den Einheimischen besitzen migrantische Haushalte in deutlich geringerem Ausmaß eine Wohnung.

Die Wohnfläche pro Person gilt als ein wesentlicher Wohlfahrts- bzw. Armutsindikator. Eine ausreichend große Unterkunft wird in Österreich als so wichtig angesehen, dass für den Zuzug nach Österreich eine bestimmte Minimalfläche für die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung erforderlich ist<sup>32</sup> (*Statistik Austria*, 2006).

Als Basis für die Unterversorgung mit Wohnraum wurde die Wohnfläche pro Kopf herangezogen. Als unterversorgt gelten jene Haushalte, die weniger als 50 % des Medians der Wohnfläche aller Wiener Befragten (< 15,5 m<sup>2</sup>) zur Verfügung haben. Aus der oben stehenden Tabelle wird deutlich, dass die türkischstämmige Bevölkerungsgruppe mit rund 60 % besonders häufig in beengten Wohnverhältnissen leben. Befragte mit ex-jugoslawischem Hintergrund sind deutlich besser gestellt als Befragte mit türkischem Hintergrund. Im Vergleich zu den Einheimischen hingegen leben aber auch sie deutlich beengter (29 % vs. 5 %).

Hinsichtlich der Wohnungsausstattung fällt auf, dass türkischstämmige Befragte mit 33 % am häufigsten über fehlende sanitäre Anlagen in ihrer Wohnung berichten. Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien leben ebenfalls deutlich häufiger in Substandardwohnungen als Einheimische (21 % vs. 4 %).

Die Tabelle zeigt auch, dass rund ein Viertel der Befragten mit ex-jugoslawischen Hintergrund von Wohnungsproblemen und mangelhafter Ausstattung (zumindest zwei der genannten Problembereiche treten auf) betroffen sind, gefolgt von Personen sonstiger Herkunft (21%) und türkischer Herkunft (16 %). Die Gruppe der Einheimischen hingegen ist nur zu einem sehr geringen Anteil von Problemen und Mängeln in der Wohnung betroffen (4 %).

Hinsichtlich der Probleme im Wohnumfeld zeigt sich ein unerwartetes Ergebnis: Die einheimischen Befragten sind laut eigenen Angaben mit rund 19 % ähnlich häufig von zumindest zwei Problembereichen betroffen wie türkischstämmige Befragte und Befragte sonstiger Herkunft. Betrachtet man die einzelnen Problembereiche sind Einheimische im vergleichbaren Ausmaß von Lärm betroffen; Kriminalität empfinden sie als ein größeres Problem.

Für dieses unerwartete Ergebnis gibt es zwei Interpretationen: Möglicherweise sind die Wohnquartiere bzw. die Wohnumfeldbedingungen der MigrantInnen in Wien jenen der Einheimischen ähnlicher als vermutet.<sup>33</sup> Denkbar wäre aber auch, dass bei diesen Fragen ein interkulturell unterschiedliches Antwortverhalten vorliegt, es also verschiedene Auffassungen darüber geben könnte, was als Lärm oder auch als Kriminalität empfunden wird.

Betreffend der Wohnkosten pro m<sup>2</sup> bestätigen die Ergebnisse Befunde aus anderen Studien: Personen mit Migrationshintergrund zahlen im Durchschnitt einen höheren Preis pro m<sup>2</sup> als Einheimische. Am teuersten wohnen Personen sonstiger Herkunft gefolgt von türkischstämmigen Personen. Es lässt sich also festhalten, dass Personen türkischer und ex-jugoslawischer Herkunft trotz ihrer im Schnitt schlechter ausgestatteten Wohnungen mehr pro m<sup>2</sup> zahlen als Einheimische. Personen sonstiger Herkunft zahlen bei durchschnittlich gleicher Wohnungsausstattung deutlich mehr als die Einheimischen.

<sup>32</sup>Im Gesetzestext wird dies als Nachweis einer ortsüblichen Unterkunft bezeichnet.

<sup>33</sup>Die Wohnquartiere der Zugewanderten und der Einheimischen dürften in Wien zumindest ähnlicher sein als dies in anderen Weltstädten der Fall ist.

## Gesundheit (EU-SILC 2003 und LLIW II 2003)

MigrantInnen sind aufgrund ihrer spezifischen Lebens- und Erwerbsbedingungen stärker gesundheitlichen Risiken ausgesetzt als Einheimische. Kennzeichnend für diese migrantischen Lebenslagen sind belastende Arbeitsbedingungen, schlecht bezahlte Arbeitsplätze und ein hohes Entlassungsrisiko aufgrund der Konzentration in konjunkturell stärker schwankenden Beschäftigungsbranchen (ÖBIG, 2002). Hinzu kommen schlechte Wohnbedingungen, aufenthaltsrechtliche Schlechterstellung sowie Diskriminierungserfahrungen als Minoritätsangehörige.

Zudem konnte in einer Studie über „Gesundheit und medizinische Versorgung von ImmigrantInnen“ aufgezeigt werden, dass zwischen ÖsterreicherInnen und MigrantInnen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien Diskrepanzen im Gesundheitsverhalten bestehen.

Im Vergleich zu den ÖsterreicherInnen achten diese weniger auf eine gesundheitsbewusste Ernährung und weisen ein geringeres Ausmaß an körperlichen Aktivitäten auf (Amesberger et al., 2003). Als weiterer nachteiliger Punkt ist zu nennen, dass der Zugang zu den Gesundheitsinstitutionen durch fehlende Deutschkenntnisse und Informationsmängel auf Seiten der Zugewanderten sowie durch mangelhaftes interkulturelles Wissen auf Seite der GesundheitsexpertInnen erschwert wird.

### Gesundheitliche Aspekte nach Herkunft, Prozentangaben

Lebenslagendimension: Gesundheit	Einh. <sup>1)</sup>	Ehem. Jugosl. u. Türkei	Sonstige	Gesamt
gesundheitliche Beeinträchtigung (mindestens 2 Probleme)	15	12	[4]	14
allgemeiner Gesundheitszustand: sehr schlecht - schlecht	12	12	[3]	11
durch Behinderung stark beeinträchtigt	14	11	[5]	13
chronisch krank	27	20	[14]	25

Quelle: Statistik Austria; EU SILC 2003; eigene Berechnungen; ungewichtete Fallzahlen < 20 oder Randgruppen < 50 sind in [ ] ausgewiesen; Randgruppen < 20 in leeren [ ] <sup>1)</sup> inkl. EU 14/EFTA

Die These, dass insbesondere MigrantInnen, die im Zuge der Gastarbeiterphase angeworben wurden, stärker gesundheitlich beeinträchtigt sind, wird anhand einiger Daten aus der EU-SILC 2003 Erhebung überprüft.

Anders als erwartet sind Einheimische mit 15 % etwas häufiger gesundheitlich beeinträchtigt als MigrantInnen aus den klassischen Anwerbeländern mit 12 %. Am geringsten beeinträchtigt erweisen sich Personen sonstiger Herkunft mit 4 %.

Dieses auf den ersten Blick erstaunliche Ergebnis ist vermutlich auf die Altersstruktur der migrantischen Bevölkerungsgruppen zurückzuführen. Das durchschnittliche Alter der Befragten zeigt, dass es sich bei den migrantischen Befragten tatsächlich um vergleichsweise „junge Bevölkerungsgruppen“ handelt: die einheimischen Befragten sind im Durchschnitt 49 Jahre alt, Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien 41 Jahre, Personen aus der Türkei 35 Jahre und Personen sonstiger Herkunft 42 Jahre.<sup>34</sup>

<sup>34</sup>Es wurden nur diejenigen Befragten berücksichtigt, für die Gesundheitsangaben vorliegen.

Die oben genannte These, muss daher modifiziert werden: Aufgrund ihrer ungünstigeren Lebensbedingungen sind MigrantInnen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien in der späteren Lebensphase stärker mit gesundheitlichen Problemen konfrontiert. Die Daten aus EU-SILC 2003 lassen eine altersspezifische Auswertung der Gesundheitssituation aufgrund der zu geringen Stichprobengröße nicht zu. In der folgenden Tabelle werden daher Daten aus der LLIW II Erhebung präsentiert, wobei die über 50jährigen als ältere Personen bezeichnet werden. Diese relativ niedrige Altersgrenze folgt der Praxis der internationalen Forschung, in der davon ausgegangen wird, dass altersbezogene Probleme im Kontext der Migration früher einsetzen.

### Gesundheitszustand der WienerInnen nach Herkunft und Altersgruppen

	Einh. <sup>1)</sup>	Ehem. Jugosl. <sup>2)</sup>	Türkei	neue EU-Länder	Sonstige	Gesamt
bis 30 Jahre	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8	1,7
31 - 49 Jahre	1,9	2,2**	2,2**	1,7	1,8 *	1,9
50 und mehr Jahre	2,4	2,7**	3,0**	2,4	2,1 *	2,4

Quelle: LLIW II 2003; eigene Berechnungen; \*  $p < 0,01$ , \*\*  $p < 0,05$  (Referenzgruppe: Einheimische); 1 ‚sehr gut‘ – 5 ‚sehr schlecht‘ 1) inkl. EU14/EFTA; 2) inkl. Slowenien

Die altersspezifische Auswertung der gesundheitlichen Situation bestätigt die modifizierte These: Ältere MigrantInnen aus der Türkei und aus Ex-Jugoslawien beurteilen ihren Gesundheitszustand schlechter als die gleichaltrigen Einheimischen. Diese schlechtere Beurteilung des eigenen Gesundheitszustandes beginnt bereits im mittleren Alter, wobei die Unterschiede zumindest bei den türkischstämmigen Befragten weniger gravierend ausfallen als bei den über 50jährigen. Keine Unterschiede hingegen gibt es bei den jüngeren Befragten.

Dieses Ergebnis, wonach ältere Zugewanderte aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien von einem vergleichsweise schlechteren Gesundheitszustand berichten, deckt sich mit Befunden aus anderen österreichischen Studien (*Amesberger et. al.*, 2003; *Reinprecht*, 1999). Aufgrund dieses Ergebnisses soll im Folgenden überprüft werden, mit welchen gesundheitlichen Beschwerden die ältere Generation konfrontiert ist.

### Genannte Krankheiten der über 50jährigen WienerInnen nach Herkunft, in %

	Einh. <sup>1)</sup>	Ehem. Jugosl. <sup>2)</sup>	Türkei	neue EU-Länder	Sonstige	Gesamt
Wirbelsäule-, Gelenke	50	39	[16]	49	[40]	49
erhöhter Blutdruck~	36	36	[33]	38	[19]	35
Schlafstörungen	21	[14]	[36]	19	[10]	20
Herz-Kreislauf-Erkrankungen	19	22	[25]	23	[15]	20
Allergien~	14	[13]	[13]	18	[12]	14
Magen- und Darmerkrankungen	12	[18]	[27]	12	[11]	12
Zuckerkrankheit~	11	[10]	[28]	[10]	[8]	11
Nervensyst.,starke Nervosität	9	[9]	[22]	[9]	[9]	9
Migräne, starkes Kopfweh	8	[13]	[11]	11	[13]	9
Angstzust., Panikattacken	5	[5]	[9]	[8]	[9]	5

Quelle: LLIW II 2003; eigene Berechnungen; ungewichtete Fallzahlen < 20 oder Randgruppen < 50 sind in [ ] ausgewiesen; Randgruppen < 20 in leeren [ ]; ~ n. sign. ( $p > 0,05$ ) 1) inkl. EU14/EFTA; 2) inkl. Slowenien

Angaben zu gesundheitlichen Beschwerden sind mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren; die Validität der Erhebungsinstrumente ist in Gesundheitsfragen sehr umstritten, auch sind subjektive Angaben zum Gesundheitszustand kulturell geprägt. Dennoch zeigen die Ergebnisse in Übereinstimmung mit anderen Forschungen eine überdurchschnittliche Belastung von älteren MigrantInnen aus der Türkei in den Bereichen Magen- und Darmerkrankungen, Erkrankungen des Nervensystems und Nervosität sowie Schlafstörungen. Es handelt sich hier um typische migrantische Krankheitssymptome (für Frauen zeigten dies *Wimmer-Puchinger et.al.*, 1997).

## Kumulation von Problemlagen: Sind MigrantInnen sozial ausgegrenzt?

Neben der Analyse der einzelnen Lebensbereiche ist die Kumulation von Problemlagen bzw. die Frage nach mehrfachen Benachteiligungen für eine Betrachtung von Ausgrenzungsprozessen zentral. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Häufigkeit der Problemlagen differenziert nach der Herkunft der Befragten, wobei max. sieben der zehn Problemlagen gleichzeitig aufgetreten sind.

### Kumulation von Problemlagen der WienerInnen nach Herkunft, in %

Kumulation von Problemlagen der WienerInnen nach Herkunft, in %	Einh. <sup>1)</sup>	Ehem. Jugosl. u. Türkei	Sonstige	Gesamt
keine Problemlage	52	20	37	47
eine Problemlage	27	26	29	27
zwei Problemlagen	11	21	17	13
drei Problemlagen	5	[13]	[12]	6
vier bis sieben Problemlagen	5	20	[5]	7
gesamt	100	100	100	100

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen, ungewichtete Fallzahlen < 20 oder Randgruppen < 50 sind in [] ausgewiesen; Randgruppen < 20 in leeren [] <sup>1)</sup> inkl. EU14/EFTA;

Die Übersicht zeigt, dass etwas mehr als die Hälfte der einheimischen Befragten in keiner Dimension Unterversorgung erfährt. Der vergleichbare Anteil liegt bei den Befragten aus den klassischen Anwerbeländern mit 20 % deutlich darunter. Insgesamt lässt sich feststellen, dass Zugewanderte häufiger eine mehrfache Problemkumulation aufweisen, wobei dies besonders häufig für Personen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien gilt.

### Integrativer Ansatz: Einkommensarmut und Deprivation

In der Tabelle Einkommensarmut und Deprivation der WienerInnen nach Herkunft wird der oben beschriebene integrative Ansatz von *Böhnke & Delhey* (2001) zur Messung sozialer Ausgrenzungstendenzen aufgegriffen.<sup>35</sup> Anders als in der EU-SILC 2003 Auswertung der *Statistik Austria* (2005) wurde die gesundheitliche Beeinträchtigung nicht als Indikator für Deprivation berücksichtigt, da die gesundheitliche Situation stark mit der Altersstruktur korreliert.

<sup>35</sup>Die Ergebnisse werden für die Befragten türkischer und ex-jugoslawischer Herkunft sowohl getrennt als auch gemeinsam dargestellt. Der geringe Stichprobenumfang bei den türkischstämmigen Befragten sollte bei der Interpretation der Daten berücksichtigt werden.

## Einkommensarmut und Deprivation der WienerInnen nach Herkunft, in %

kombinierte Armutslagen	Einh. <sup>1)</sup>	Ehem.			Gesamt
		Jugosl. <sup>2)</sup>	Türkei	Sonstige	
Nicht-Armut	64	47	25	50	59
Versorgungsarmut	26	36	22	19	26
Einkommensarmut	4	[6]	[16]	[13]	6
doppelte Armut	6	[11]	37	19	9
gesamt	100	100	100	100	100

Quelle: Statistik Austria; EU-SILC 2003; eigene Berechnungen; ungewichtete Fallzahlen < 20 oder Randgruppen < 50 sind in [ ] ausgewiesen; Randgruppen < 20 in leeren [ ] 1) inkl. EU14/EFTA; 2) inkl. Slowenien

Dem Ansatz von *Böhnke & Delhey* (2001) folgend sind fast zwei Drittel der einheimischen Bevölkerung nicht arm. Bei den Befragten aus dem ehemaligen Jugoslawien und sonstiger Herkunft trifft dies in etwa auf rund die Hälfte der Befragten zu; bei der türkischstämmigen Bevölkerungsgruppe sind hingegen nur rund ein Viertel der Befragten als nicht arm einzu-stufen. Eine Minderheit der Einheimischen von 4 % sind einkommensarm (armutsgefährdet, aber nicht depriviert) und 6 % sind von doppelter Armut betroffen, d.h. armutsgefährdet und depriviert. Migrantische Befragte sind demgegenüber häufiger von doppelter bzw. verfestigter Armut betroffen, wobei dies besonders häufig für die türkischstämmige Bevölkerungsgruppe gilt.

## Zusammenfassung und Schlußfolgerung

Die Frage nach der Teilhabe oder Ausgrenzung von MigrantInnen in Wien lässt sich nicht pauschal beantworten, da MigrantInnen keine homogene soziale Gruppe darstellen. Trotz der durchaus vielfältigen Lebenslagen haben die empirischen Analysen aber deutlich gemacht, dass Zugewanderte häufiger von Ausgrenzungsprozessen betroffen sind als Einheimische und Personen aus den EU 14 und EFTA-Ländern. Dies gilt im besonderen Maße für die türkischstämmige Bevölkerungsgruppe, die von beträchtlichen Ausgrenzungsrisiken bedroht ist: Jede/r zweite Zugewanderte aus der Türkei ist armutsgefährdet. Hinzu kommen eine starke Benachteiligung in primären und sekundären Lebensbereichen, erhöhte Arbeitslosigkeit, stark beengte Wohnverhältnisse, die im Durchschnitt schlechter ausgestatteten Wohnungen, sowie ein schlechterer Gesundheitszustand im Alter. Die Kombination von Einkommensarmut und Deprivation zeigte, dass mehr als ein Drittel der türkischstämmigen Bevölkerung von doppelter bzw. verfestigter Armut betroffen ist; nicht arm hingegen sind nur ein Viertel der Befragten.

Die Lebenslagen von Personen ex-jugoslawischer und sonstiger Herkunft sind demgegenüber in vielerlei Hinsicht besser (geringere Armutsgefährdung, geringere Deprivation); gegenüber Einheimischen sind sie aber deutlich schlechter gestellt.

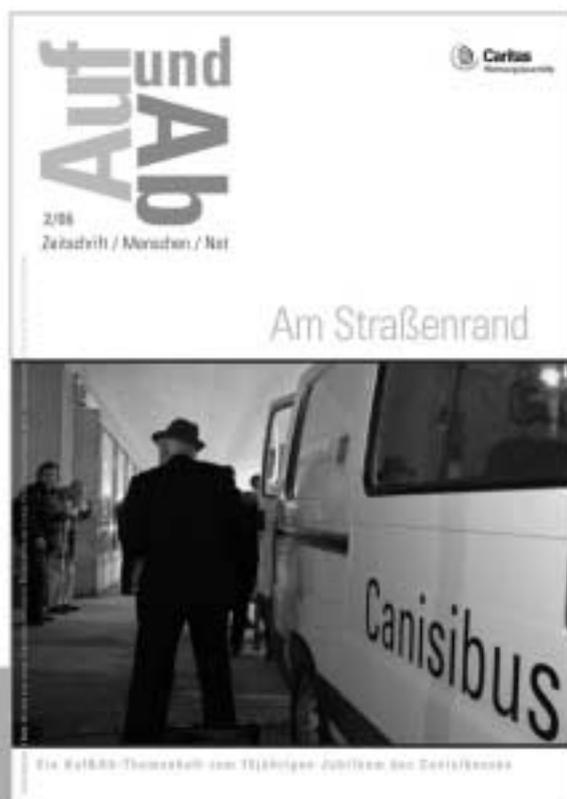
Auffällig ist, dass die Einbürgerung das Armutsgefährdungsrisiko der türkischstämmigen Bevölkerung nicht reduziert. Dieser Befund belegt, dass es ÖsterreicherInnen türkischer Herkunft trotz des Wegfalls der arbeitsrechtlichen Zugangsbeschränkungen nur mangelhaft gelingt, sich in den Wiener Arbeitsmarkt zu integrieren. Neben Humankapital- und

Ressourcendefiziten sowie dem Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt, dürften Personen türkischer Herkunft verstärkt diskriminierenden Mechanismen durch die Gatekeeper des Arbeitsmarktes ausgesetzt sein: ein höheres Ausbildungsniveau etwa geht bei türkischstämmigen Befragten nicht automatisch mit einer verbesserten finanziellen Situation bzw. einer geringeren Armutsgefährdung einher (MaturantInnen und HochschulabsolventInnen sind stärker armutsgefährdet als Personen mit einem mittleren Ausbildungsniveau). Diese mangelhafte Anerkennung von Großteils im Ausland erworbenen Ausbildungszertifikaten macht deutlich, dass eine Analyse der Ausgrenzung von MigrantInnen nicht auf deren individuelle Verhaltensweisen beschränkt werden soll, vielmehr müssen die gesellschaftlich gewährten Teilhabechancen berücksichtigt werden. Was diese gesellschaftlichen Rahmenbedingungen betrifft, weist Österreich aber einige Problembereiche auf, die sich nachteilig auf die Lebenslagen von Zugewanderten auswirken. *Antalovsky et al.* (2002) nennen folgende Integrationsdefizite: blockierter sozialer Aufstieg, prekäre Rechtsstellung, mangelnder Diskriminierungsschutz und fehlende öffentliche Repräsentation. Wenig förderlich erweist sich darüber hinaus ein politisches Klima, welches Teilen der Bevölkerung - insbesondere den muslimischen Zugewanderten - Integrationsunwilligkeit vorwirft.

Die erhöhte Armutsgefährdung von Zugewanderten aus Drittländern macht es notwendig sozialpolitische Maßnahmen speziell für diese Problemgruppe zu konzipieren. Wesentlich ist, dass diese Maßnahmen einerseits auf eine verbesserte Eingliederung in die gut bezahlten Arbeitsmarktsegmente abzielen; andererseits sind aber auch die Zugangsbarrieren zu sozialen und bürgerlichen Rechten und staatlichen Leistungen abzubauen.

Besonderes Augenmerk muss auf die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gelegt werden, die unter den Bedingungen der Einkommensarmut aufwachsen. Für einen verbesserten Arbeitsmarktzugang der Nachkommen der GastarbeiterInnen ist eine Anhebung ihres Ausbildungsniveaus unumgänglich. Überlegenswert wäre etwa ein die Lebenshaltungskosten deckendes Stipendiensystem für den Besuch höherer Schulen für Jugendliche aus sozial schwachen Familien, das unabhängig von der Staatsangehörigkeit vergeben wird. Zudem sind verstärkte Anstrengungen im Bereich von Antidiskriminierungsmaßnahmen notwendig (z.B. Sensibilisierung von Betrieben, gesetzliche Regelungen etc.).

Im Hinblick auf die Teilhabe von Zugewanderten ist eine gezielte Politik erforderlich, die Migration als Normalität anerkennt und die gleichberechtigte Zugangschancen in allen gesellschaftlichen Bereichen gewährt. Nur so lässt sich ein Zusammenfallen von sozialer Ausgrenzung und ethnischer Zugehörigkeit über mehrere Generationen hinweg verhindern.



## LUST AUF MEHR INFORMATION?

Wie die Dinge stehen.  
 Was getan werden sollte.  
 Warum wir Ihre Hilfe brauchen.  
 Wie Sie helfen können.

Das **Auf&Ab** informiert über die vielen Gesichter der Armut in Österreich. Das **Hin&Her** berichtet über den Alltag und die Sorgen von AsylwerberInnen und MigrantInnen in Österreich.

Kostenlos bestellbar unter **01/87812** oder [schreibmir@caritas-wien.at](mailto:schreibmir@caritas-wien.at)

[www.caritas-wien.at](http://www.caritas-wien.at)

## Sozialpolitische Interventionsstrategien

Judith Anzenberger, Karin Fröschl, Alexandra Schlegel

Das System sozialpolitischer Maßnahmen ist an den primären Leitbildern einer Gesellschaft orientiert. *„Dass Sozialpolitik Armut, soziale Benachteiligung und Ausgrenzung abbaut, ist eine Voraussetzung für ein soziales System, in dem demokratische und marktwirtschaftliche Prinzipien verwirklicht werden können.“* (Badelt & Österle 2001a, S. 61). Die Herausforderung für eine zielführende Politik besteht in der Abstimmung von spezifischen armutsvermeidenden Maßnahmen für gefährdete Gruppen. Dieser Beitrag zeigt daher wie die österreichische Sozialpolitik aufgebaut ist. Besonders werden Maßnahmen untersucht, die darauf abzielen, Armut und Armutsrisiken von Bevölkerungsgruppen und Individuen zu bekämpfen und sozial benachteiligte Menschen zu (re-) integrieren. Dabei liegt der Fokus auf den Rahmenvorgaben der EU und der Umsetzung dieser auf nationaler Ebene. Die nationale Ebene wird mit der Darstellung des Österreichischen Nationale Aktionsplanes zur sozialen Eingliederung (NAPincl) abgedeckt. Im besonderen ist für einen Wiener Armutsbericht wesentlich, ob für die Stadt Wien ein spezieller Maßnahmenplan zur Armutsprävention und -bekämpfung existiert.

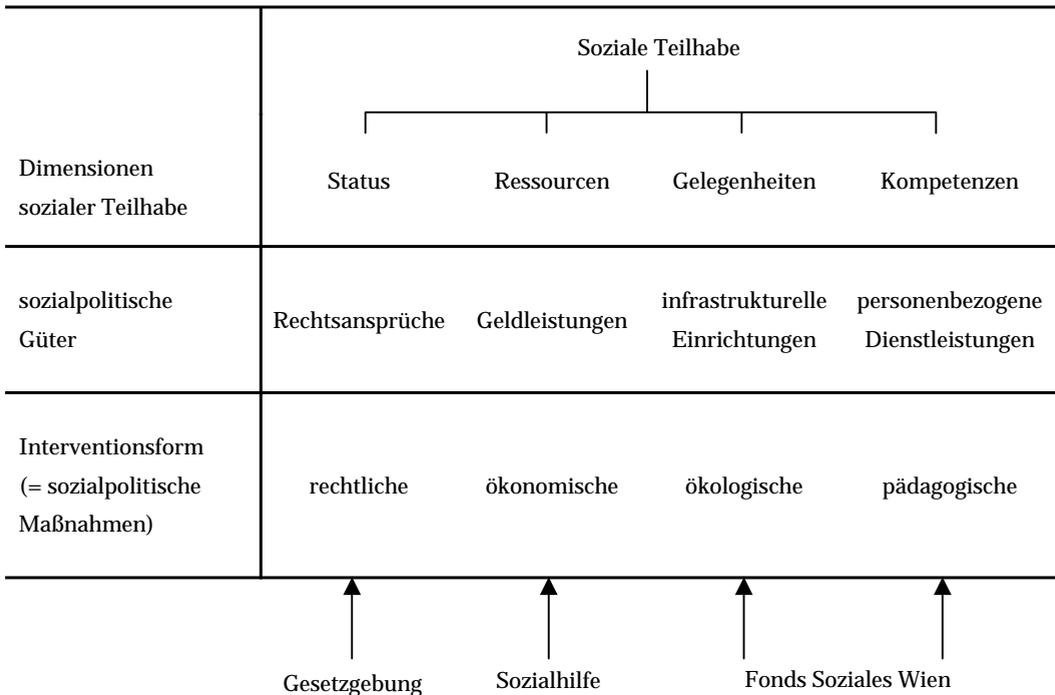
### Grundlegende Aspekte der Sozialpolitik

Sozialpolitik kann unter verschiedenen Aspekten betrachtet werden, zielt aber immer darauf ab, *„die wirtschaftliche und soziale Situation von absolut oder relativ schwachen bzw. benachteiligten Personengruppen zu verbessern bzw. deren Stellung im Falle von existenzgefährdeten Risiken zu sichern.“* (Badelt & Österle 2001a, S. 3). Im Folgenden werden sozialpolitische Maßnahmen daher unter den Gesichtspunkten der sozialen Teilhabe und damit in Verbindung stehenden Interventionsstrategien, sozialpolitischen Handlungsprinzipien und Instrumenten der Sozialpolitik dargestellt. Danach wird näher auf das sozialpolitische System in Österreich, seine Zuständigkeitsbereiche, Leistungen und „Umfang“ der Sozialausgaben eingegangen.

### Soziale Teilhabe und sozialpolitische Interventionsstrategien

Teilhabemöglichkeiten in der sozialen, räumlichen und sachlichen Umwelt können anhand der Dimensionen Status, Ressourcen, Gelegenheiten und Kompetenzen einer Person verstanden werden. Um gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, zu erhalten bzw. zu verbessern, stehen verschiedene sozialpolitische Güter und Maßnahmen (Interventionsformen) zur Verfügung. Die Rechtsansprüche sozial schwacher Personengruppen im Hinblick auf Teilhabemöglichkeiten kann mittels entsprechender Gesetzgebung gestärkt werden. Die ökonomische Interventionsform wirkt auf die Struktur der verfügbaren Haushaltseinkommen - typische Maßnahmen sind Steuern und Abgaben, Transferzahlungen und Steuererleichterungen. Ziel sozialstaatlicher ökologischer Intervention ist die Angleichung der Lebensbedingungen: es geht hier um die Verteilung räumlich gebundener Teilhabemöglichkeiten durch Planung von Raumnutzung und Schaffung von Infrastruktur. Es kommen dabei unter anderem die Stadtentwicklungsplanung, der Wohnungsbau und die Finanzierung von Einrichtungen ins Spiel. Unter die pädagogische Interventionsform fällt

unter anderem die Sozialarbeit. Im Mittelpunkt steht hier die Entwicklung sozialer Kompetenzen und von Humankapital. Die Handlungsfähigkeit von Personen in Hinblick auf Teilhabemöglichkeiten soll damit erhöht werden. Typische Maßnahmen stellen das Angebot von Beratung, Information, Betreuung und Unterstützung dar. Abgedeckt werden diese Maßnahmen durch Bund (rechtliche) und Länder (rechtliche, ökonomische, ökologische und pädagogische), wobei in Wien die Sozialhilfe die ökonomische Dimension und der Fonds Soziales Wien sowohl die ökologische als auch die pädagogische Dimension der sozialpolitischen Maßnahmen übernehmen.



Quelle: Kaufmann, Steuerung wohlfahrtsstaatlicher Abläufe durch Recht, S. 89

## Sozialpolitische Handlungsprinzipien

### Prävention vs. Ausgleich

Sozialleistungen lassen sich grob nach ihrer Zielsetzung unterscheiden. Es gibt Sozialleistungen, die auf Prävention abzielen, wie z. B. Arbeits- und Gesundheitsschutz oder arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Hier wird versucht, durch Regulierung oder durch Geld- bzw. Sachleistungen den Eintritt der Benachteiligung zu verhindern. Andererseits lassen sich Maßnahmen fest machen, die bereits eingetretene Benachteiligungen ausgleichen oder mildern sollen. Präventive und ausgleichende Maßnahmen können aber nicht immer exakt voneinander abgegrenzt werden, sondern sollen aufeinander abgestimmt werden (Badelt & Österle 2001a).

## Grundprinzipien: Versicherung – Versorgung – Fürsorge

Den sozialpolitischen Regulierungsmaßnahmen liegt die Überlegung zugrunde, dass viele Individuen Risiken existenzbedrohender Natur tragen, deren Bewältigung im Falle eines Eintretens dieser Risiken mit ihren eigenen wirtschaftlichen Mitteln nicht gewährleistet ist (z.B. Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter). Über sozialpolitische Intervention werden diese Ungleichgewichte behoben, indem eine Risikoverteilung auf eine Gemeinschaft stattfindet, von der die wirtschaftliche Last des Einzelrisikos getragen wird. Ob eine bestimmte Person Anspruch auf eine Sozialleistung oder Sozialversicherungsleistung hat, regelt das Leistungsrecht.

Grundsätzlich lassen sich sozialpolitische Maßnahmen nach drei Prinzipien unterscheiden: dem (a) Versicherungsprinzip (leistungsgebunden), dem (b) Versorgungsprinzip (nicht an Beitragszahlungen aber an bestimmte „Benachteiligungen“ gebunden, jedoch besteht Rechtsanspruch) und dem (c) Fürsorgeprinzip (kein Rechtsanspruch).

(Sozial-)Versicherung: Das Versicherungsprinzip geht von einer grundsätzlichen Versicherbarkeit von sozialen oder wirtschaftlichen Risiken aus. Eine Modifikation des privatwirtschaftlichen Versicherungsprinzips stellt das Sozialversicherungsprinzip dar. Die Sozialversicherung beruht auf dem obligatorischen Zusammenschluss von Personen zu einer Risikogemeinschaft und knüpft an eine bestimmte Erwerbstätigkeit und somit Beitragszahlungen an. Die Beiträge werden aus Pflichtanteilen des Bruttolohnes, welche durch ArbeitgeberIn und ArbeitnehmerIn erbracht werden, gespeist. Im Falle des Eintretens eines Risikos wie z.B. Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, höheres Lebensalter, wird der Einkommensentgang abhängig von Höhe (und Dauer) der geleisteten Einzahlungen (Arbeitslosengeld, Pensionsanspruch ...) ausgeglichen.

Versorgung: Die Vorsorge garantiert Sozialleistungen welche ohne Beitragsleistungen des/der Empfängers/ Empfängerin bestehen und aufgrund spezieller Belastungen eintreten (z.B. Verbrechenopfergesetz). Hierzu können im weiten Sinn auch die Transferleistungen des Staates, wie Kinderbetreuungsgeld oder Familienbeihilfe, gezahlt werden, die unabhängig von Beitragsleistungen bei Eintreffen der Voraussetzungen einkommensunabhängig ausbezahlt werden.

Fürsorge (zweites Netz): Eine Leistung nach dem Fürsorgeprinzip wird nur in einer Notlage und erst nach Ausschöpfung aller anderen Quellen der Unterhaltssicherung gewährt. Im Unterschied zu „Versicherung“ und „Versorgung“ sind für Fürsorgeleistungen weder Beitragszahlungen noch andere „Vorleistungen“ erforderlich. Es besteht aber kein Rechtsanspruch auf eine bestimmte Art und Höhe der Hilfestellung, weshalb auch ein großer Ermessensspielraum entsteht. Ein typisches Beispiel für Fürsorgeleistungen ist die Sozialhilfe. Die Finanzierung erfolgt aus allgemeinen Steuermitteln und die Anspruchsberechtigung ist von der gesamten Lebenssituation bestimmt.

In Österreich dominiert die Leistungsgewährung nach sozialversicherungsrechtlichen Prinzipien (in den Bereichen Gesundheit, Pensionen, Arbeitslosigkeit) sowie nach dem Versorgungsprinzip (insbesondere Beamtenpensionen, Pflegegeld, Familienbeihilfe). Die dem Fürsorgeprinzip entsprechenden einkommensabhängigen Sozialleistungen machen nur einen sehr kleinen Teil der gesamten Sozialleistungen aus (*Badelt & Österle, 2001a*).

## Instrumente der Sozialpolitik

Sozialpolitische Instrumente nehmen in den Bereichen wie Gesundheit, Alter, Behinderung, Familien, Arbeitslosigkeit einen präventiven als auch bekämpfenden Charakter gegen Armut und Ausgrenzung ein. Allgemein haben die Instrumente der Sozialpolitik einerseits die Aufgabe der Regulierung und andererseits die Aufgabe, Transfers zu gewähren, die in Form von Geld- oder Sachleistungen stattfinden (*Badelt & Österle, 2001a*):

Die Regulierung besteht darin, dass der Staat und andere gesellschaftliche Instanzen Regeln für das Handeln von Menschen und Organisationen erlassen. Diese Regulierungen können sowohl unmittelbar auf sozialpolitische Anliegen bezogen sein (z.B. Festlegung von Mindestlöhnen bzw. Mindeststandards, Arbeitsschutzbestimmungen,..) oder indirekt (wie z.B. die Wettbewerbsbedingungen auf den Arbeitszeit oder Beschäftigungsmöglichkeiten).

Geldleistungen (monetäre Transfers) können in gebundene und freie Leistungen unterteilt werden. Gebundene Leistungen sind an bestimmte Nutzungen gebunden, wie z.B. Wohnbeihilfen. Bei freien Transfers gibt es zwar sozialpolitisch relevante Anknüpfungspunkte, jedoch wird nicht weiter verfolgt in welchem Ausmaß die Leistung der Nutzung tatsächlich zugute kommt, wie z.B. Familienbeihilfen oder Pflegegelder.

Sachleistungen (Realtransfers): hier werden den LeistungsbezieherInnen „Naturalien“ überlassen oder zur Verfügung gestellt. Beispiele dafür sind Leistungen im Bereich Gesundheits- und Bildungswesen oder Beratungsleistungen.

Hinsichtlich der Leistungsart ist in Österreich eine klare Dominanz der Geldleistungen festzustellen. Ausschlaggebend dafür ist der hohe Leistungsanteil im Bereich Alter und Hinterbliebene. Sachleistungen existieren insbesondere im Gesundheitswesen, bei der Betreuung in Alten- und Pflegeheimen sowie im Kindergartenwesen.

## Sozialpolitisches System in Österreich

Es gibt in Österreich kein einheitliches Sozialrecht. Maßgeblich verantwortlich für Sozialpolitik sind Bund, Länder und Gemeinden. Diese haben jeweils unterschiedliche Kompetenzen (Legislative, Exekutive) und Aufgabenbereiche. „Sozialleistungen“ werden aber auch von privaten Organisationen gewährt. Die Sozialpartner haben im Sozialrechtsbereich einen großen Einfluss auf die Gesetzgebung. Die verschiedenen Träger (öffentliche und private) sind oftmals eng miteinander verbunden. So wäre als Beispiel die Sozialversicherung (der bedeutenste Träger der Sozialpolitik in Österreich) zu nennen. Diese ist eine eigene Körperschaft, die frei von staatlichen Weisungen selbstverwaltet ist. Die Koordination erfolgt durch den Hauptverband der Sozialversicherungsträger. Die Finanzierung erfolgt durch Einhebung der Pflichtbeiträge (Krankenversicherung, Unfallversicherung und Pensionsversicherung). In ihrem Handlungsspielraum ist sie relativ stark eingeschränkt, da ihre wichtigsten Handlungsparameter (Beitragshöhen und Pflichtleistungen) bundesgesetzlich vorgegeben sind. (*Badelt & Österle, 2001b*) Die Sozialversicherungsträger unterliegen der staatlichen Aufsicht (Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeitprüfung).

Durch die verschiedenen Zuständigkeiten kann es vorkommen, dass die Leistungen nicht aufeinander abgestimmt sind, und dass es zu Unübersichtlichkeiten und Informationsproblemen kommt. Die Leistungen erfolgen in der Regel nach Stellen eines Antrages. Die betroffene Person steht einem vielfältigen Netz von Leistungsanbietern gegenüber (z.B. Arbeitslosengeld und Richtsatzergänzung bzw. andere Beihilfen aus der Sozialhilfe).

## Zuständigkeitsbereiche und Leistungen

- Bund: Sozial(versicherungs)gesetzgebung, Arbeitsrecht, Familienpolitik, Schulpolitik, Versorgungsgesetze, Verwaltungs(verfahrens)recht, Grundsatzgesetzgebung in Behindertenpolitik, Spitalspolitik, Jugendwohlfahrt u.a.
- Länder: Armutspolitik (Sozialhilfe), Behindertenpolitik, Jugendwohlfahrt, Spitalspolitik, Gesundheits- und Sozialsprengel, Soziale Dienste
- Gemeinden: Armutspolitik (Mitwirkung), Gesundheits- und Sozialsprengel (Durchführung), Spitäler (spitalserhaltende Gemeinden), Soziale Dienste
- AMS: Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung
- Sozialversicherung: Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung
- Private: Erbringung von Wohlfahrtsdiensten und sozialpolitischen Dienstleistungen (Non-Profit-Organisationen)

## Sozialausgaben in Österreich

In der EU-einheitlichen Erfassung der Sozialausgaben wird eine Gliederung der Sozialausgaben nach sieben Funktionen vorgenommen: Alter, Hinterbliebene, Gesundheit, Familie/Kinder, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Sonstiges (*BMSG*, 2003). Nach diesen Abgrenzungen entfällt 2002 die Hälfte der österreichischen Sozialausgaben auf die Bereiche Alter (41%) sowie Hinterbliebene (9%). 25% der Sozialausgaben kommen dem Bereich Gesundheit zugute, während die Leistungen für Familien (10,5%), Invaliden (7,5%) und Arbeitslosen (5%) im Vergleich gering ausfallen (*BMSG*, 2003).

Die Veränderung von 1990 bis 2002 lässt bei allen Funktionen eine nominelle Ausgabensteigerung erkennen. So ist bei den Arbeitslosenleistungen eine Steigerung von 108% zu verzeichnen. Eine Erhöhung der Ausgaben wurden auch bei den Altersleistungen (89%), Hinterbliebenenleistungen (41%), Gesundheitsleistungen (76%), Familienleistungen (83%) und bei den Invaliditätsleistungen (96%) erreicht (*BMSG* 2003).

### Sozialausgaben in Österreich

	1990		2002		1990-2002
	in Mrd. EUR	in %	in Mrd. EUR	in %	Veränderung in %
Alter	13	39	25	41	89
Hinterbliebene	4	12	6	9	41
Gesundheit	9	26	16	25	76
Familie	4	10	7	11	83
Invalidität	2	7	5	8	96
Arbeitslosigkeit	2	5	3	5	108
Anderer <sup>1)</sup>	1	2	1	2	79
Gesamt	35	100	63	100	81

Quelle: Bericht über die soziale Lage 2003-2004 S. 187, <sup>1)</sup> v.a. ein Teil der Sozialhilfeleistungen, Wohngelder Stipendien

## Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Politische Strategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung müssen grundsätzlich bei allen möglichen Ursachen von Benachteiligungen ansetzen. Insofern können die sozialpolitischen Instrumente, die für Bereiche wie Gesundheit, Alter, Behinderung, Familien, Arbeitslosigkeit einen präventiven Charakter einnehmen, auch als Instrumente gegen Armut und soziale Ausgrenzung gesehen werden (*Badelt & Österle, 2001b*). Es gibt eine Reihe von Regelungen, die zur sozialen Integration beitragen sollen. Dabei können grundsätzlich zwei Zugänge unterschieden werden:

- ⊙ Sozialpolitische Maßnahmen im Sinne sozialer Integration(siehe NAPincl).
- ⊙ Spezifische (meist sozialarbeiterische) Maßnahmen zum Abbau sozialer Ausgrenzung: dazu gehören so unterschiedliche Dienste wie die Krisenintervention für Akutfälle, niederschwellige Anlaufstellen für Wohnungslose und Drogenabhängige oder Streetworking (*Badelt & Österle, 2001b*).

Unterschiedliche Konzepte setzen sich mit Fragen von Armut und sozialer Ausgrenzung auseinander. Eine Sozialpolitik, die sich hauptsächlich an der ökonomischen Position der Menschen orientiert, hat das Ziel, materielle Armut zu verhindern. Wenn die Absicherung nach dem Versicherungsprinzip nicht greift, werden Fürsorgeleistungen eingesetzt. Die Sozialhilferegulungen garantieren, die Mindestsicherung (*Badelt & Österle, 2001b*).

Eine Politik zur Förderung der sozialen Integration muss über die materielle Grundsicherung hinaus konkrete Maßnahmen zum Abbau sozialer Ausgrenzung treffen. Soziale Ausgrenzung bringt letztlich Mängel der Sozialpolitik zum Ausdruck. So sollten die Probleme, die mit der sozialen Ausgrenzung einhergehen, als Indikatoren dafür gesehen werden, dass die Sozialpolitik ergänzt oder umgeändert werden muss (*Badelt & Österle, 2001b*).

Ein Ziel der EU ist es politische Konzepte gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu entwickeln und umzusetzen, um die soziale Eingliederung in der Europäischen Union sicherzustellen (*EU-Kommission, 2004*). Daher werden im Folgenden die EU-Richtlinien für diese Vorhaben vorgestellt und Ansätze der Umsetzung auf nationaler Ebene dargestellt.

### EU-Rahmenbedingungen

Im Jahr 2000 formulierte der Europäische Rat von Lissabon das Ziel, die Beseitigung der Armut in Europa bis zum Jahr 2010 entscheidend voranzubringen. Die Mitgliedsstaaten wurden aufgefordert, Strategien zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung vorzulegen, die in den Nationalen Aktionsplänen der jeweiligen Länder zum Ausdruck kommen sollen. Der Nationale Aktionsplan für soziale Eingliederung (abgekürzt: NAPincl) wird von den jeweiligen Ländern alle zwei Jahre ausgearbeitet. Die jeweilige Bundesregierung trägt die Hauptverantwortung. Es gibt nunmehr gemeinsame Zielvorstellungen die ineinander greifen sollen. Wie diese erreicht werden, bleibt dem jeweiligen Land selbst überlassen. Diese Methode zur Bekämpfung der Armut und sozialer Ausgrenzung setzt sich aus einem gemeinsamen Paket aus vier Zielen zusammen:

1. Förderung der Teilnahme am Erwerbsleben und des Zugangs aller zu Ressourcen, Rechten, Gütern und Dienstleistungen
2. Vermeidung der Risiken der Ausgrenzung
3. Maßnahmen zugunsten der sozial am stärksten gefährdeten Personen
4. Mobilisierung aller Akteure (*EU-Kommission, 2004*)

Neben diesen gemeinsamen Zielvorstellungen einigten sich die EU-Mitgliedsstaaten auf eine Reihe gemeinsamer Indikatoren, den sogenannten Laeken Indikatoren. Damit wird soziale Eingliederung bzw. Armut und soziale Ausgrenzung messbar gemacht. Es werden dabei unterschiedliche Bereiche erfasst wie Langzeitarbeitslosigkeit, Gesundheitswesen und lebenslanges Lernen. Größtenteils handelt es sich aber um einkommensspezifische Indikatoren. Erwerbstätigkeit ist ein maßgeblicher Faktor für die soziale Eingliederung – nicht nur, weil sie Einkommen schafft, sondern auch, weil sie soziale Teilhabe und persönliche Entwicklung fördern kann. Die Nutzung gemeinsam festgelegter Indikatoren soll die Vergleichbarkeit und den Austausch von Wissen zwischen den Mitgliedsstaaten erleichtern (*EU-Kommission*, 2004).

Entscheidend ist, dass die Mitgliedsstaaten auf nationaler Ebene dafür sorgen, dass ihre Strategien der sozialen Eingliederung und ihre Politik aufeinander abgestimmt sind. Für die genauere Betrachtung der österreichischen Maßnahmen und der Sozialpolitik beziehen wir uns vor allem auf den zweiten österreichischen NAPincl, der die Jahre 2003-2005 betrifft.

### **Der österreichische NAPincl**

Der österreichische Nationale Aktionsplan zur sozialen Eingliederung orientiert sich an den oben erwähnten Zielvorgaben der EU und ist auch danach aufgebaut. Es handelt sich hierbei um einen sozialpolitischen Verhaltensplan zur Bekämpfung und Verhinderung von Armut.

Bei der sozialen Eingliederung handelt es sich um einen Prozess, durch den gewährleistet wird, dass Personen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, Chancen und Mittel erhalten, um am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Geschehen voll teilzunehmen und den Lebensstandard zu genießen, der in der Gesellschaft, in der sie leben, als normal gilt.<sup>40</sup>

Österreich nimmt im EU-Vergleich eine relativ gute Position in Bezug auf Armut ein. Trotzdem bestehen aufgrund der Erwerbszentriertheit des Systems gravierende Lücken (insbesondere für Menschen die nicht oder nur teilweise in das Erwerbssystem eingebunden sind) die unter den Bedingungen eines sich verändernden Marktregimes neu diskutiert und ausgehandelt werden müssen. Das NAPincl stellt demgegenüber hauptsächlich einen Katalog existierender Maßnahmen dar und weniger einen der zukünftige Probleme neu formuliert. Viele der darin enthaltenen Maßnahmen sind nicht speziell armutsbekämpfend, auch wenn sie einen armutsreduzierenden Effekt haben. Aber auch wenn Österreich im Vergleich zu anderen EU-Ländern einen geringen Anteil an Armut aufweist, weisen die Befunde zur Armutsgefährdung darauf hin, dass die Bekämpfung und die Prävention von Armut und sozialer Ausgrenzung weiterhin ausgebaut werden und politisch aktuell bleiben müssen.

### **Das Vorhaben**

Österreich legt für die vier Zielbereiche der NAPincl einen starken Fokus auf Beschäftigung und unterstützende Maßnahmen für Familien im Allgemeinen. So steht die Schaffung von Arbeitsplätzen an zentraler Stelle als das wirksamste Mittel zur Armutsbekämpfung.

Alle Mitgliedsstaaten der EU sind sich darüber im Klaren, dass die Erwerbstätigkeit für die Armutsbekämpfung ein wesentlicher Bestandteil ist. Jedoch sollte auf jeden Fall neben der Erwerbstätigkeit auch eine Sicherstellung eines angemessenen Einkommens gewährleistet werden. Eines der wichtigsten Einstiegsmöglichkeiten für eine angemessene Erwerbsmöglichkeit ist die Förderung des Bildungswesens bzw. des „lebenslangen Lernens“. Um

<sup>40</sup>Die Begriffsdefinitionen sind angelehnt an die Definitionen, die im gemeinsamen EU-Bericht über die soziale Eingliederung 2004 verwendet werden.

den Teufelskreis der Benachteiligung im Bildungswesen entgegen zu wirken, sollten im Bereich der Jugendlichen ohne Abschluss, AnalphabetInnen, Randgruppen und älteren ArbeitnehmerInnen, frühzeitige Bildung der Kinder usw. Förderungen eingerichtet werden.

In fast allen Mitgliedstaaten, auch in Österreich, besteht nach wie vor das Problem, dass Alleinerziehende und kinderreiche Familien stärker von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind als andere. Es sollte somit im Sinne der Sozialpolitik sein, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Erwerbs- und Familienleben zu schaffen. Verringerung und Vorbeugung der Wohnungslosigkeit, ebenfalls ein akutes Problem, fließt immer mehr in die Erarbeitung der Konzepte mit ein. Ein weiteres Ziel, das zur Verringerung und Prävention von Armut erwähnenswert ist, ist der gleiche Zugang aller zu Qualitätsleistungen, wie Gesundheit, Verkehr, Sozialwesen, Pflege, Kultur, Freizeiteinrichtungen und Rechtsdiensten. Vor allem der Zugang für ältere und psychisch kranke Menschen zu Gesundheits- und Pflegeleistungen sollte verbessert und ausgebaut werden, als auch die Verkehrsangebote. Ein anderes Ziel Österreichs ist, Integrationsmaßnahmen für MigrantInnen bzw. ausländische StaatsbürgerInnen zu erstellen bzw. zu erweitern. Erarbeiten von Entwicklungsmaßnahmen für bestimmte Regionen gehört ebenfalls zur Aufgabe einer präventiven und akuten Armutsbekämpfung in Österreich.

### **Schlüsselziele**

Mit dem NAPincl werden folgende Schlüsselziele verfolgt, die auf das EU-Konzept abgestimmt sind:

1. Stärkere Abstimmung der Wirtschafts-, Fiskal-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik für ein höheres Wachstum und Vollbeschäftigung (gemäß der Lissabon-Strategie)
2. besonderer Schutz für sozial Benachteiligte
3. Schließung von Versorgungslücken bei sozial Benachteiligten
4. Anhebung der Erwerbseinkommen für Vollzeitbeschäftigte auf mindestens EUR 1.000,-
5. Anpassung der Sozialschutzsysteme an Veränderungen am Arbeitsmarkt
6. beschäftigungsfördernde Maßnahmen für leistungseingeschränkte Menschen
7. Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
8. Genderrelevante Fragen gegen soziale Ausgrenzung
9. weitere Integration der in Österreich lebenden AusländerInnen
10. weiterer Ausbau der (vor allem mobilen) Betreuungsangebote
11. Verbesserung des Zugangs sozial Benachteiligter in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wohnen
12. Verbesserungen in entwicklungsschwachen Regionen (*BMSG*, 2003)

## Kritische Anmerkungen

Kritik zu dem österreichischen NAPIncl kommt vor allem von der Armutskonferenz, die das österreichische Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung darstellt und sich aus verschiedenen Organisationen und Verbänden zusammensetzt. Der Hauptkritikpunkt ist die fehlende Auseinandersetzung mit zukünftigen Problemen und neuen Lösungsstrategien insofern das NAPIncl eine Auflistung bereits existierender Maßnahmen und eine Zusammenfassung des bestehenden Sozialsystems ist. In einem Schattenbericht bringt die Armutskonferenz weiters hervor, dass in diesem NAPIncl verbindliche quantifizierbare Ziele, ein verbindlicher Zeitplan und ein klarer Budgetplan fehlen. Es würden auch finanzielle Ressourcen fehlen, die für die Umsetzung des NAPIncl bereitgestellt werden. Für eine umfassende strategische Betrachtung sollte mehr Gewicht auf die Analyse von Gründen und zukünftigen Risiken, die in die Armut und soziale Ausgrenzung führen, gelegt werden. Obwohl der NAPIncl eben eine umfassende Liste existierender Maßnahmen enthält, fehlt das Bestreben nach einer Evaluation oder das Bestehende in Bezug auf neue Entwicklungen und Bedürfnisse zu überdenken. Als versäumtes Ziel wird auch die letzte EU-Vorgabe gesehen. Nach der Armutskonferenz kommt es nämlich bei weitem nicht zu einer Einbeziehung aller relevanten AkteurInnen (Interview E7). Die Armutskonferenz sieht die Herausforderung darin, eine umfassende Strategie zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu definieren. Dafür brauche es Ziele, eine klare Definition von Zeithorizonten und ein Paket an Maßnahmen für die am stärksten Armutsgefährdeten. Es würden auch Bemühungen notwendig sein, die Komplexität der Administration in Zusammenhang mit den Kompetenzen in den einzelnen Ländern zu reduzieren.

## Maßnahmenplan zur Armutsbekämpfung und –prävention in Wien

Für Wien existiert derzeit kein Strategieplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Darüber hinaus ist die Verteilung des Budgets des „Fonds Soziales Wien“ (FSW) auf einzelne Fachbereiche nicht aufgeschlüsselt, es fehlt eine vergleichende Darstellung zu den Vorjahren und die öffentliche Transparenz bei Subventionen für einzelne Organisationen und Vereine ist sehr eingeschränkt.

Das Budget 2006 wurde unter den Prämissen „soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Dynamik und gesunde Stadtfinanzen“ präsentiert. Insgesamt kommen dem Bereich Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung 15% des Wiener Budgets zu. Ein Drittel davon fließt in die Wohnbauförderung, der Rest wird für die soziale Wohlfahrt aufgewendet.

Die Gemeinde Wien gab 2005 ca. 1 Milliarde Euro für Soziales aus. Das ist über 25% mehr als 2004. Der größte Teil wird durch den neu geschaffenen Fonds Soziales Wien (FSW) verwaltet, ein Viertel entfällt auf offene Sozialhilfe für die 2005 um rund 16% mehr Mittel aufgewendet wurden als 2004.

Seit Juli 2004 sind die Aufgabenbereiche der ehemaligen Magistratsabteilung 47 „Pflege und Betreuung“ und Teile der ehemaligen Magistratsabteilung 12 „Wien Sozial“ dem Fonds Soziales Wien (FSW) übertragen. Der Fonds teilt sich auf in drei Ebenen: Die Hoheitliche legt Strategie und Standards fest und bleibt im Magistrat (MA 15 unter Gesundheitsstadträtin Elisabeth Pittermann) verankert. Die Steuerung, Organisation und Auftragsvergabe übernimmt der Fonds Soziales Wien. Private und öffentliche Einrichtungen erbringen die Leistungen. Zur operativen Umsetzung der Aufgaben des Fonds Soziales Wien sind mehrere Fachbereiche eingerichtet. Zu den Aufgaben des FSW zählen die Verbesserung der Gesund-

heit und des Gesundheitsbewusstseins der Wiener Bevölkerung, die Unterstützung bedürftiger Menschen in sozialen Grundbedürfnissen wie Wohnen und Arbeit sowie die medizinische, psychische und soziale Beratung, Behandlung und Betreuung.

Aus nachstehender Tabelle wird ersichtlich, dass dem FSW mehr als die Hälfte des Budgets für die soziale Wohlfahrt zukommt.

### Ausgaben der Stadt Wien für Bereiche der sozialen Wohlfahrt, in Mio. EUR

	2004	2005	2006
<b>Fonds Soziales Wien <sup>*)</sup></b>	<b>—</b>	<b>529,0</b>	<b>535,0</b>
Stationäre Pflege	105,0	—	—
Betreuung zu Hause	90,0	—	—
Behindertenhilfe	79,0	—	—
Pensionistenhäuser	37,0	—	—
Sozialtherapeutische Maßnahmen für Obdachlose	8,0	—	—
Flüchtlingshilfe	7,0	—	—
Essen auf Rädern	3,0	—	—
Erholungsfürsorge	2,0	—	—
Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen der Sozialhilfe	0,5	—	—
Allgemeine Sozialhilfe	197,0	229,0	238,0
Pflegekinderwesen	49,0	50,0	51,0
Sozialpädagogische Einrichtungen	46,0	48,0	49,0
Landespflegegeld	46,0	49,0	48,0
Pensionistenklubs	13,0	9,0	9,0
Frauenförderung u. Koordinierung v. Frauenangelegenheiten	7,0	7,0	8,0
Sonstige Einrichtungen u. Maßnahmen der Jugendwohlfahrt	4,0	4,0	6,0
Familienfördernde Maßnahmen	6,0	5,0	5,0
Integrations- und Diversitätsangelegenheiten	—	3,0	4,0
Förderung sozialer Einrichtungen	29,0	0,2	3,0
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	2,0	2,0	2,0
Amt für Jugend und Familie	0,8	1,0	1,0
Internationale Hilfsmaßnahmen	0,4	0,2	0,2
Gesamtsumme der Ausgaben nach Jahren	730,0	939,0	958,0
ab 2005 im FSW zusammengefasste Leistungen	365,0	529,0	535,0
Vorjahresdifferenzen	—	209,0	19,0

Quelle: Magistrat der Stadt Wien, Rechnungsabschluss 2004 Budgetvoranschläge 2005/2006 der Stadt Wien; \*) Seit 2005 wurden dem Fonds Soziales Wien Aufgabenbereiche der ehemaligen Magistratsabteilung 47 "Pflege und Betreuung" und Teile der ehemaligen Magistratsabteilung 12 "Wien Sozial" übertragen. Damit werden unter anderem die Bereiche Behindertenhilfe, Betreuung zu Hause, Pensionistenwohnhäuser, Flüchtlingshilfe, Wohnungslosenhilfe, stationäre Pflege, sozialtherapeutische Maßnahmen für Obdachlose und Essen auf Rädern vom Fonds Soziales Wien abgedeckt.

## Schlußfolgerungen

Eine Politik zur Förderung der sozialen Integration muss über die materielle Grundsicherung hinaus konkrete Maßnahmen zum Abbau sozialer Ausgrenzung treffen. Soziale Ausgrenzung bringt letztlich Mängel der Sozialpolitik zum Ausdruck.

Ein einheitliches Konzept, das die Ebenen EU, Bund und Gemeinden umfasst und eine Verflechtung von Vorgaben, Strategien und Umsetzung beinhaltet, existiert nur teilweise. Der österreichische NAPincl orientiert sich zwar an den vier festgelegten EU-Zielen, bringt aber wenige bis gar keine weiterführenden Zielsetzungen hervor. Es handelt sich um eine Berichterstattung bestehender Maßnahmen, bei der zielgerichtete Aktionen fehlen.

Für Wien existiert *kein* Strategieplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Dennoch werden erhebliche Mittel für die Sozialpolitik bereitgestellt. Benötigt werden Zielsetzungen für sozialpolitische Bereiche wie die Höhe der Sozialhilfe, Förderung einkommensschwacher Familien, Verbesserung der Einkommenssituation von Frauen, Integration von MigrantInnen und AsylwerberInnen, Betreuung und Reintegration von Wohnungslosen.

Der Stellenwert der sozialen Wohlfahrt lässt sich für Wien zahlenmäßig mit ca. 10% des Gesamtbudgets festmachen. Inhaltlich und strategiemäßig ist ihr Stellenwert weniger leicht zu erkennen. Der Fonds Soziales Wien tritt hervor, wenn man sich auf die Suche nach einem „sozialen Wien“ macht. Der Fonds erbringt für die Stadt Wien Leistungen im Sozialbereich, die mit ca. der Hälfte des Budgets für soziale Wohlfahrt abgedeckt werden.

# Materialen- und Literaturverzeichnis

## Abbildungsverzeichnis

### Tabellen

Äquivalisiertes Haushaltseinkommen (Euro Netto pro Jahr)	S. 16
Relative Einkommensanteile oberer und unterer Einkommensgruppen in Wien (in %)	S. 16
Äquivalenzeinkommen nach Staatsbürgerschaft und Geschlecht (Median)	S. 17
Verschiedene Armutsgefährdungsquoten mit regionaler Schwelle für Wien/ Österreich	S. 22
Regionale Armutsgefährdungsschwellen für Wien nach Haushaltstyp (in Euro)	S. 22
Gruppenspezifische Armutsgefährdungsquoten in Wien mit regionaler und nationaler Schwelle	S. 23
Schuldnerarten in Wien und Bundesländern	S. 25
Anteil von Schuldnerarten bei soziodemografischen Gruppen, in %	S. 26
Durchschnittliche Einkommen in Wien pro Monat, in EUR	S. 44
Anteil verschuldeter Personen in Wien (in %)	S. 44
Armutsgefährdung bei Personen aus Erwerbshaushalten in den Bundesländern und Wien	S. 51
Einkommen der Erwerbshaushalte in Bundesländer/Wien (nach Armutsgefährdung)	S. 52
Zusammensetzung des Haushaltseinkommens von Erwerbshaushalten in den Bundesländern und Wien	S. 53
Zufriedenheit mit zentralen Lebensbereichen in Wien (getrennt nach Armutsgefährdung und Erwerbstätigkeit)	S. 53
Zufriedenheit der Erwerbstätigen in Wien mit ihrer Arbeitssituation	S. 53
Grad der Wohnintegration in Wien und den Bundesländern	S. 61
Anteil vom Wohntyp "Überbelag" betroffener Personen (in %)	S. 62
Anteil vom Wohntyp "Depriviert" betroffener Personen (in %)	S. 63
Anteil vom Wohntyp "Prekär" betroffener Personen (in %)	S. 64
Anzahl, Intensität und Treffpunkte sozialer Kontakte nach Wohnintegration (% -Anteil)	S. 67
Schätzungen der Zahl der Wohnungslosen in Wien und Österreich	S. 69
Armutsgefährdung nach der Haushaltsform	S. 80
Armutsgefährdung nach dem Familienstand	S. 81
Ausländische StaatsbürgerInnen in Wien nach Herkunftsländern	S. 88
Problem- und Unterversorgungslagen in einzelnen Lebensbereichen	S.90
Bildung und Erwerbstätigkeit von WienerInnen nach ihrer Herkunft, in %	S. 93
Armutsgefährdung und relatives Risiko der Armutsgefährdung der WienerInnen nach Herkunft und soziodemographischen Merkmalen	S. 96
Mietkostenbelastung und Benachteiligung in primären und sekundären Bereichen, nach Herkunft, in %	S. 98
Wohnmerkmale nach Herkunft, in %	S. 99
Gesundheitliche Aspekte nach Herkunft, Prozentangaben	S. 101

Gesundheitszustand der WienerInnen nach Herkunft und Altersgruppen	S. 102
Genannte Krankheiten der über 50jährigen WienerInnen nach Herkunft, in %	S. 102
Kumulation von Problemlagen der WienerInnen nach Herkunft, in %	S. 103
Einkommensarmut und Deprivation der WienerInnen nach Herkunft, Prozent	S. 104
Sozialausgaben in Österreich	S. 111
Ausgaben der Stadt Wien für Bereiche der sozialen Wohlfahrt, in Mio. EUR	S. 116

## Graphiken

Medianes Äquivalenzeinkommen pro Jahr nach Alter	S. 18
Medianes Äquivalenzeinkommen pro Jahr nach Bildungsniveau	S. 19
Medianes Äquivalenzeinkommen pro Jahr nach Haushaltstyp, Wien	S. 20
Medianes Äquivalenzeinkommen pro Jahr nach Haushaltstyp, Bundesländer	S. 20
Besonderheiten im Wiener Problemgruppenprofil	S. 24
Arbeitslosenquoten von 1970- 2005	S. 32
Armutsgefährdung nach Dauer der Arbeitslosigkeit (in Österreich)	S. 33
Beschäftigungsentwicklung der einzelnen Wirtschaftsabschnitte in Wien von 1994-2003 (absolute Veränderungen)	S. 35
Arbeitslosenquote nach Berufsausbildung in Österreich von 1990-2005	S. 38
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht in Wien von 1987 bis 2005	S. 40
Arbeitslosigkeit nach Geschlecht in den restlichen Bundesländern von 1987 2005.	S. 41
Anteil von Arbeitslosen und anderen Personengruppen	
An den Armutsgefährdeten in Wien	S. 42
Finanzielle Kapazität von Arbeitslosen und Erwerbstätigen in Wien 2003	S. 44
Chronische Erkrankungen nach Arbeitslosigkeit in Wien 2003	S. 45
Psychische Erkrankungen nach Arbeitslosigkeit in Wien 2003	S. 46
Durchschnittliche Zufriedenheit von Arbeitslosen und Erwerbstätigen in Wien 2003	S. 46
Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen nach Arbeitslosigkeit in Wien 2002	S. 47
Wohnprobleme und Wohnumfeldprobleme in Wien und den Bundesländern 2003	S. 59
Zufriedenheit nach Wohnintegration in Wien 2003	S. 65
Chronische Erkrankungen nach Wohnintegration	S. 66
Armutsgefährdung nach Geschlecht in Wien, den Bundesländern und Österreich	S. 76
Armutsgefährdung von Männern und Frauen über 14 Jahre in Wien, den Bundesländern und Österreich	S. 77
Armutsgefährdung nach der Anzahl der Kinder im Haushalt in Wien und den Bundesländern	S. 78
Armutsgefährdung von Single-Haushalten in Wien und in den Bundesländern	S. 79
Erwerbsbeteiligung armutsgefährdeter Personen in Wien nach Geschlecht	S. 83
Armutsgefährdung bei Teilzeitbeschäftigung (alle Haushalte)	S. 84
Durchschnittliche Zufriedenheit der Wiener Frauen im Erwerbsleben	S. 84
Armutsgefährdungsquoten in % nach Herkunft in Wien und den Bundesländern	S. 94

## Literatur

- AK Wien (2005), Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Wien
- AK Wien (2006), Frauenbericht 1995-2005, Wien
- Allmendinger, J./Hinz, T. (1999), Der Lebenslagenansatz, in: *Bayerisches Staatsministerium für Arbeit. Sozialordnung. Familie. Frauen. Gesundheit* (Hg.), Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern - Material- und Analyseband der wissenschaftlichen Projektgruppe. München, S. 15- 28
- Alteneder, W./Wagner-Pinter, M. (2004), Ausblick auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Österreich bis zum Jahr 2008, Synthesis Forschung im Auftrag des AMS, Wien;  
[http://bis.ams.or.at/forschungsnetzwerk/images/Synthesis\\_ausblick2008.pdf](http://bis.ams.or.at/forschungsnetzwerk/images/Synthesis_ausblick2008.pdf) (11.01.2006)
- Alteneder, W./Gregoritsch, P./Kalmár, M./Lehner, U./Löffler, R./Prammer-Waldhör, M./Wagner-Pinter, M. (2004), In Beschäftigungsfähigkeit investieren. Orientierungsdaten für die österreichische Arbeitsmarktpolitik, Synthesis Forschung im Auftrag des AMS, Wien;  
<http://bis.ams.or.at/forschungsnetzwerk/images/Synthesis2004A.pdf> (11.01.06)
- Amesberger, H. et al. (2003), Gesundheit und medizinische Versorgung von ImmigrantInnen, in: *Fassmann, H./Stacher, I.* (Hg.), Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen sozioökonomische Strukturen rechtliche Rahmenbedingungen. Klagenfurt, S. 171- 194
- AMS Österreich (2006), Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation, Sonderauswertung (23.6.06), Vorgemerkte Arbeitslose nach Geschlecht in Wien, 1980 - 2005 (Jahresdurchschnitte), Wien
- AMS Österreich, Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation, Zeitreihen auf Anfrage
- AMS Wien (2005), Geschäftsbericht 2005, Wien;  
[http://neu.ams.or.at/neu/900\\_geschaeftsbericht\\_2005.pdf](http://neu.ams.or.at/neu/900_geschaeftsbericht_2005.pdf) (10. Juni 2006)
- Antalovsky, E./Wolffhardt, A./Bauböck, R./Perchinig, B. (2002), Migration und Integration, im Auftrag der Stadt Wien, MA 18 & Bereichsleitung Integration (BLI), Wien;  
<http://www.europforum.or.at> (Okt. 2005)
- Bacher, J. (2003), Soziale Ungleichheit und Bildungspartizipation im weiterführenden Schulsystem Österreichs. Österreichische Zeitschrift für Soziologie Jg. 28, Heft 3, S. 3 - 32
- Badelt, C./Österle, A. (2001a), Grundzüge der Sozialpolitik. Sozialökonomische Grundlagen - Allgemeiner Teil, Wien
- Badelt, C./Österle, A. (2001b), Grundzüge der Sozialpolitik. Sozialpolitik in Österreich - Spezieller Teil. Manz, Wien
- Bartelheimer, P. (2004), Teilhabe, Gefährdung und Ausgrenzung als Leitbegriffe der Sozialberichterstattung. SOFI-Mitteilungen Nr. 32, S. 47 - 61
- BAWO (1998), Grundsatzprogramm der BAWO, Wien
- BAWO (1999), Eitel Gerhard & Schoibl Heinz, Grundlagenerhebung zur Wohnungslosensituation in Österreich, Wien
- BAWO (2003), Beitrag der BAWO zum Nationalen Aktionsplan gegen Armut und soziale Ausgrenzung, Wien

- Beckmann, F. (2005), Arbeit als Glücksquelle? Arbeitszufriedenheit und Lebensqualität - Eine Sekundäranalyse, Diplomarbeit, Wien
- Biffi, G. (2000), Zuwanderung und Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes. Ein Beitrag zur Insider-Outsider-Diskussion, in: Husa, K./Parnreiter, C./Stacher, I. (Hg.), Internationale Migration - Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts? Frankfurt, S. 207-227
- BMGF (2005), Österreichischer Frauengesundheitsbericht 2005 - Kurzfassung, Ludwig Boltzmann Institut für Frauengesundheitsförderung, Wien
- BMJ-Gerichtsstatistik (2002), Auswertung BRZ-Bundesrechenzentrum, o. O.
- BMSG (2002), Bericht über die soziale Lage 2001-2002, Wien
- BMSG (2003), 2. Nationaler Aktionsplan für soziale Eingliederung 2003-2005, Wien
- BMSG (2004), Bericht über die soziale Lage 2003-2004, Wien
- Böhnke, P./Delhey, J. (2001), Lebensstandard und Einkommensarmut. Plädoyer für eine erweiterte Armutsforschung, in: Barlösius, E./Ludwig-Mayerhofer, W. (Hg.), Die Armut der Gesellschaft. Opladen, S. 315-335
- Breitfuß, A./Dangschat, J. S./Frey, O./Hamedinger, A. (2005), Städtestrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung - Herausforderungen für eine sozial verträgliche Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungspolitik, Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien, Wien
- Bremer, P. (1999), Arbeitsmigranten und die nachfolgende Generation zwischen Integration und Ausgrenzung: zur Situation von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund der internationalen Debatte um Exklusion und Urban Underclass, Univ. Diss., Oldenburg; <http://docserver.bis.uni-oldenburg.de/publikationen/dissertation/brearb99/brearb99.html> (Mai 2005)
- Caritas (2002), Jahresbericht 2002, Wien
- Caritas Erzdiözese Wien (2003), Wohnungslosenhilfe Gruft/Jahresbericht 2002, Wien
- Czasny, K./Bständig, G. (2001), Entwicklung der Einkommensdisparität in Wien zwischen 1981 und 1999, Wien
- Dangschat, J. (2004), Segregation - Ein Indikator für Desintegration?, Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, 6/2; S. 6-31.
- Diendorfer, G. (1994), Arbeitslos, Veränderungen und Probleme in der Arbeitswelt, Wien
- Dietz, B. (1997), Soziologie der Armut - eine Einführung, Frankfurt
- Eitel, G./Grohmann, S./Gutleiderer, K. (2003), Wiener Wohnungslosenhilfe 2002 - Ergebnisse der statistischen Auswertung und Bericht über die soziale Situation von wohnungslosen Menschen in Wien und die Auswirkungen der geleisteten Hilfsmaßnahmen Wien: MA12 wien sozial Sozialplanung; <http://www.wien.gv.at/ma12/pdf/wwh.pdf> (20.09.06)
- Engels, D. (2006), Lebenslagen und soziale Exklusion. Thesen zur Reformulierung des Lebenslagenkonzepts für die Sozialberichterstattung. Zeitschrift Sozialer Fortschritt Jg. 55, Heft 5, S. 107-119; [Http://www.isg-institut.de/download/Lebenslagen%20und%20soziale%20Exklusion.pdf](http://www.isg-institut.de/download/Lebenslagen%20und%20soziale%20Exklusion.pdf) (August 2006. S. 1-23)
- Europäische Kommission (2004), Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung 2004, Luxemburg
- Fassmann, H./Münz, R./Seifert, W. (1999), Ausländische Arbeitskräfte in Deutschland und

- Österreich, in: *Fassmann, H./Matuschek, H./Menasse, E.* (Hg.), *Abgrenzen, ausgrenzen, aufnehmen: Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration.* Klagenfurt, S. 95- 114
- Feilmayr, W.* (2004), *Richtwertmieten und freie Mieten in Wien im Jahr 2004,* Institut für Stadt-und Regionalforschung der TU Wien, Auswertung im Auftrag der AK Wien, Wien
- Gächter, A.* (2006), *Qualifizierte Einwanderinnen und Einwanderer und ihre berufliche Stellung in Österreich,* ZSI Discussion Papers; <http://www.zsi.at> (Sep. 2006)
- Geißler, H.* (1976), *Die neue soziale Frage - Analyse und Dokumente.* Herder. Freiburg
- George, H.* (1886), *Fortschritt und Armuth - eine Untersuchung über die Ursache der industriellen Krisen und der Zunahme der Armuth bei zunehmendem Reichthum,* Berlin
- Gerhard, U.* (1990), *Geschlechtsspezifische Sozialpolitik und die soziale Unsicherheit weiblicher Lebenslagen,* in: *Döring, D. et al.* (Hg.), *Armut im Wohlstand.* Frankfurt, S. 311- 331
- Hanesch, W.* (1990), *Unterversorgung im Bildungssystem: Das Beispiel berufliche Bildung,* in: *Döring, D. et al.* (Hg.), *Armut im Wohlstand.* Frankfurt, S. 185 205
- Hanesch, W./Adamy, W./Martens, R./Rentzsch, D./Schneider, U./Schubert, U./Wisskirchen, M.* (1994), *Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands,* Reinbek
- Häußermann, H.* (2004), *An den Rändern der Städte,* Frankfurt
- Heitzmann, K./Schmidt, A.* (2001), *Frauenarmut. Hintergründe, Facetten, Perspektiven.* Frauen, Forschung und Wirtschaft Bd. 11, Wien
- Hübinger, W.* (1996), *Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit,* Freiburg
- Kaufmann, F.-X.* (1988), *Steuerung wohlfahrtsstaatlicher Abläufe durch Recht,* in: *Grimm, D./Mairhofer, W.* (Hg.), *Gesetzgebungstheorie und Rechtspolitik. Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie, Band 13.* Opladen, S. 65 - 108
- Kraemer, K./Bittlingmayer, U. H.* (2001), *Soziale Polarisierung durch Wissen - Zum Wandel der Arbeitsmarktchancen in der „Wissensgesellschaft“,* in: *Berger, P. A./Konieczka D.* (Hg.), *Die Erwerbsgesellschaft - Neue Ungleichheiten und Unsicherheiten.* Opladen, S. 313 - 330
- Kraemer, K./Speidel, F.* (2005), *Prekarisierung von Erwerbsarbeit - Zum Wandel eines arbeitsweltlichen Integrationsmodus,* in: *Heitmeyer, W./Imbusch, P.* (Hg.), *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft - Analysen zu Gesellschaftlicher Integration und Desintegration.* Wiesbaden, S. 367-390
- Kronauer, M.* (2002), *Exklusion: die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus,* Frankfurt
- Loibl, E.* (2003), *Unsichtbar. Gender Mainstreaming in der Wohnungslosenhilfe. Konzepte gegen die Diskriminierung wohnungsloser Frauen,* Manuskript erstellt im Rahmen des Lehrgangs feministisches Grundstudium III
- Ludwig-Mayerhofer, W./Müller, M./von Paulgerg-Muschiol, L.* (2001), *Von der Armut, ohne Wohnung zu leben,* in: *Barlösius, E./Ludwig-Mayerhofer, W.* (Hg.), *Die Armut der Gesellschaft.* Opladen, S. 263- 291
- MA 15 & Fonds Soziales Wien* (2006), *SozialhilfebezieherInnen nach Altersgruppen 2004,* Wien
- MA 18 Magistrat der Stadt Wien* (2004), *Strategieplan Wien,* Wien
- MA 57* (2005), *Situationsbericht Frauen in Wien,* Wien
- Neurath, O.* (1931), *Empirische Soziologie,* in: *Haller, R./Rutte, H.* (Hg.) (1981), *Gesammelte*

- philosophische und methodologische Schriften. Wien, S. 423 - 527
- ÖBIG (2002), Soziale Ungleichheit und Gesundheit, im Auftrag des BMSG, Wien
- ÖROK Österreichischen Raumordnungskonferenz (2005), ÖROK-Prognosen 2001-2031, Schriftenreihe der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖRÖK):. Teil 1: Bevölkerung und Arbeitskräfte nach Regionen und Bezirk;  
[http://www.oerok.gv.at/Publikationen/schriftenreihe/OEROK\\_Schriftenreihe\\_166\\_I\\_Kurzfassung\\_Deutsch.pdf](http://www.oerok.gv.at/Publikationen/schriftenreihe/OEROK_Schriftenreihe_166_I_Kurzfassung_Deutsch.pdf). (14.11.2005),
- Peez, K. (1993), Soziale, gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen bei Arbeitslosigkeit, Univ. Diss., Wien
- Peña-Casas, R./Latta, M. (2004), Working poor in the European Union, European Foundation for the Improvement of Living and Working Condition, Luxemburg
- Redl, J. (2002), Armut und Deprivation in Österreich. Längsschnittbericht zu den Wellen 1 bis 5 (1995 1999) (Zahlen für 1994 bis 1998), IFS, Wien
- Reinprecht, C. (1999), Ältere MigrantInnen in Wien. Empirische Studien zur Lebensplanung, sozialen Integration und Altersplanung, Wien
- Reinprecht, C. (2003), Zur Lebenssituation älterer Migrantinnen und Migranten in Österreich, in: Fassman, H./Stacher, I. (Hg.), Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen sozioökonomische Strukturen rechtliche Rahmenbedingungen. Klagenfurt, S. 212 - 224
- Scharinger, C. (1993), Du wüsstest wissen, wo i schlof? Zur sozialen Situation von akut Obdachlosen in Wien, IFS, Wien
- SFS (2001), Sozialbericht Wien Machbarkeitsstudie, Sozialökonomische Forschungsstelle, Wien
- Statistik Austria (2002), Mikrozensus 2002;  
[Http://www.statistik.at/fachbereich\\_03/mikrozensus\\_wohnung.shtml](http://www.statistik.at/fachbereich_03/mikrozensus_wohnung.shtml) (10.05.2006),
- Statistik Austria (2005), Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2003 in Österreich, Wien; <http://www.statistik.at/neuerscheinungen/eusilc.shtml> (Nov. 2005)
- Statistik Austria (2006a), Wohnsituation der Bevölkerung. Ergebnisse der Volks- und Gebäude- und Wohnungszählung 2001, Wien
- Statistik Austria (2006b), Statistisches Jahrbuch, Wien
- Stelzer-Orthofer, C. et al. (2006), Armutsbericht Oberösterreich 2006, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Johannes Kepler Universität Linz.
- Streuli, L. (im Erscheinen 2006), Verschuldete Privathaushalte in der Schweiz eine empirische Annäherung. Zeitschrift für angewandte Sozialforschung Jg. 24, Heft 4, o. S.
- Tentschert, U. (2001) Targeted municipal housing in Vienna, a Testing Ground for the Evaluation of Housing Policies and Service Providers in the European Union, Beitrag zur Konferenz des European Network for Housing Research (ENHR) 1.7.-5.7.2002, Wien
- Till, M. (2005), Assessing the Housing Dimension of Social Inclusion in Six European Countries. Innovation Vol 18/2, S. 153-181
- Till, M. (2006), Jahreseinkommen und erwartete Lebensstandardpositionen von Personen in Privathaushalten auf Grundlage von EU-SILC 2004. Statistische Nachrichten 4/2006, S. 250 - 260
- Till-Tentschert, U./Lamei, N./Bauer, M. (2005), Armut und Armutsgefährdung in Österreich 2003, in: BMSG (2004), Bericht über die soziale Lage 2003-2004. Wien, S. 207 - 232

- van Bruggen, A. C. (2000), Social participation and subjective well-being of long-term unemployed - why is it so hard to substitute for?, in: *Diener, A./Rahtz, Don R.* (Hg.): *Advances in Quality of Life, Theory and Research*. London, S. 159 - 181
- Voges. W./Jürgens. O./Mauer. A./Meyer. E. (2003), *Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes*. Endbericht Zentrum für Sozialpolitik Bremen, Bremen;  
<http://www.bmgs.bund.de> (Okt. 2005)
- Wagner E./Lassnigg L. (2005), *Arbeitsstiftungen als Instrument im Strukturwandel - Eine Studie des IHS im Auftrag des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds*, Wien
- Waldrauch. H./Sohler. K. (2004), *Migrantenorganisationen in der Großstadt. Entstehung. Strukturen und Aktivitäten am Beispiel Wien, Frankfurt*
- Welzmüller, R. (1990), *Niedrige Arbeitseinkommen*, in: *Döring D. et al.* (Hg.), *Armut im Wohlstand*. Frankfurt, S. 129- 141
- WIF (2003), *MigrantInnen in Wien 2002 Daten & Fakten & Recht Report 2002. Teil II*, Wien
- WIFO (2005), *Monatsbericht September 2005*, Wien
- WIFO (2003), *Schätzung der direkten und indirekten Kinderkosten*, Wien
- Wimmer-Puchinger. B./Wolf. H./Gartner. D. (1997), *Die Lebens- und Gesundheitssituation von Frauen im 10. Wiener Gemeindebezirk unter besonderer Berücksichtigung der MigrantInnen sowie die Perspektive bio-psychosozialer Einrichtungen*, Wien
- Wörister, K. (2004), *Wie prekär ist Wien?*, Wien
- Wroblewski, A. (1998), *Armutsgefährdung*, in: *Hofinger. C. et al.* (Hg.), *Einwanderung und Niederlassung II. Soziale Kontakte, Diskriminierungserfahrung, Sprachkenntnisse, Bleibabsichten, Arbeitsmarktintegration und Armutsgefährdung der ausländischen Wohnbevölkerung in Wien*, i.A. des WIF. Wien, S. 156-183
- Internetquellen**
- <http://www.wien.gv.at/finanzen/budget/index.htm> (März 2006), Magistratsabteilung 5, Finanzwirtschaft, Haushaltswesen und Statistik
- [http://www.statistik.at/fachbereich\\_03/mikrozensus\\_wohnung2.shtml](http://www.statistik.at/fachbereich_03/mikrozensus_wohnung2.shtml) (10.05.2006)
- [http://www.armutskonferenz.at/armut\\_in\\_oesterreich\\_wohnungslos.htm](http://www.armutskonferenz.at/armut_in_oesterreich_wohnungslos.htm) 2006a (06.08.2006), (Die) Armutskonferenz, Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung
- <http://wien.gruene.at/soziales/artikel/lesen/285/> (15.09.06)
- <http://www.bawo.at> (19.09.06), BAWO, 2006 Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungslosenhilfe
- <http://www.humanrights.at/root/images/doku/wisosommerobdachlosigkeit.pdf#search=%22Obdachlosigkeit%20Donauinsel%20Augustin%22> (20.09.06) Sommer R., *Obdachlosigkeit*, 1999
- <http://www.armutskonferenz.at/armutskonferenz-themen-europa-kritikdereu.htm> 2006b (31.10.2006), (Die) Armutskonferenz. Für ein soziales Europa
- [http://www.caritas-wien.at/div/caritas\\_ed\\_wien\\_jahresbericht\\_2002.pdf](http://www.caritas-wien.at/div/caritas_ed_wien_jahresbericht_2002.pdf) (07.11.06)
- [http://www.armutskonferenz.at/eusilc04\\_www.pdf](http://www.armutskonferenz.at/eusilc04_www.pdf) (09.11.06), *Statistik Austria*, *Einkommen, Armut und Lebensbedingungen - Ergebnisse aus EU-SILC 2004*

## Datensätze

- Statistik Austria*, *Community Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC) 2003*
- IFES Institut für empirische Sozialforschung*, *Leben und Lebensqualität in Wien 2003 (LLIW II)*



Voraussichtlich ab Februar 2007 im Buchhandel oder unter [www.lso.de](http://www.lso.de) erhältlich  
ISSN 1025-5788

**Angewandte Sozialforschung**

**Heft 1/2**

**Jg 25 - 2007**

*"Zu ebener Erde und im ersten Stock"*

***Armut und Reichtum in postindustriellen Gesellschaften.  
Das Problem ihrer validen und reliablen empirischen Messung.***

Herausgegeben von: *Henrik Kreutz* und *Matthias Till*

***I. Fragestellung und Problemaufrisse:***

*Henrik Kreutz & Matthias Till*

Armut und Reichtum in postindustriellen Gesellschaften. Das Problem ihrer validen und reliablen empirischen Messung.

*Magdalena Holztrattner*

Sensible Faktoren partizipativer Armutsforschung

*Ursula Till-Tentschert & Matthias Till*

Niedriges Einkommen + materielle Deprivation = soziale Ausgrenzung ?  
– die konventionelle Armutsberichterstattung und ihre Beschränkung.

***II. Ressourcenverteilungen:***

*Bettina Stadler*

Die schwierige Frage nach dem Einkommen oder: wer beantwortet Fragen zu Einkommen wann und warum?

*Markus Hadler*

Nationale Strukturen und Werte als Determinanten individueller Bewertungen von Einkommensungleichheiten

## ***II. Ressourcenverteilungen (forts.):***

*Matthias Till*

Income Poverty and Aggregate Wealth in Dublin and Vienna – Assessing Income Distributions Relative to Regional and National Accounts.

*Elisa Streuli*

In Ermangelung finanzieller Ressourcen: Privatverschuldung in der Schweiz.

*Martin Schürz*

Anmerkung zur Messung des Vermögens privater Haushalte.

## ***III. Soziale Interaktions- und Handlungsmöglichkeiten:***

*Stefan Kutzner*

Armut, eine Frage verminderter Konsumchancen? Zum Problem des Statusverlustes anhand zweier Fallstudien.

*Ortrud Leßmann*

Armut als eingeschränkter Handlungsspielraum. Konzepte und Wege der Operationalisierung.

*Georg Wiesinger*

Überlegungen zur methodischen Erfassung der ländlichen Armut.

*Clemens Sedmak*

Einbeziehung von Betroffenen in der Armutsforschung.

*Magdalena Holztrattner, Nadja Lobner & Karolin Zenz*

Partizipative Ansätze der Armutsforschung an drei Beispielen.

*Bernhard Martin*

Alles für das Volk, aber nichts durch das Volk – oder wie reformresistent ist der moderne Rechtsstaat?

*Martin Heilig*

Die Bürger Grundsicherung – Grundeinkommensmodell für Deutschland. Eine erfolgsversprechende Inklusionsstrategie für die erweiterte Europäische Union?

## Statistik-Informationen unter [www.statistik.at](http://www.statistik.at)

Das Internet-Angebot der STATISTIK AUSTRIA präsentiert sich als umfassendes und aktuelles Portal für statistische Informationen, mit Links zu anderen nationalen und internationalen Statistikanbietern. Mit Ausnahme der elektronischen Datenbank ISIS sind alle Abfragen kostenlos.

### ➤ Statistische Ergebnisse

- Die fachübergreifenden Publikationen
  - Statistische Übersichten mit täglich aktualisierten Zeitreihentabellen, meist auf Monatsbasis
  - Statistisches Jahrbuch mit mehr als 700 Tabellen und rund 200 Grafiken sind zur Gänze im Internet verfügbar.
  - Kartogramme mit thematischen sowie mit topographischen Informationen
- Weiters sind aktuelle Überblicke über Fachstatistiken in den Bereichen
  - Volkswirtschaft
  - Preise und Paritäten
  - Wissenschaft und Technologie
  - Demographie und Arbeitsmarkt
  - Soziales und Bildung
  - Raumwirtschaft (Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Tourismus, ...)
  - Unternehmen (Außenhandel, Binnenhandel, Produzierender Bereich, ...)enthalten.
- Gemeindedaten: Umfangreiche statistische Informationen für jede Gemeinde Österreichs in Form von Grafiken und Tabellen („Blick auf die Gemeinde“)
- Ergebnisse der Volkszählung 2001, der Arbeitsstättenzählung 2001 und der Gebäude- und Wohnungszählung 2001

## Unsere Serviceeinrichtungen

### Allgemeiner Auskunftsdienst

als zentrale Anlaufstelle für allgemeine Auskünfte über statistische Informationen  
Telefon: +43 (1) 711 28-7070  
e-mail: [info@statistik.gv.at](mailto:info@statistik.gv.at)  
Telefax: +43 (1) 715 68 28  
Öffnungszeiten: Mo-Fr 8-16

### Spezialauskunft Verbraucherpreise

für Wertsicherungen, Berechnungen, andere Spezialauskünfte  
Telefon: +43 (1) 711 28-7645  
Telefax: +43 (1) 718 07 18  
Tel. Auskünfte: Mo-Fr 9-16  
Parteienverkehr nach Vereinbarung

### Lesesaal der Bibliothek

für Einblicke in österreichische und internationale Statistik-Publikationen aktueller und historischer Natur  
Telefon: +43 (1) 711 28-7814  
e-mail: [biblio@statistik.gv.at](mailto:biblio@statistik.gv.at)  
Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-15

### Indexauskunft Verbraucherpreise

Tonbandauskunft: +43 (1) 1544  
Telefon: +43 (1) 711 28-7645  
e-mail: [walter.kern@statistik.gv.at](mailto:walter.kern@statistik.gv.at)  
Telefax: +43 (1) 718 07 18  
Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-16

### Presseauskünfte

zur Betreuung von Journalisten  
Telefon: +43 (1) 711 28-7851  
e-mail: [presse@statistik.gv.at](mailto:presse@statistik.gv.at)  
Telefax: +43 (1) 711 28-7088

### Adresse aller Serviceeinrichtungen:

Guglgasse 13, 1110 Wien  
[www.statistik.at](http://www.statistik.at)